

gründlichst beantwortet. (Landesrat Bammer: „Vielleicht waren sie bestellt!“)

Das ist bei Euch ja alles möglich. (Gelächter.)

Also, meine Damen und Herren, nun zu den letzten Ereignissen dieses Hauses. Ich habe in meinen vorherigen Ausführungen schon gesagt, daß Sie mich kennen und auch, weil Sie mich kennen, wissen, daß ich noch nie einen Ordnungsruf zu erleiden gehabt habe in diesem Hause. Und ich bin auch nach wie vor der Meinung, daß ich diesen Ordnungsruf zu Unrecht erhalten habe. Aber, meine Damen und Herren, wäre das nicht eines Ordnungsrufes würdig gewesen, als der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner von dieser Stelle aus das Budget beleuchtet hat und der Herr Landeshauptmann ihm zurief: „Das ist die größte Lüge des Jahrhunderts!“ Ja, was heißt denn das? Wenn ich mir nur erlaubt habe zu sagen, das sei eine Verdrehung, die der Landeshauptmann hier vorbringt, noch dazu — und da komme ich auf etwas zu sprechen, was schon lange erwähnenswert gewesen wäre und in die Gruppe Null hineinpaßt — daß es auch meines Erachtens ungebührlich ist, daß die Herren Regierungsmitglieder von der Regierungsbank her als Debattenredner aufscheinen. Wenn sie als Abgeordnete dieses Hauses zu sprechen haben — und es ist ja nicht jedes Regierungsmitglied auch Abgeordneter — dann hat er eben auch als Abgeordneter von der Abgeordnetenbank und nicht von der Regierungsbank aus zu uns herunter zu reden, (Landesrat Sebastian: „Darum sitze ich jetzt da unten!“) weil es auch uns als Abgeordnete irgendwie hindert oder zumindest hemmt, den Herrn Landeshauptmann in seinem erhöhten Thron hier anzusprechen, als wenn er sich hierher bemüht und als Debattenredner zu irgendeiner Sache zu sprechen beabsichtigt. (Abg. Stöffler: „Sie sind doch nicht immer so zimperlich gewesen!“)

Und darum, meine Damen und Herren — wir sind nicht zimperlich, aber — wenn schon, denn schon — dann möchte ich es hier deponieren, daß wir meinen, daß diese Übung hier im Hause nicht einreißen sollte, daß die Regierungsmitglieder in Fragen der Landtagsdebatten vom Regierungssitz aus und nicht von der Abgeordneten-Rednerkanzle ihre Meinung zum Ausdruck bringen. (Landesrat Bammer: „Wir haben als Referenten gesprochen!“)

Wenn er als Referent der Landesregierung vom Sitz aus redet, ist das in Ordnung, aber sonst hat er sich nolens volens hier an die Rednerkanzle der Abgeordneten zu begeben, um eben als Debattenredner aufzuscheinen, nicht als Referent der Regierung. Das wollte ich gesagt haben und ich glaube, meine Damen und Herren, daß diese Beiträge sehr, sehr notwendig sind, um die Ordnung dieses Landtages und die Ordnung der Geschäfte in eine rechte Bahn zu bringen. Das möchte ich zur Gruppe Null in allem Ernst gesagt haben.

**Präsident Afritsch:** Ich erteile Herrn Abg. Dr. Moser das Wort.

**Abg. Dr. Moser:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dieser Gruppe findet sich unter der Ziffer 0,91 eine Ausgabenpost von 105.000 Schilling, aus der im wesentlichen die Kosten für die kongolesischen Studenten in Graz bezahlt werden. Nun, dieser sehr bescheidene Ansatz der Voranschlagspost trägt den Titel „Förderung unterentwickelter Länder“. Das wird wohl den Sinn haben, daß damit an ein eminentes Anliegen erinnert wird, an eines der größten und aufregendsten Probleme unserer Zeit. Die Bevölkerungsexplosion und der damit ins Gigantische wachsende Hunger auf der Welt erzeugen die globale Sorge, wie man einen Ausgleich schaffen kann zwischen dem Wohlstand und Überfluß, dessen wir uns erfreuen, und dem Massenelend einer immer größer werdenden Mehrheit der Menschheit. Die Industrie-Nationen vor allem in der westlichen Welt bemühen sich um eine konstruktive Entwicklungspolitik, an der sich auch Österreich beteiligen muß und auch beteiligt. Das ist in erster Linie wohl eine Forderung der Menschlichkeit, ein Appell an das soziale Gewissen, an das sich Papst Paul VI. mit seiner Enzyklika „progressio populorum“ so eindringlich und beschwörend gewandt hat. Nun gibt es leider viele Zeitgenossen, die sich grundsätzlich durch Appelle an das Gewissen kaum bewegen lassen. Wirtschaftlichen Analysen und Vorausberechnungen können sie allerdings kaum widersprechen. Und nach diesem wächst in den Entwicklungsländern ein immer größer werdender Markt heran, der fast unbegrenzt aufnahmefähig ist für Güter aller Art.

Es wäre ein arges Versäumnis, sich nicht rechtzeitig um diese Märkte zu bemühen. Davon hängt ja schließlich auch die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes ab. Es wäre unklug, wenn sich Österreich nicht an den internationalen Hilfsmaßnahmen im Rahmen seiner Möglichkeiten beteiligen würde und nicht bereit wäre, denen zu helfen, die meist ohne eigene Schuld zurückgeblieben sind in der Ausnutzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten, in der Schulbildung, im Aufbau der Verwaltung, in der Sicherung der Ernährung. Wollen wir doch nicht vergessen, Österreich hat nach 1945 gerne internationale Hilfe angenommen und wir sind heute ein geschätzter Wirtschaftspartner. Gerade wir sollten zu einem echten Engagement in der Entwicklungshilfe bereit sein und wir sollten aufhören, über diese wichtige Sache zu lächeln und unser Gewissen mit Erzählungen zu beruhigen, wie mit der Anekdote vom goldenen Bett für eine afrikanische Ministersgattin. Es ist auch wenig witzig, wenn wir unsere afrikanischen Studenten aus dem vorderen Orient mit dem netten Kosenamen „Kameltreiber“ bezeichnen und es ist töricht, das Anliegen einfach wegzuwischen, indem man sagt „Laßt doch die Neger in Ruhe“. Angesichts solcher Ignoranz und Intoleranz erscheint mir die Gelegenheit günstig, bei dieser Post doch auch auf dem breiten Sektor der Entwicklungshilfe darzulegen, daß die Steiermark manches dazu tut, ja daß man von einzelnen beispielgebenden Leistungen berichten kann.

Wenn wir mit der Wirtschaft beginnen wol-

len, so müssen wir feststellen, daß diese längst ihre Chancen in den Entwicklungsländern erkannt hat, wenn auch die Möglichkeiten nur zum Teil genützt werden. Es sind immerhin beachtliche Erfolge, die steirische Unternehmen erringen konnten, wenn sie auch nicht so spektakulär sind wie z. B. der 300-Millionen-Auftrag an die VÖEST für die Mitarbeit am indischen Großstahlwerk Ruhrkla. Die Aufträge, die sich einige Firmen, z. B. Waagner-Biro, in den Entwicklungsländern beschaffen konnten sind bemerkenswert: So z. B. für das große Dampfkraftwerk Krabi in Thailand, für die Ausbauarbeiten an den Hafenanlagen am Persischen Golf und ein tüchtiger Ingenieur konnte dabei auch gleich einen Straßenauftrag einheimen. Es ist beachtlich, daß Waagner-Biro 29 Eisenbahnbrücken vor kurzer Zeit nach Bolivien liefern konnte, das ein ähnlicher Auftrag von Peru ergangen ist, daß man gegen stärkste internationale Konkurrenz die Personenseilbahn von Dubrovnik auf den Berg Srdj bauen kann und daß jetzt sogar Lieferungen nach China möglich sind. All dies verdankt das Unternehmen Waagner-Biro in erster Linie dem Geschick und der Initiative seines Vertreterteams im Ausland. Diese Leute verbinden technisches Können mit kaufmännischer Begabung und mit Sprachkenntnissen. Sie werden vorher geschult für diese Aufgabe und sie nehmen auch ein großes Maß an Entscheidungsfreiheit in diese Länder mit.

Es wäre eine arge Verkennung der Situation, wenn man glaubte, daß die Märkte der Entwicklungsländer von den österreichischen Handelsdelegierten allein bearbeitet werden können, obwohl diese viel tun. So hat die Firma Vogl und Noot über die Handelsdelegierten namhafte Aufträge aus den Entwicklungsländern erhalten. Aber um vieles ergiebiger ist es doch, wenn ein Firmenchef, wie z. B. von der Pumpenfabrik Bauer in Voitsberg, persönlich nach Afrika fährt. Er hat ergiebige Aufträge mitgebracht und es ist eine Dokumentation, daß es heute noch Unternehmungsgeist gibt und daß man hier wirklich schöne Erfolge erzielen kann. Die Pumpenfabrik Bauer beliefert heute einen Großteil afrikanischer Länder. Es sind keine Einzelaufträge, es sind Daueraufträge, weil die Vertreter dieser Firma dort sich die nötigen Freundschaften und Kontakte geschaffen haben. Um die Breite dieser Exportmöglichkeiten zu skizzieren, müßte man noch eine Reihe solcher Betriebe anführen. Ich möchte nur drei große Betriebe der verstaatlichten Industrie in der Steiermark herausheben. Die Böhlerwerke haben sich vorwiegend auf die Ausarbeitung und Durchführung von Beratungsverträgen verlegt und sie haben damit beachtliche Erfolge gehabt und es ist ihnen heute möglich, dauerpräsent an diesen wichtigen ausländischen Märkten zu sein. Die Elin Weiz holte sich in den letzten Jahren aus aller Welt Aufträge für Turbinengeneratoren: aus Thailand, Ägypten, Abessinien, Neu-Guinea, aus der Türkei, wo sie z. B. zusammen mit der Simmering-Graz-Pauker einen schönen Auftrag erhalten hat. Simmering-Graz-Pauker

liefert komplette Dampfkraftwerke nach Libanon und Indien.

Welche Bedeutung die Forschung hat, möchte ich an einem Beispiel charakterisieren. Daß Simmering-Graz-Pauker trotz größter internationaler Konkurrenz einen Auftrag für ein kalorisches Kraftwerk in Persien erhalten hat, ist vor allem der Tatsache zuzuschreiben, daß für die überdimensionalen Lüfterräder erstmals ein Kunststoffverfahren entdeckt wurde, mit dem diese Räder hergestellt werden. Auch die steirische Papierindustrie und viele andere Betriebe könnten noch erwähnt werden. Aber ich meine, daß diese wenigen Beispiele doch ein Beweis dafür sind, daß es heute noch Initiative gibt, daß junge Techniker und Kaufleute bereit sind, nicht auf die Rente des Staates zu warten, sondern ein Risiko zu übernehmen, in fremde Länder zu fahren und mit großer Ambition und Kühnheit, dort auch für unsere steirische Heimat Erfolge zu bringen. Man liest wenig darüber. Warum stellt man eigentlich diese Gesinnung und diese Menschen nicht als Beispiel heraus? Man hat oft das Gefühl, daß dies gar nicht sehr erwünscht ist, besonders von jenen, die den Leistungswillen unserer Jugend untergraben mit der blödesten Parole unserer Zeit die man sich denken kann, die auf einen einfachen Nenner gebracht etwa so lautet: Weniger arbeiten und mehr verdienen.

Der Wirkungsgrad dieser persönlichen Kontakte in den Entwicklungsländern würde wesentlich zunehmen, wenn wir die jungen Menschen, die dort hingehen, besser auf diese Aufgabe vorbereiten könnten. Es sei mir dazu ein Vorschlag gestattet, der nicht neu und in anderen Ländern längst verwirklicht ist. Gerade die Universitätsstadt Graz gibt dazu eine gute Möglichkeit. Man sollte in Graz ein Seminar einrichten in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsförderungsinstitut und mit der Unesco, in dem junge Techniker und Kufleute auf diese Aufgaben vorbereitet werden und zwar, wie man ein solches Geschäft am besten abwickelt, auf die Mentalität, auf die geschichtlichen und geographischen Gegebenheiten, auf die Sitten und Gebräuche, wie man Kontakte herstellt usw. Man könnte ihnen auch eine Wunschliste der steirischen Wirtschaft und Werbematerial mitgeben. Ich bin überzeugt, daß diese Kontakte, der breiten Wirtschaft der Steiermark zur Verfügung gestellt, viele neue Exportmöglichkeiten bringen könnten. Eine Zusammenarbeit der steirischen Unternehmer mit den Stellen der Entwicklungshilfe erscheint mir für die Verbesserung der Exportmöglichkeiten wichtig. In diesem Zusammenhang sei als besonders erfreulich erwähnt, daß vor kurzem sich unter der Leitung des Herrn Landesrates Peltzmann ein steirischer Exportring gebildet hat, dem man nur vollen Erfolg wünschen kann. Hoffentlich werden die steirischen Unternehmer in Zukunft noch mehr die Möglichkeit der Exportförderung nützen.

Wie man einer Dokumentation der „Österreichischen Forschungstiftung für Entwicklungshilfe“ entnehmen kann, wurden im Jahr 1966 beachtliche Mittel für den Export in Entwick-

lungsländer zur Verfügung gestellt. Ich nenne einige Ziffern: Exportförderungskredite und Garantien in der Höhe von 630 Millionen Schilling, Bankkredite für diesen Zweck in der Höhe von 300 Millionen Schilling, ERP-Mittel im Ausmaß von 200 Millionen Schilling; die Nationalbank hat von der Weltbank Obligationen und Zertifikate in der Höhe von 250 Millionen Schilling angekauft. Es wurden also im vergangenen Jahr rund 1.4 Milliarden Schilling immerhin aufgebracht zur Erleichterung der Exporte in Entwicklungsländer. In dieser Richtung wirken sicher auch die namhaften Zollermäßigungen für Einfuhren aus den Entwicklungsländern, für Kaffee, für Tee, Bananen und die Starthilfen für Exporte. Das hat sich der Staat immerhin auch 350 Millionen Schilling im vergangenen Jahr kosten lassen. An direkten Anleihen ging z. B. eine nach Indien in der Höhe von 122 Millionen Schilling. Im Rahmen des Welternährungsprogrammes stellte Österreich Trockenmilch im Werte von vier Millionen Schilling zur Verfügung. Sicher, meine Damen und Herren, nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man bedenkt, daß die Hälfte aller Kinder heute zu wenig oder gar keine Milch haben und daß jährlich 40 Millionen Menschen an Hunger sterben müssen. Wenn man dieses Problem auch nicht mit Liebesgaben und Geldsammlungen bewältigen kann, aber so kann man es doch lindern.

In diesen Tagen flattern in alle steirischen Haushalte Flugblätter „Bruder in Not“, die große Adventaktion der Katholiken Steiermarks. Und der Aufruf schließt mit den Worten: „Die Völker Asiens, Afrikas und Südamerikas warten auf unsere Hilfe.“ Was für ein trauriger Advent wäre es doch, wenn wir es nur bei Tannenduft und Kerzenschein bewenden ließen! Möge sich doch niemand dem Aufruf entziehen und sein Scherflein beitragen! Und wenn der Herr Abg. Groß in seinem Referat gesagt hat, wir können wählen zwischen Atomkrieg und zwischen einer besseren und sozialeren Welt, dann möge doch jeder in diesem Advent daran denken, was er wählt und darnach seinen Beitrag leisten. Vielen Steirern und Steirerinnen gebührt in diesem Zusammenhang die besondere Beachtung und Achtung. Ich erwähne hier die 18 Burschen und Mädchen der katholischen Landjugend, die mit ihren 100 Kameraden aus Österreich als Entwicklungshelfer mit großem Erfolg tätig sind. Ihr Idealismus wird schon daheim auf eine harte Probe gestellt. Man könnte fast eine Parallele zu den Kosmonauten in der Ausbildung ziehen. Und diese jungen Menschen erwartet ein schwerer Einsatz, ein Abenteuer der Nächstenliebe. Es sind großartige Leistungen, wie wir sie auf drei Kontinenten beobachten können: Schulen, ärztliche Pioniere, denen wir dankbar sein müssen, daß sie dafür sorgen, daß nicht Unruhe und Revolutionen in der Welt entstehen, und daß die Reichen und Satten nicht einmal von den Hungernden wie Ameisen überrannt werden. Es verdienen Anerkennung auch die Entwicklungshelfer der Gewerkschaftsjugend, die Bemühungen anderer Jugend-Organisationen, der Bauorden,

dessen Baugesellen im Kongo und im afrikanischen Busch hervorragende Arbeit leisten und die mit vielen anderen im „Jugendrat für Entwicklungshilfe“ konstruktiv zusammenarbeiten, dessen Präsidenten Bundeskanzler Klaus und der ehemalige Minister Dr. Kreisky sind.

Es sei auch hier ein Wort über die oft verkannte Mission gesagt. Ich glaube, allen denen, die heute bereit sind, auf Komfort und Vergnügen zu verzichten und in die Mission zu gehen, wird niemand die Anerkennung versagen. Der steirische Caritas-Direktor DDr. Lukesch hat vor kurzem ein viel beachtetes Beispiel gegeben, als er mit seinem Bruder in die Armut der Amazonasbevölkerung zurückgekehrt ist. Die Zeiten der romantischen Missions-Idyllen sind ja längst vorbei! Wenn sie überhaupt je wahr gewesen sind! Es ist ein hartes Los, das diese Männer und Frauen dort tragen müssen; Missionare und Schwestern haben schwer für die Fehler mancher Kolonial-Regime büßen müssen. Und trotzdem harren sie in Liebe zu ihrer Aufgabe aus. Welcher Segen geht doch zum Beispiel von dem Hilfswerk für die Aussätzigen aus, von einem Werk, das für Millionen unglücklicher Leprakanker noch eine Hoffnung darstellt, die Hoffnung auf christliche Nächstenliebe und ärztliche Kunst unserer Missionare. Es ist schön, daß sich z. B. das kleine Land Vorarlberg für diese Lepra-Spitäler besonders bemüht, daß im Budget des Landes Vorarlberg wieder ein Betrag von 1.5 Millionen Schilling für die Entwicklungshilfe drinnensteht. Die Vorarlberger sind aber nicht nur rechtschaffene Christen, sie sind auch gute Kaufleute und sie werden schon wissen, warum sie das tun, und daß es keine Geldvergeutung ist.

Ich möchte auch nicht vergessen, hier das Afro-asiatische Institut zu erwähnen. Dieses hat in dankenswerter Weise, ähnlich wie schon früher die Hammer-Purgstall-Gesellschaft, die Betreuung der Studenten aus den Entwicklungsländern übernommen. Das Grazer Haus wird täglich von etwa 250 Studenten besucht. Der Großteil ist aus Afrika und Asien. Ein eigener Studiersaal, ein Lese- und Fernseh-Raum, ein Buffett, verschiedene Veranstaltungen sollen diesen Studenten die fehlende Heimat ersetzen. Das Institut hat eben erkannt, daß Voraussetzung für den Aufstieg der Entwicklungsländer in erster Linie Menschen sind, die durch Intelligenz, Ausbildung und Fleiß hervorstechen, und die unsere Freunde sind. Diese Ausbildungshilfe, meine Damen und Herren, ist daher einer der wichtigsten Sektoren der Entwicklungshilfe. Österreich, das nie ein Kolonialland war, kann hier viel leisten und kommt gut an. Gestern hat die Bundesregierung namhafte Beiträge für eine Bildungshilfe beschlossen und zwar für Schulen in Entwicklungsländern.

Ein Blick auf den Hochschulsektor zeigt uns, daß in Österreich derzeit rund 2.700 junge Menschen aus Entwicklungsländern studieren. Davon stammen 80 Prozent aus Asien, 17 Prozent aus Afrika und drei Prozent aus Lateinamerika. Sie machen zusammen etwa sechs Prozent der öster-

reichischen Hochschülerschaft aus. Rund 300 davon erhalten Stipendien von den Staaten, aus denen sie kommen. Es ist nur ein kleiner Teil dieser Studenten, die es wirklich nicht verdienen, an einer österreichischen Hochschule zu studieren, aber man darf da nicht zu hart sein im Urteil, denn schließlich gibt es auch unter unseren einheimischen Studenten einen gewissen Prozentsatz, der nicht auf eine Hochschule gehört. Jeder Student kostet, wie Sie alle wissen, dem Staat viel Geld, auch bei erhöhten Studiengebühren. Wenn man diesen Aufwand noch zur Entwicklungshilfe rechnet und dazu noch den Aufwand für die Sonderausbildung von Technikern und von Krankenschwestern, so kommt man auf einen Gesamtaufwand für die Bildungshilfe von rund 100 Millionen Schilling, eine Zahl, die sich wohl sehen lassen kann.

Alles in allem kann man also folgende Bilanz ziehen: Für Zwecke der Entwicklungshilfe wird von öffentlichen Stellen im Jahr etwa eine Milliarde Schilling aufgewendet. Dazu kommen die Mittel aus privater Herkunft in der Höhe von etwa 400 Millionen Schilling. Wenn Sie die Exportkredite auf kommerzieller Basis noch dazu rechnen, dann kommen wir immerhin auf die beachtliche Höhe von zwei Milliarden Schilling. In dieser Zahl spiegelt sich ja weniger die Hilfsbereitschaft der österreichischen Bevölkerung wider, die verglichen mit anderen Ländern noch immer gering ist; in der Ziffer von zwei Milliarden Schilling kommt aber sehr deutlich die wirtschaftliche Bedeutung der Entwicklungshilfe zum Ausdruck. Das Bemühen um die Absatzmärkte, die in einer stürmischen Aufwärtsentwicklung stehen und deren Kapitalkraft laufend wächst, ist für die Zukunft und den Wohlstand unserer Heimat von großer Bedeutung.

Es ist nicht uninteressant, abschließend auf die voraussichtliche Aufgliederung der Weltbevölkerung nach dem Volkseinkommen einzugehen, die für das Jahr 2000 vom Hudsoninstitut in New York berechnet wurde, falls der Friede erhalten bleibt, was alle hoffen und falls die Industriestaaten bereit sind, konstruktiv die Entwicklungshilfe weiterzuführen. Man rechnet mit einer Weltbevölkerung im Jahre 2000 von 6,4 Milliarden Menschen. An die Spitze der wirtschaftlichen Berechnungen steht die optimistische Voraussage, daß dann nur zehn Prozent der Weltbevölkerung unter dem Volkseinkommen liegen werden, das man bei uns als Existenzminimum bezeichnet. In den Industrienationen einschließlich Osteuropa werden 1,2 Milliarden Menschen wohnen. Die außereuropäischen Staaten stellen mit 1,1 Milliarden Menschen eine gewaltige Armee des Massenverbrauchs dar. Dazu kommen noch drei Milliarden Menschen in China, Indien, Indonesien und Südamerika, die am Übergang zu Industrienationen stehen werden, und deren ungeheuren Bedarf an Konsumgütern man gar nicht abschätzen kann. Aus dieser Zukunftsperspektive ergibt sich klar, daß der Ausbau der kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zu den Entwicklungsländern kein Hobby einiger Weltverbesserer ist, sondern ein elementares Erfordernis unserer Zeit. Die Entwick-

lungshilfe, die wir heute geben, wird der heranwachsenden Generation eine reiche Ernte sichern. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Herr Abgeordneter Groß hat sich in die Rednerliste eintragen lassen. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Groß:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Nigl hat im Zuge der Debatte zur Gruppe 0 bereits darauf hingewiesen, daß das Land Steiermark im Jahre 1968 969 Millionen Schilling, also rund 31 Prozent der Gesamtausgaben der ordentlichen Gebarung für das Personal aufwenden wird. Der Herr Landesfinanzreferent Dr. Schachner hat allerdings in seiner Budgeteinleitungsrede festgestellt, daß dieser Personalaufwand von bisher rund 31 Prozent auf über 33 Prozent steigt, wenn man jene Gebarung ausscheidet, die dem Landeshaushalt im Jahre 1968 zusätzlich einverleibt wird und wenn man die zur Deckung des ordentlichen Haushaltes herangezogenen Rücklagen außer Betracht zieht.

Die Personalkosten für jenen Teil, der eigentlich von der Bevölkerung allgemein als Verwaltung gewertet wird, das ist die Landesregierung mit ihren Behörden und Ämtern, werden allerdings gleich wie in diesem Jahr nur etwas mehr als zehn Prozent der ordentlichen Ausgaben des Landes erfordern. Das heißt, daß 2/3 des Personalaufwandes vorwiegend auf die vom Land erhaltenen Anstalten sowie die Schulen entfallen. Wenn man diese Tatsachen kennt, kann man mit Recht von einer sparsamen Verwaltung in unserem Bundesland sprechen. Ich glaube, man muß den Bediensteten unseres Landes für diese verantwortungsbewußte Arbeit im Dienste unserer Heimat den Dank aussprechen.

Gestatten Sie mir nun, daß ich auf einige Probleme unserer Landesbediensteten etwas näher eingehe, wobei die Reihenfolge keine Wertigkeit der Fragen beinhaltet.

Ich habe bereits bei der vorigen Budgetdebatte unter anderem festgestellt, daß es notwendig wäre, die quantitativen Mehrleistungszulagen in eine echte Personalzulage umzuwandeln, wie dies in allen anderen Bundesländern bereits geschehen ist. Ich darf in diesem Zusammenhang die Bundesländer Kärnten und Tirol erwähnen, wo diese Personalzulage 14mal ausbezahlt und in die Pension eingerechnet wird. Leider wurde in der Steiermark bisher in dieser Frage, soweit mir bekannt ist, keine positive Regelung getroffen.

Bezüglich der Bundeshandwerkerdienstzweigerordnung, die inzwischen angewendet wird, möchte ich darauf verweisen, daß die getroffenen Vereinbarungen von den Dienstnehmervertretungen deshalb abgelehnt werden, weil zur Zeit im Land Steiermark für Arbeitnehmer in handwerklicher Verwendung schon günstigere Bestimmungen bestehen. Die Bundeshandwerkerdienstzweigerordnung sieht außerdem keine Aufstiegsmöglichkeiten für die Menschen vor, welche die geringsten Einkommen haben, nämlich die Arbeitskräfte, welche z. B. in P 6

eingestuft sind. Auf alle Fälle glaube ich, muß hier eine einheitliche Regelung auf diesem Gebiet in der Steiermark angestrebt werden, wobei die eheste Aufnahme von Verhandlungen mit der zuständigen Gewerkschaft wünschenswert wäre.

Ich muß auch wiederum, so wie im vorigen Jahr, die Einführung der Bundesvordienstzeitenverordnung 1957 im Land Steiermark urgieren. Es ist bekannt, daß durch die Nichteinführung vor allem die Verdienner von kleineren Einkommen betroffen sind.

Die Arbeitsgemeinschaft der Landesbediensteten hat am 19. April 1967 ihre Wünsche bezüglich der Änderung der Beförderungsrichtlinien der Personalabteilung vorgetragen. Nachdem bis heute, soweit mir die Sachlage bekannt ist, in dieser Sache keine Stellungnahme erfolgt ist, möchte ich den Personalreferenten, Herrn Landesrat Wegart, fragen, wann und ob mit der Aufnahme von Verhandlungen über die Abänderung der Beförderungsrichtlinien zu rechnen ist? Vielleicht könnte man auch die Dienstpostenplanbesprechungen mit den Vertretern der Dienstnehmer so zeitgerecht aufnehmen, — darüber wird von den Dienstnehmervertretern immer wieder Klage geführt — daß noch die Möglichkeit besteht, den einen oder anderen Wunsch der Dienstnehmervertretungen tatsächlich zu berücksichtigen.

Bezüglich der Pragmatisierung von weiblichen verheirateten Landesbediensteten, die ja grundsätzlich abgelehnt wird, möchte ich doch die Frage aufwerfen, ob die Landesregierung nicht ihre Richtlinien bezüglich dieser Pragmatisierung das heißt 35. Lebensjahr und ledig, einer Überprüfung unterziehen könnte, wobei als erstes die Pragmatisierungsbestimmungen für jene Frauen gemildert bzw. aufgehoben werden sollten, die Familienerhalter sind.

Ich darf außerdem in diesem Zusammenhang auf unsere Anträge hinweisen, die die Sozialisten in diesem Haus gestellt haben.

Mich würde außerdem interessieren zu erfahren, was die Steiermärkische Landesregierung daran hindert, sich bezüglich der Unfallversicherung der Beamten jener Regelung anzuschließen, die in den meisten anderen Bundesländern getroffen wurde. Für die große Gruppe der Pflichtschullehrer soll dies in der letzten Zeit geschehen sein. Ich begrüße es. Aber warum wurden nicht auch die anderen Bediensteten der Bundesbeamtenversicherungsanstalt angeschlossen?

Die Schwierigkeiten, Diplomkrankenschwestern als Lehrschwestern für die Krankenpflegeschulen des Landes Steiermark zu gewinnen, werden immer größer.

Die Verwendung als Lehrschwestern bringt derzeit wesentliche Nachteile mit sich, weil diese Schwestern eine qualitative und quantitative Mehrleistung zu vollbringen haben, die ihnen aber nicht entsprechend vergütet wird. Die Sozialistische Fraktion dieses Hauses hat daher bei einer der letzten Sitzungen einen Antrag auf Erhöhung der Funktionszulagen für Lehrschwestern eingebracht. Besondere Berücksichti-

gung bei einer neuen Regelung müßten auch die Schul-Oberinnen finden. In diesem Zusammenhang müßte die Frage der Einstufung der Lehrschwestern mit und ohne Ausbildung überprüft werden. Auf alle Fälle glaube ich, daß, wenn auf diesem Gebiet nichts getan wird, die Werbeaktion für Schwestern, die in der Steiermark so erfolgreich angelaufen ist, nicht die erhoffte Wirkung und auch nicht das gewünschte Ergebnis erbringen wird. (Landeshauptmann Krainer: „Keine Vorwegnahme dessen, was wir erst bekommen müssen. Das ist, glaube ich, in einem Landtag mit Proporzregierung für alle verpflichtend!“)

Wir Sozialisten hoffen auch, daß es in absehbarer Zeit möglich sein wird, ein Statut über die Errichtung einer Personalvertretung im steirischen Landesdienst zu schaffen. Hier stimme ich mit dem Abg. Nigl vollkommen überein. Aber ich möchte für mich persönlich sagen, daß ich mich über seine Meinung, was die Verabschiedung des Bundes-Personalvertretungsgesetzes anbelangt, eigentlich wundere. Ich darf ihm vielleicht von dieser Stelle aus folgendes sagen: Wenn er feststellt, daß es nun ein Erfolg der ÖVP-Alleinregierung ist, was der Koalition seit langem nicht gelungen ist, ein solches Gesetz zu verabschieden, dann möchte ich sagen, dieses Gesetz in dieser Fassung wäre auch jetzt und in zehn Jahren nicht mit Zustimmung der Sozialisten beschlossen worden, weil es wesentliche Nachteile enthält. Wir als freie Dienstnehmer, als Gewerkschafter sind der Meinung, daß es absolut nicht angeht, daß in ein solches Gesetz eine Bestimmung aufgenommen wird, die z. B. vorsieht, daß die Bundesregierung ermächtigt ist, Organe der Personalvertretung zu entheben. Wir konnten einer solchen Formulierung nicht die Zustimmung geben und wir hoffen nur, daß das Statut für ein Landes-Personalvertretungsgesetz diese Bestimmungen nicht enthält und dadurch wesentlich besser und für uns dann akzeptierbar im Lande Steiermark sein wird. Ich möchte positiv vermerken, daß für die Beschäftigten in diesem Lande wieder einiges geschieht. Die Weihnachtswendung, die Zuschüsse für die Erhaltung des Landes-Bediensteten-Erholungsheimes und anderes mehr.

Ich möchte abschließend noch betonen, das hat ja der Abg. Nigl auch getan, daß den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der letzten Zeit ein besonderer Erfolg dadurch gelungen ist, daß sie mit der Regierung ein Übereinkommen abgeschlossen haben, welches die Anhebung der Gehälter und die Dynamisierung der Bezüge vorsieht. Das ist ein sehr wesentlicher, ein großer Erfolg. Wir glauben, daß diese Regelung nicht nur eine weitestgehende Sicherung des Realeinkommens dieser Dienstnehmer bedeutet, sondern daß dadurch wiederum ein echter Anreiz geschaffen wurde, in den Landesdienst einzutreten. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Fellingner das Wort.

**Abg. Fellingner:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Generalredner der SPÖ, der Herr Abg. Groß hat sich in seiner Generalrede schon befaßt mit den Vorfällen am 24. September in St. Stefan ob Leoben. Ich glaube aber, meine Damen und Herren, es ist notwendig, dazu noch einige Worte zu sprechen. Ich darf aber gleich feststellen, wie auch in einem Zwischenruf erklärt worden ist, daß der Herr Landeshauptmann für die Vorfälle nicht zuständig ist und daß sich die Hohe Landesregierung bereits einen Tag nach dem 24. September mit den Vorfällen beschäftigt und sich auch an den Herrn Innenminister gewandt hat.

Erlauben Sie mir eine kurze Schilderung der Vorgeschichte. Die Haltestelle Kaisersberg-St. Stefan soll aus Ersparnisgründen aufgelöst werden. Die Bevölkerung von St. Stefan ist darüber empört. Es kommt zu Protestversammlungen. An diesen Protestversammlungen nimmt ein Großteil der Gemeindebürger ohne Unterschied der politischen Einstellung teil. Bei den Protestversammlungen haben Funktionäre der SPÖ sowie auch der ÖVP gegen die Auflösung der Haltestelle Protest erhoben. In einer Versammlung wurde eine Delegation gewählt, die beauftragt wurde, beim Verkehrsminister Doktor Weiß vorzusprechen, um die Auflösung der Haltestelle zu verhindern. Die Delegation bestand aus dem Bürgermeister von St. Stefan und aus einigen Vertretern der ÖVP und der SPÖ. Es gab noch sehr viele Interventionen, um den Weiterbestand der Haltestelle zu sichern. Ich darf auch mitteilen, daß sich der Herr Landeshauptmann persönlich eingeschaltet hat in dieser Angelegenheit. Aber der Herr Minister Dr. Weiß entschied, daß am 24. September die Haltestelle Kaisersberg aufgelöst wird. Ich darf berichten, daß bei den diversen Protestversammlungen die Meinung laut wurde, man soll die Auflösung der Haltestelle durch einen Sitz-Streik verhindern. Am Freitag, dem 22. September, war die letzte Protestversammlung. Der Herr Landeshauptmann beauftragte den Bezirkshauptmann von Leoben, an dieser Protestversammlung teilzunehmen in Vertretung des Herrn Landeshauptmannes. Und es wurde dort vom Bezirkshauptmann sowie von einigen politischen Funktionären der Bevölkerung klargemacht, was die Auswirkung eines solchen Sitz-Streiks ist und daß dieser unter allen Umständen zu unterbleiben habe.

Die Bevölkerung von St. Stefan versammelte sich am Sonntag, dem 24. September in der Stärke von ca. 600 Personen zu einem Protestmarsch. Unter den Versammelten waren sehr viele Frauen und Kinder. Der Protestmarsch sollte den Weg vom Hauptplatz zur Haltestelle Kaisersberg nehmen, um dort einen Kranz niederzulegen, der auf der Trauerschleife den Aufdruck hatte: „Die letzten Grüße vom Verkehrsminister.“ Dieser Protestmarsch fand in der Mitte der Murbrücke sein Ende. Die Sicherheitsdienststellen haben nämlich Maßnahmen gesetzt, die einer Demokratie unwürdig sind. Es wurden 90 Gendarmeriebeamte in feldmarschmäßiger Ausrüstung mit Stahlhelmen, Sturmgeweh-

ren, Handschellen aufgebeten, um den Protestmarsch der Bevölkerung zu verhindern. In der Mitte der Murbrücke, die St. Stefan mit der Bahnhofstabelle verbindet, wurden spanische Reiter aufgestellt, die mit Handschellen zusammengehalten und am Brückengeländer mit Schließketten befestigt wurden. Diese Maßnahmen und der große Einsatz der Gendarmerie haben natürlich auf die Bevölkerung von St. Stefan, die an dem Protestmarsch teilnahm, provozierend gewirkt und der Unwille dagegen wurde kundgetan. Leider kommt noch dazu — das hat der Herr Abg. Groß schon vermerkt — daß das Fernsehen von diesen Szenen Aufnahmen gemacht und sie dann noch der Bevölkerung gezeigt hat, was natürlich auch bei den Fernsehern große Empörung hervorgerufen hat.

Nach einiger Zeit forderte der Bürgermeister die Bevölkerung auf, wieder in die Ortschaft zurückzukehren. Damit war die Protestkundgebung beendet. Es wurde wohl den Teilnehmern bewilligt, daß zwei Frauen unter Gendarmeriebegleitung den mitgeführten Kranz bei der Haltestelle hinlegen durften.

Und jetzt ist etwas Unverständliches passiert: Und zwar hat im Parlament der Herr Nationalrat Krempel eine Anfrage an den Herrn Innenminister gerichtet, ob nach seiner Meinung dieses Gendarmerieaufgebot notwendig war. Und da hat der Herr Innenminister bekanntgegeben, daß in der Bevölkerung die Meinung vorhanden war, durch einen Sitzstreik die Schließung der Haltestelle verhindern zu können und hat auch bekanntgegeben, wer dort die Kommandanten dieser Sache waren und wer die Verantwortlichen waren. Er hat unter anderem die Begründung bekanntgegeben und diese Begründung schaut folgendermaßen aus: „Als am Nachmittag, dem 24. September, etwa um 14 Uhr, zirka 600 bis 700 zum Teil alkoholisierte und erregte Demonstranten dem Bahnkörper sich zu nähern versuchten und Ausschreitungen zu befürchten waren, war die Gendarmerie gezwungen, Scherengitter aufzustellen und in vollem Einsatz tätig zu werden.“ Diese Antwort, daß ein Teil der Bevölkerung, die an der Demonstration teilgenommen hat, alkoholisiert war, hat natürlich in St. Stefan Empörung hervorgerufen.

Ich kann dem Herrn Landeshauptmann und allen Anwesenden unzählige Bilder zeigen, wo Frauen und Kinder drauf sind. Es war ein Alkoholisierter anwesend und der wurde zurechtgewiesen von den anderen Demonstrationsteilnehmern. Ich habe unzählige Aufnahmen hier. Ich glaube, daß so eine Antwort, so ein Vorgehen und so ein Einsatz der Gendarmerie natürlich bei der Bevölkerung große Sorge hervorgerufen haben. Nachdem die Landesregierung, es ist ja auch im Hohen Haus eine Vorlage darüber eingebracht worden, sich damit befaßt hat, glaube ich, daß es dem Hohen Haus bewußt sein muß, welche Gefahren solche Maßnahmen hervorrufen und daß alle zuständigen Stellen veranlaßt werden, im Interesse der Demokratie solche Einsätze der Exekutivorgane, wie sie in St. Stefan erfolgt sind, (Abg. Burger: „Das

würde auch für Bärnbach Gültigkeit haben!“ in Zukunft zu unterbinden. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Es spricht Frau Abg. Prof. Hartwig.

**Abg. Prof. Hartwig:** Meine Damen und Herren! In der Gruppe 0 im Unterabschnitt 099 „Verschiedene Aufwendungen“ gibt es zwei Posten, die für die Verkehrssicherung und für die Verkehrserziehung vorgesehen sind. Ich glaube, Sie stimmen mir alle zu, wenn ich meine, daß zu den wichtigsten Aufgaben der Verkehrssicherung und Verkehrserziehung ohne Zweifel alles gehört, was zur Schulwegsicherung dient. Wir alle bemühen uns, unseren Kindern den Weg zu höherer Schulbildung zu ebnen und zu sichern. Tun wir aber wirklich alles, um ihnen ganz einfach den täglichen Weg zur Schule, also den Schulweg sicher zu machen?

Ich weiß natürlich, daß das im wesentlichen eine Aufgabe auch der Gemeinden ist; z. B. gibt die Landeshauptstadt drei Millionen Schilling für die Schulwegsicherung aus. Gewiß eine beachtliche Summe. Eine beachtliche Summe sogar dann, wenn man das nicht glaubt was ich in der Tagespost gelesen habe und was dort sogar der Frau Abg. Egger in den Mund gelegt war, daß die Landeshauptstadt seit 1945 nur fünf Schulen gebaut habe (Abg. Egger: „Das war ein Irrtum!“)

Ich weiß natürlich, daß die Frau Abg. Egger das so nicht gesagt haben kann. Sie saß ja selbst im Gemeinderat. Es waren elf Schulen, ohne noch davon zu reden, daß eine gekauft und eine gepachtet wurde. Trotzdem sind drei Millionen Schilling natürlich viel Geld für die Schulwegsicherung und die Maßnahmen reichen sehr weit. Sie reichen vom Ausbau von Schulwegen, wie am Rieshang, über die Fußgängerampeln in der Wienerstraße, Markierungen, Betrieb des Verkehrsgartens bis zum Verkehrsunterricht durch Polizeioffiziere im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Verkehrserziehung. Es gibt die Aktion „Gelbe Kappen“ für die am ungünstigsten gelegenen Schulen und auch Kindergärten. Es gibt weiters den Schülerlotsendienst. Ich weiß, daß die Arbeitsgemeinschaft darüber hinaus jetzt einen großen Verkehrsquiz für alle Sechs- bis Fünfzehnjährigen Pflichtschüler veranstalten wird, der verbunden ist mit einem Preisausschreiben und abgestimmt ist vor allem auf die radfahrenden Schüler, auf die, die mit dem Fahrrad zur Schule kommen.

Aber alles das verhindert trotzdem nicht, daß immer wieder auch Schulkinder Opfer des hektischen Straßenverkehrs werden in den Städten, aber auch auf dem Lande. Was also könnten wir noch tun, um unsere Kinder von den Gefahren zu bewahren, die freilich wir Erwachsenen ihnen bereiten? Es wird immer wieder mit Recht die Forderung erhoben, die Verkehrserziehung zu einem Pflichtfach in den Schulen zu machen. Ich hielte das für absolut richtig, aber ich kenne auch die Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen und die nicht nur darin liegen, daß manch-

mal auch die Lehrer selbst nicht genug eigene Schulung haben, um einen solchen Unterricht zu erteilen — das könnte man ändern. Ich weiß, daß es eine grundsätzliche Frage ist, was alles wir, bei der Art wie unsere Schulen jetzt organisiert sind, noch in die Schule hineinbringen können zu den schulischen Aufgaben, die sie schon immer hat, was an Lebensaufgaben noch untergebracht werden kann. Mir scheint freilich, daß das alte lateinische Wort „Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir“ in unserer Zeit sehr energisch in die Tat umgesetzt werden müßte. Man müßte manches ändern.

Für unsere Landkinder glaube ich, daß es noch eine Möglichkeit gibt, die Schulwege zu sichern. Wir wissen, daß es viele Kinder gibt, die immer noch stundenlange Schulwege zurücklegen müssen bei jeder Witterung und die also oft genug auch in der Dunkelheit von zu Hause weggehen und wieder nach Hause kommen. Hier könnte gewiß in vielen Fällen die Einrichtung von Schulautobussen entscheidende Erleichterung bringen. Wir sollten bedenken, daß diese Kinder, die sehr oft in der Dunkelheit gehen müssen, nicht nur körperlichen Strapazen, nicht nur den Gefahren des Straßenverkehrs, sondern darüber hinaus auch noch sittlicher Gefährdung ausgesetzt sind. Wir versuchen, durch vermehrten Hauptschulbau die Bildungsmöglichkeiten zu verbessern. Aber das bedingt natürlich häufig noch längere Schulwege, weil ja nicht in jedem kleinen Ort eine Hauptschule gebaut werden kann und daher eine weitere Gefährdung. Mir scheint, wenn wir Autobahnen bauen, ist uns allen klar, daß auch Zubringer gebaut werden müssen. Es ist wahrscheinlich weniger spektakulär, aber sicher ebenso wichtig, wenn wir dort wo wir Schulen haben, auch Zubringer zu diesen Schulen verwenden, eben in Form von Schulautobussen. Gewiß eine Belastung für die Gemeinden. Aber ich glaube, daß manche Aufwendung der Gemeinden eben nicht gemacht wird, wenn man die Sicherheit damit gewährleisten soll. Wenn wir sagen — und das sagen wir heute alle — gleiche Chancen für alle Kinder, dann sollten wir nicht zulassen, daß viele von ihnen schon auf dem Weg zur Schule, sogar zur Volksschule schon, nicht nur viel mehr Zeit aufwenden müssen als andere — das werden wir nicht ganz verhindern können —, sondern daß sie sich diesen Weg zur Bildung auch noch mit erhöhter persönlicher Gefahr erkaufen müssen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Brandl, ich erteile es ihm.

**Abg. Brandl:** Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Bezirk Bruck a. d. Mur zählt die Errichtung einer neuen Bezirkshauptmannschaft zu den vordringlichsten Aufgaben. Die außergewöhnlich schlechte Unterbringung und vor allem die Aufsplitterung der Referate ist hier im Hohen Hause in den vergangenen Jahren wiederholt aufgezeigt worden und hat auch seinen Niederschlag in einem gemeinsam beschlossenen Resolutionsantrag gefunden. Ich

darf von dieser Stelle aus die Landesregierung ersuchen, die Grundankaufsverhandlungen möglichst rasch voranzutreiben, damit im Jahr 1968 mit den Vorarbeiten zur Errichtung einer neuen Bezirkshauptmannschaft begonnen werden kann. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Abschluß der Gruppe Null hat sich Herr Landesrat Wegart zu Wort gemeldet.

**Landesrat Wegart:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte es sehr kurz machen. Vorerst darf ich einmal herzlich allen Rednern danken, die sich mit den Personalfragen unseres Landes beschäftigt haben.

Ich möchte nun im einzelnen zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen. Es wurde vom Abg. Nigl die Frage der Personalvertretungswahlen im Land ürgiert und zur Sprache gebracht, wie auch vom Abg. Groß. Ich darf dazu mitteilen, daß die Gespräche zwischen den beiden Fraktionen der Personalvertretung über ein solches Statut im Gange sind. Wir erwarten gelegentlich das Ergebnis, um in weiterer Folge im Rahmen der Landesregierung die Verhandlungen weiterzuführen, und dann eine Regierungsvorlage dem Hohen Landtag zuzuleiten.

Ich möchte zur Materie meritorisch nicht Stellung nehmen, weil ich weder der Personalvertretung noch der Regierung vorgreifen möchte, aber, Herr Kollege Groß, auf eines möchte ich doch aufmerksam machen: Es muß eine grundlegende Unterscheidung in der Frage der Personalvertretung zwischen Angestellten und Arbeitern und den pragmatisierten Bediensteten des öffentlichen Dienstes vorgenommen werden. Es wäre einfach nicht denkbar, hier gleich vorzugehen. Auf das muß ich jetzt schon aufmerksam machen.

Was die Frage der Handwerker-Dienstzweige-Ordnung anlangt, so darf ich Ihnen mitteilen, daß diese mit der zuständigen Gruppe des Gewerkschaftsbundes abgesprochen wurde. Hier hat volle Übereinstimmung geherrscht. Ich bin daher überrascht, daß das hier neuerdings ürgiert wurde.

Was die Mehrleistungszulage anlangt, die in eine Personalzulage umgewandelt werden soll, um sie auch in die Pension einzurechnen, darf ich hier zur Kenntnis bringen, daß eine Landeshauptmänner-Konferenz vereinbart hat, eine Bundesregelung abzuwarten und sich dieser anzuschließen. Daher kann im Augenblick auf diesem Sektor nichts geschehen.

Was die Frage der Änderung der Beförderungsrichtlinien im Lande anlangt, so werden wir im Zusammenhang mit den Dienstpostenplanbesprechungen des Jahres 1968 für 1969 die diesbezüglichen Gespräche aufnehmen und sie ebenfalls einer Erledigung im Rahmen der Landesregierung bzw. des Landtages zuführen.

Was die Pragmatisierung von verheirateten Frauen anlangt, so muß ich doch nochmals sagen, daß wir uns hier mit Rücksicht auf die Personallage noch immer eine bestimmte Zurückhaltung auferlegen. Was ledige Frauen anlangt,

die das 35. Lebensjahr überschritten haben, sind wir in dieser Frage schon einer Meinung.

Was die Unfallversicherung der Landesbediensteten anlangt, darf ich mitteilen, daß ich heute vormittag diesen Akt unterschrieben habe. Er wird nun am nächsten Montag der Hohen Regierung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Ich hoffe, daß ich dort durchkomme. Warum sich das verzögert hat; das muß ich bei der Gelegenheit auch dem Hohen Landtag berichten. Es war für mich als Personalreferent wichtig, zu wissen; wie hoch die Kosten des Landes sich bei einer solchen Beschlußfassung, wenn wir uns daran beteiligen, ergeben. Sie werden immerhin mit über 700.000 Schilling im Jahr den Landeshaushalt zusätzlich belasten. Am Montag geht's also zur Regierung.

Und was den Wunsch anlangt, daß die Dienstpostenplanbesprechungen auch in Anwesenheit der Personalvertreter vorgenommen werden, so darf ich sagen, daß zum Beispiel zum Unterschied vom Bund die Personalabteilung mit dem Vorstand und den zuständigen Sachbearbeitern jeweils in der Dienststelle oder in der Behörde oder im Landeskrankenhaus, im ganzen Lande schon jeweils im März des laufenden Jahres die Verhandlungen beginnt und auch gleichzeitig die Dienstnehmervertreter zu diesen Gesprächen heranzieht. Das wird in jedem Falle vorgenommen. Es liegt im übrigen auch von mir eine solche Weisung in der Abteilung auf.

Das sind die Fragen, die hier angeschnitten wurden.

Und nun, meine Damen und Herren darf ich vielleicht doch noch ein paar Dinge zur Personalsituation im Grundsätzlichen sagen.

Die Situation hat sich gegenüber den letzten Jahren etwas verändert. Sie hat sich verändert einmal auf dem Sektor der Hoheitsverwaltung. Hier ist der Personalstand jederzeit zu decken. Wir haben diesbezüglich keine Schwierigkeiten. Er hat sich sogar verändert auf dem Sektor der Bauverwaltung. Wir kommen jetzt leichter zu Diplomingenieuren, wir kommen jetzt leichter zu Technikern.

Und ich möchte bei dieser Gelegenheit, weil gerade die Generaldebatte heute mehrfach dieses Problem aufgerissen hat, doch auch jetzt Ihnen ein Beispiel berichten, nämlich eine Betrachtung, die sehr selten bei uns vorgenommen wird. Es hat sich vor etwa vier Wochen bei mir ein Diplom-Ingenieur vorgestellt, ein Österreicher, der in Stockholm tätig ist. Er hat gebeten, daß er bei uns im Landesdienst eingestellt wird. Ich habe dem Mann gesagt wie jedem Diplom-Ingenieur, „morgen in der Früh können Sie anfangen.“ Daraufhin war er sehr dankbar für diese Mitteilung, aber ich habe bei der Gelegenheit eine Frage an ihn gestellt und habe gefragt, „warum wollen Sie eigentlich jetzt von Stockholm wieder heim nach Österreich, was ist das Motiv? Wieviel verdienen Sie dort?“ Bei der Gelegenheit sagte er zu mir „ich verdiene sehr schön, ich verdiene umgerechnet 17.000 Schilling, aber Herr Landesrat, davon werden mir einmal sofort 37 Prozent weggesteuert, verbleiben mir 11.000 Schilling. Davon zahle ich für eine 3 1/2-



Zimmer-Wohnung 4.000 Schilling (Zwischenrufe: „Hört, hört!“), für die Lebenshaltungskosten zahle ich etwa 6.000 Schilling bis zu 6.200 oder 6.300 Schilling, so daß mir effektiv für Sonstiges zwischen 700 und 1.000 Schilling verbleiben.“ „Ich habe mir durchgerechnet,“ sagte er, „als ich in der Abteilung war, um zu erfahren, wie ich eingestuft werde, daß ich in Österreich und hier in Graz oder in der Steiermark zwar weniger bekomme, daß hier aber im Saldo die Situation besser ist als in Schweden bzw. in Stockholm bei der Firma, bei der ich arbeite.“ Und jetzt bitte ich, auch bei der Gelegenheit zu berücksichtigen, warum kommt er bei uns besser aus? Meine Damen und Herren — und ich bitte, das gilt jetzt für alle Fraktionen und für alle, denen es ernst darum zu tun ist, diese Dinge zu betrachten.

Wenn wir diese Fragen erörtern, dann sollten wir doch auch, wenn wir vom Realeinkommen reden, von der Höhe der Bezüge, von der Höhe der Gehälter, der Löhne usw. sprechen, letzten Endes eines berücksichtigen, wieviel an Soziallohn bei uns enthalten ist. Sagen Sie mir ein Beispiel, wo ein Arbeiter oder ein Angestellter bei uns für eine Wohnung 4.000 Schilling zu bezahlen hat. Er zahlt halt ganz andere Mieten, die weitaus geringer sind und die daher ein Beitrag zu dieser Gesamtsituation wird, wenn wir Löhne und Gehälter betrachten. Ich muß das einmal bei der Gelegenheit sagen. Es gibt auch andere soziale Vorteile, die wir in anderen Ländern nicht sehen. Man kann nicht nur das Gehalt als solches sehen, sondern man muß auch gleichzeitig sehen, was man mit diesem Gehalt tatsächlich anfangen kann. Gerade dieses schwedische Beispiel und die Aussprache mit diesem Bautechniker hat mir dies so anschaulich vor Augen geführt.

Ich darf weiters dem Landtag berichten, daß wir hinsichtlich des Nachwuchses bei den Krankenschwestern nach wie vor noch Schwierigkeiten haben. Wir können den Bedarf aus Eigenem nicht decken. Wir haben gegenwärtig 90 Krankenschwestern aus dem Ausland beschäftigt und auch bereits medizinisch-technische Assistentinnen eingestellt und wir haben uns gegenwärtig einen ganzen Jahrgang in Jugoslawien engagiert, dessen Ausbildungskosten das Land Steiermark trägt und die nach ihrer Ausbildung in unseren Landeskrankenhäusern dann den Dienst antreten werden.

Leider haben wir hier einen sehr großen Personalwechsel. Die geistlichen Schwestern haben fast keinen Nachwuchs mehr. Sie haben uns jetzt wieder drei Krankenhäuser gekündigt und es ist so, daß dort Frauen Dienst machen, die schon das 70. Lebensjahr überschritten haben; eine Leistung, die ich als außerordentlich bezeichnen möchte. Es ist also so, daß wir nicht sagen können, wie wir etwa zukünftig, wenn die 1. Chirurgie und die Kinderklinik fertig sind und wenn noch zusätzliche weitere Bauvorhaben auf dem Krankenhaussektor verwirklicht werden, den Personalangel decken. Ich hoffe nicht, daß wir zu jenen Mitteln greifen müssen, die in der Bundesrepublik schon gang und gäbe

sind, wo man Krankenschwestern aus Japan und Indien eingeflogen hat, damit sie in der Bundesrepublik ihrer Arbeit nachgehen können. Jedenfalls ist es so, daß der Bedarf, den wir hier haben, nicht so ohne weiteres zu decken ist. Es sind das Dienstleistungen, die Nachtdienst, Sonn- und Feiertagsdienst und selbstverständlich auch eine Tätigkeit verlangen, die nicht jedermanns Sache ist und daher muß ich bei der Gelegenheit sagen, daß wir uns etwas schwer tun.

Dasselbe gilt für die Fürsorgerinnen. Auch dieser Zweig hat einen Nachwuchs, der sehr schwach ist und wir werden auch hier Überlegungen anstellen müssen, wie wir in Hinkunft mit dieser Frage fertig werden. Das ist die Personalsituation, wie sie sich uns gegenwärtig stellt.

Und nun vielleicht eine statistische Untersuchung über die Dienstposten des Jahres 1968. Wir haben rund 11.785 Dienstposten.

In der Gruppe A 1390 Akademiker, davon sind 252 Juristen, 700 Ärzte, 78 Tierärzte, 285 Diplomingenieure und 75 Akademiker der Fachrichtungen Philosophie, Apotheker und Diplomkaufleute.

In der Verwendungsgruppe B sind 907 Maturanten, davon 450 im Verwaltungs- und Rechnungsdienst, 217 Techniker der verschiedenen Fachrichtungen, 152 medizinisch-technische Assistenten und 88 sonstige Maturanten wie z. B. Erzieher und Fürsorgerinnen im gehobenen Dienst.

Verwendungsgruppe C 2577 Bedienstete; 1504 im Sanitätsdienst, 514 im Verwaltungs- und Rechnungsdienst, 181 im technischen Dienst, 169 im Agrar-, Forst- und Landwirtschaftsdienst und 209 in sonstigen Diensten wie z. B. Fürsorgerinnen oder Erzieher.

Verwendungsgruppe D 3300 Bedienstete des mittleren Dienstes und der handwerklichen Verwendung, davon 1232 im Kanzleidienst, 968 im Sanitätsdienst und 1100 in technischen Diensten, als Handwerker, Facharbeiter, Kraftwagenlenker sowie in den landwirtschaftlichen Betrieben.

Verwendungsgruppe E 3611 Bedienstete; 2708 Straßenarbeiter und Straßenwärter, 435 im Sanitätshilfsdienst, 269 in der Landwirtschaft und 199 in sonstiger Verwendung wie z. B. Kanzleihilfsdienst.

Nach dieser Betrachtungsweise sind zu Lasten des Personalaufwandes des Landes zwölf Prozent Akademiker, acht Prozent Maturanten, 22 Prozent in den Fachdiensten und 58 Prozent in den mittleren und Hilfsdiensten beschäftigt. Es ergibt sich daraus eindeutig, daß die Masse der Landesbediensteten, nämlich 80 Prozent, in den Verwendungsgruppen C und E bzw. im handwerklichen Dienst eingestuft sind. Ich wollte diese Statistik dem Landtag mitteilen, weil sie einige Hinweise gibt, die wir vielleicht für die Betrachtung der Personalpolitik des Landes benötigen.

Meine Damen und Herren! Als Personalreferent möchte ich aber am Schluß doch noch in Dankbarkeit aller jener gedenken, die vor allem im Jahreslauf die schwersten Arbeiten auf

der Straße, in den Krankenhäusern und in den Fürsorgeanstalten zu leisten haben. Ich möchte vor allem eines betonen, daß wir auch 1967 den steirischen Landesbediensteten das Zeugnis ausstellen dürfen, daß sie ihrer Arbeit und ihrer Pflicht korrekt, sauber und vorbildlich nachgekommen sind und einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leistung des Landes beigetragen haben. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Die Berichterstatterin hat das Schlußwort.

**Abg. Jamnegg:** Hoher Landtag! Ich darf meinen Antrag wiederholen und Sie noch einmal bitten, namens des Finanz-Ausschusses den Ansätzen der Gruppe 0 Ihre Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 0 einverstanden ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 0 ist angenommen.

Wir kommen zur

#### **Gruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit**

Berichterstatter ist Abg. Josef Loidl, Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Loidl:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Gruppe 1 „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“ umfaßt im Unterabschnitt 17 eine einzige Post in der Höhe von 300.000 Schilling und zwar für Maßnahmen im Interesse des Zivilschutzes. Einnahmen bei dieser Post sind nicht vorgesehen. Der eingesetzte Betrag ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit dieser Post beschäftigt und diese einstimmig beschlossen.

Ich stelle daher den Antrag, das Hohe Haus möge diesem Kapitel ebenfalls die Zustimmung erteilen.

**Präsident:** Als erster Redner hat sich der Abg. Dipl.-Ing. Fuchs zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Fuchs:** Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Berichterstatter hat uns mitgeteilt, daß im Voranschlag 300.000 Schilling für den Zivilschutz eingesetzt sind. Das entspricht ungefähr pro Kopf der Steirer 30 Groschen. Wenn wir dazu noch die entsprechenden Ansätze des Bundes von 7,6 Millionen Schilling nehmen und auch wieder den steirischen Anteil darauf rechnen, so können wir sagen, daß für jeden Steirer im Jahre 1968 ungefähr 1,40 Schilling ausgegeben wird. Das ist eine Ziffer, die, wie ich später zeigen werde, nicht besonders bedeutend ist, auch vielleicht ein Ansatz, der in Zukunft erhöht werden sollte, der aber doch die Möglichkeiten gibt, hier einmal einen Anfang zu machen, der dringend notwendig ist.

Der Zivilschutz ist ein Kapitel, das in den mei-

sten von uns Erinnerungen weckt an vergangene Zeiten. In erster Linie denkt man an den Luftschutz und dann kommt die Assoziation zum Luftschutzwart und das geht so weiter. Kurz, wir werden an eine Zeit erinnert, an die wir nicht so sehr erinnert werden wollen. Wir sollten uns aber manchenmal der Dinge mehr erinnern, die uns damals das Leben gerettet haben und die in letzter Zeit vielfach in Vernachlässigung geraten sind.

Der Zivilschutz ist zweifelsohne eine der vier Säulen der Landesverteidigung. Die allgemeine Stimmung in Österreich ist nicht besonders zivilschutzfreundlich.

Es hat auch der Gesetzgeber in dieser Hinsicht dem Willen der Bevölkerung durchaus entsprochen und bisher die Bevölkerung nicht besonders durch gesetzliche Maßnahmen beunruhigt.

Es wäre daher doch zu fordern, daß einmal die rechtliche Zuständigkeit eindeutig geklärt wird und etwa nach Artikel 11 der Bundes-Verfassung ein Grundsatzgesetz durch den Bund verabschiedet wird mit Vollzug durch das Land oder gem. Artikel 12 ein Bundes-Grundsatzgesetz beschlossen wird mit Ausführungsgesetzen der Länder, damit einmal die Kompetenzen geregelt werden. Derzeit ist es so, daß das Bundesministerium für Inneres für den Zivilschutz zuständig ist. Es ist weiter in der Steiermark im Rahmen des zentralen Katastrophen-Referates ein Zivilschutzreferent vorhanden und wie ich später noch ausführen werde, sind durchaus Maßnahmen gesetzt worden, die mit der Zeit aber auch eine finanzielle Auswirkung oder eine finanzielle Dotation, die über das Derzeitige hinausgeht, mit sich bringen werden.

Sehr hervorzuheben ist in dem Zusammenhang die Arbeit des Österr. Zivilschutzverbandes, der in erster Linie aufklärend wirkt und die Bevölkerung auf die Möglichkeiten des Selbstschutzes hinweist, in diesem Zusammenhang sehr eng mit den Behörden zusammenarbeitet und auch sehr viel vor allem im Auftrag der Landesregierung an Information und Aufklärung leistet.

Bevor ich auf die einzelnen Maßnahmen, die in der Steiermark dank der Initiative der Landesregierung — und hier ist besonders auch hervorzuheben, daß Herr Landesrat Peltzmann auf diesem Gebiet besonders aktiv ist — gesetzt werden, eingehe, wäre es doch zweckmäßig, einen kleinen Blick über die Grenzen zu tun. Und da bieten sich als Vergleich vielleicht am besten an die Schweiz und Schweden, auch zwei neutrale Staaten, die ja im Prinzip genau so wie wir damit rechnen müssen, daß sie nicht direkt in kriegerische Ereignisse verwickelt werden, aber doch ihre Bevölkerung schützen müssen.

In der Schweiz ist seit dem Jahr 1955 ein entsprechendes Bevorratungsgesetz in Geltung und in den Jahren 1958 bis 1963 wurde die Gesetzgebung für den Zivilschutz systematisch den Bedürfnissen des Atomzeitalters angepaßt. Die Experten in Ost und West rechnen bei einem zukünftigen Krieg unbedingt damit, daß er in Europa mit Atombomben ausgetragen werden würde, daß es weder Sieger noch Besiegte ge-

ben wird, sondern daß bestenfalls von „Überlebenden“ gesprochen werden kann. Und in dieser Richtung hat auch die Schweiz ihre Maßnahmen getroffen. Sie hat alle Gemeinden als schutzpflichtig erklärt und die Gemeinden mit über 1.000 Einwohnern als organisationspflichtige Gemeinden, das heißt bei allen Bauwerken, die dort aufgeführt werden, müssen die entsprechenden Schutzräume vorgesehen werden, es muß eine entsprechende Organisation da sein, die Bereiche des Zivilschutzes wahrnimmt. In Gemeinden unter 1.000 Einwohnern wird eine verstärkte Kriegsfeuerwehr eingerichtet, um also auch in diesen relativ kleinen Gemeinden für einen Schutz zu sorgen.

Dabei geht es vor allem — und das geht aus den Ausführungen, die der Herr Generaldirektor des Zivilschutzvereines oder wie das in der Schweiz heißt, gemacht hat, hervor — darum, der Bevölkerung klar zu machen, daß der sicherste Platz bei einer kriegerischen Auseinandersetzung in Zukunft nicht mehr der Wald ist, was früher durchaus gestimmt haben mag bei konventionellen Waffen, sondern daß der sicherste Aufenthaltsraum unser Keller ist. Und daß weiters, wenn es im Krieg möglich war, in einem Luftschutzkeller einige Stunden zuzubringen, wir in Zukunft unbedingt damit rechnen müssen, daß bei einer nächsten kriegerischen Auseinandersetzung diese Aufenthaltsräume für tagelangen, ja sogar wochenlangen Aufenthalt eingerichtet sein müssen und daher auch teurer und entsprechend ausgestattet sein müssen.

Es ist dabei auch darauf zu verweisen, daß nicht nur in einem Kriegsfall die Bevölkerung gefährdet ist. Wenn Sie sich erinnern, es war, glaube ich, am Anfang dieses Jahres oder Ende des vergangenen Jahres, als in Spanien einige Atombomben verloren gingen. Wenn nur eine davon explodiert wäre, so wäre bei einem starken Westwind schon eine Gefährdung für die Bevölkerung in Mitteleuropa aufgetreten. Es zeigt allein dieses Beispiel, daß durch einen reinen Zufall, der auch bei einer Explosion in einem Atomkraftwerk — wenn auch die Experten nie damit rechnen — doch eintreten kann, es zu einer Gefährdung kommen kann und daher auch für solche Fälle ein entsprechendes Schutzsystem gegeben sein muß. Die Schweizer sind sehr stolz darauf, daß sie strahlensichere Schutzräume für 40 Prozent ihrer Bevölkerung bereits haben.

In Schweden sind die ersten gesetzlichen Voraussetzungen im Jahre 1944 geschaffen worden. Es besteht dort für jeden Staatsbürger eine Dienstpflicht. Es ist jeder Staatsbürger zwischen 16 und 65 Jahren, ganz gleich, ob männlichen oder weiblichen Geschlechtes, verpflichtet, über Aufforderung in der „Zivilverteidigung“ wie es dort genannt wird, mitzuarbeiten. Es ist eine Generaldirektion in Stockholm eingerichtet, die aus fünf Abteilungen besteht und zwar: Organisation, technische Maßnahmen, staatl. Schule, Planung, Verwaltung. Das ganze Land ist in 100 Zivilschutzbezirke eingeteilt und es besteht ein Zehnjahresplan, um die notwendigen finanziellen Maßnahmen durchzuführen.

Wenn wir kurz darauf eingehen, was in den einzelnen Ländern dafür ausgegeben wird: Ich bringe also in Erinnerung, in der Steiermark entfällt etwa 1.40 Schilling pro Jahr und pro Kopf der Bevölkerung auf den Zivilschutz, in Schweden sind im Budget derzeit umgerechnet 70 Schilling vorgesehen, wobei man mit einer jährlichen Steigerung rechnet und in den vergangenen sechs Jahren ist insgesamt pro Kopf der schwedischen Bevölkerung bereits ein Betrag von 300 Schilling ausgegeben worden. In der Schweiz werden pro Kopf der Bevölkerung etwa 100 Schilling im Jahr für Zivilschutz ausgegeben durch den Bund allein, wobei man rechnet, daß bis 1970 eine Verdoppelung dieses Aufwandes eintreten wird, eine Summe, die im schweizerischen Bundes-Budget etwa eine Milliarde Schilling ausmachen wird. Im Verhältnis dazu sind unsere Ansätze augenscheinlich schwach und man fragt sich, ob sie überhaupt eine Wirkung haben können. In diesem Zusammenhang sind sehr interessante Untersuchungen angestellt worden, die feststellen, daß 46 Prozent unserer Altbauten Keller haben, die ohne weiters mit geringen Adaptionen als Schutzräume angesprochen werden können. Dazu sind nur geringe finanzielle Mittel notwendig. Es geht darum, daß gasdichte Türen eingebaut werden und daß die Decken trümmersicher ausgestaltet werden und daß auch die notwendige Entlüftung vorgesehen wird. Diese 46 Prozent der Althäuser werden von etwa 75 Prozent der österreichischen Bevölkerung bewohnt. Das ist eine Ziffer, wenn wir sie mit den 40 Prozent in der Schweiz vergleichen, die sich durchaus sehen lassen kann und aus diesem Grund kann man schon sagen, daß auch die bescheidenen Millionen, die vorhanden sind, durchaus zu einem Erfolg führen können.

In der Steiermark wurde über Auftrag des Herrn Landesrates Peltzmann, der heute leider nicht hier ist, ein 12-Punkte-Programm ausgearbeitet, das ich Ihnen kurz zur Kenntnis bringen darf. Und zwar ist Punkt 1. die Organisation. Es soll in jeder Bezirkshauptmannschaft ein Zivilschutz-Referent bestellt werden, der zuerst einmal eine Bezirks-Analyse vornehmen soll, um die Gefahrenempfindlichkeit des Bezirkes und die Hilfsmöglichkeiten festzustellen. Weiters ist die Schaffung eines Bezirks-Teams vorgesehen, das aus dem Bezirkshauptmann, dem Katastrophenreferenten, dem Amtsarzt, dem Amtstierarzt, einem Strahlenfachmann, dem Bezirksschulinspektor usw. besteht. Das geht noch so weiter, auch aus einem Verbindungsmann zum Heer, Gendarmerie, Feuerwehr usw.

Im Punkt 2. wurde der Ausbau eines Warn- und Alarmsystems gefordert, wobei die Kontrolle, die Ergänzung und der Ausbau das Wesentlichste sind. Derzeit ist als einzige Warnanlage nur jeweils die Sirene der Feuerwehr gegeben und nachdem man sich in der Steiermark auch auf Grund der schlechten Erfahrungen, die andere Länder mit dem zwangsweisen Zivilschutz gemacht haben, entschlossen hat, im wesentlichen auf die bestehenden Organisationen, wie Feuerwehr, Rotes Kreuz, Bergwacht usw.

zurückzugreifen, ist hier in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr der Ausbau des Warnsystems für die Bevölkerung — das ist unabhängig vom Warnsystem, das über den ganzen Bund gelegt werden müßte, um im Falle eines Einfluges von Flugzeugen eine Warnung geben zu können — notwendig.

Punkt 3.: Schutzzonenerhebungen und Bezeichnungen. Das ist eine Meldung an die Gemeinden, die Anfertigung von Übersichtsplänen, generelle Weisungen an die Gemeinden über die Schutzbauten, vor allem deren Bezeichnung, damit im Falle einer Gefährdung die Bevölkerung weiß, wohin sie sich zu wenden hat. Ich bitte zu bedenken, daß in Graz allein täglich mehr als 25.000 Personen einpendeln und es sind auf der anderen Seite 4.000 Personen, die von Graz weg ihrer Arbeit nachgehen, so daß wir mit einer durchschnittlichen Pendlerzahl von 21.000 Personen rechnen müssen, die im Falle einer Katastrophe einen Schutzraum finden müssen. Die Überlegungen, den alten Schloßbergstollen wieder zu mobilisieren, sind durchaus aktuell.

Ein sehr wesentlicher Punkt für den Katastrophenfall ist die Wasserversorgung. Im Punkt 4. ist ein Katalog über das Grundwasservorkommen vorgesehen, mit der Bewertung in der Richtung auf die Bestrahlungsmöglichkeit. Hier gilt festzustellen, daß in einem Katastrophenfall die Brunnen nicht sofort ausfallen bzw. wo die Bevölkerung dann Trinkwasser entnehmen kann.

Der Punkt 5. beschäftigt sich mit dem Industrieschutz; Katalogisierung der wichtigsten Werke, Schutz der Belegschaft, Schutz der Herzstücke des Betriebes, die Alarm- und Einsatzpläne und die Erhebungen über den derzeitigen Stand der Vorbereitungen in den einzelnen Betrieben.

Punkt 6. ist der Sonderfall Graz; Schutz der Passanten in erster Linie.

Punkt 7. befaßt sich mit dem Schutz von Krankenhäusern und Altenheimen. Es ist notwendig, Nospitäler zu planen. Es ist die Ausarbeitung von Alarmplänen für diese Spitäler notwendig und die Erhebung der derzeitigen Situation.

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht interessant, daß in der Schweiz grundsätzlich beim Bau jedes neuen Krankenhauses strahlengeschützte Operationsräume und Pflegeräume eingerichtet werden müssen, um im Ernstfall dann benützt werden zu können.

Punkt 8. befaßt sich mit dem Schutz der Schulen, Kirchen und der allgemeinen Kulturgüter.

Punkt 9. ist der Schutz der Bahnhöfe; auch das ist sehr wesentlich.

Punkt 10. Forcierung der Aufklärung des Selbstschutzes. Da ist in erster Linie der Zivilschutzverband tätig.

Punkt 11. Einführung eines jährlichen Zivilschutztages, um die Bevölkerung immer wieder auf die Gefahren hinzuweisen.

Punkt 12. Legislative Maßnahmen im Landesbereich.

Hier ist in erster Linie zu erwähnen, die in Beratung stehende Bauordnung in der natürlich auch den Bedürfnissen des Zivilschutzes entspre-

chend Rechnung getragen werden muß.

Meine Damen und Herren! Der Zivilschutz ist derzeit noch ein Aschenbrödel unter allen Problemen des täglichen Lebens und wir alle sind eher geneigt, die Gefahr zu verniedlichen. Wir wollen uns gar nicht mit der Gefahr befassen und zwar aus dem Gefühl heraus, daß man den Teufel nicht an die Wand malen soll. Es wäre das eine sehr kurzsichtige Politik. Wenn wir heuer im Landesbudget 300.000 Schilling drinnen haben, so können die in erster Linie dazu dienen, aufklärend zu wirken und die Bevölkerung auf die Gefahr hinzuweisen. Das hat nichts mit Panikmacherei zu tun. Das hat nichts damit zu tun, daß man militante Organisationen schaffen will. Aber es ist einfach eine Verantwortung, die auch auf uns als Gesetzgeber lastet, daß wir dort, wo die Bevölkerung die Gefahr noch nicht erkennt — als die Führer der Bevölkerung wäre etwas zu viel gesagt —, als die auftreten, die der Bevölkerung vor Augen führen, welche Gefahren bestehen und vor allem, daß ihnen begegnet werden muß.

Wir alle haben es erlebt, daß zur Zeit der Suezkrise plötzlich die Käufe eingesetzt haben. Das ist ein sehr entscheidendes Problem. Es müssen natürlich die Vorräte vorhanden sein, nicht nur im privaten Haushalt, sondern auch in der Öffentlichkeit, um im Ernstfall die Bevölkerung zumindest auf einem tragbaren Lebensstandard halten zu können.

Hier darf ich Ihnen nur noch eine Ziffer sagen. Es würde für die Beschaffung allein aller der ausländischen Waren, die für die Dauer eines Jahres notwendig gebraucht werden, ein Betrag von sieben Milliarden Schilling aufgewendet werden müssen. Wenn wir nur den Zinsendienst dafür rechnen, so sind das jährlich Kosten von 500 Millionen Schilling. Man kann nicht erwarten, daß die Wirtschaft allein für diese Vorratshaltung aufkommt, sondern es wird hier noch vom Gesetzgeber in der Form von Zinszuschüssen oder auch von Ankäufen etwas geschehen müssen. Das Handelsministerium hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf über diese Vorratshaltung ausgesandt, der sich im wesentlichen an das Gesetz der Schweiz aus dem Jahre 1955 anlehnt. Es wird dort nicht eine zwangsweise Bevorratung befürwortet, sondern die Bevorratung auf freiwilliger Basis angestrebt. Ob die Erfolge sich einstellen werden, wird zu sehen sein. Jedenfalls werden wir uns hier sehr intensiv mit den Maßnahmen zu befassen haben, die in anderen Ländern schon lange üblich sind. Es ist in der Schweiz möglich, Vorräte, sogenannte Krisenvorräte, entsprechend abzuschreiben um so dem einzelnen Unternehmer die Möglichkeit zu geben, wesentliche Rohstoffe zu lagern, die nicht nur für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft, sondern des ganzen Lebens notwendig sind.

Hier haben wir noch einen weiten Weg zu gehen und ich hoffe nur, daß dieses kleine Referat einen Beitrag dazu leisten wird, um die Öffentlichkeit auf dieses Problem aufmerksam zu machen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich unterbreche die Sitzung auf 15 Minuten zur Lüftung des Saales.

Unterbrechung der Sitzung: 19.20 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 19.40 Uhr.

**Präsident:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Nächster Redner ist Herr Dipl.-Ing. DDr. Götz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz:** Hohes, aber fast leeres Haus! Zu den Ausführungen des Herrn Abg. Dipl.-Ing. Fuchs möchte ich noch einiges hinzufügen, wobei ich zugebe, daß er die wesentlichsten Fragen dieser Gruppe 1 — Zivilschutz — aufgezeigt hat. Ich komme allerdings bei der Rechnung, die pro Kopf der Bevölkerung in der Steiermark angestellt wurde, nicht auf 1.42 Schilling, sondern knapp etwa 30 bzw. 33 Groschen. (Landesrat Bammer: „Das ist ja keine Differenz!“)

Aber ich glaube, daß zwischen 33 Groschen und etwa 1.45 Schilling doch noch ein Unterschied ist.

Ich darf aber doch noch auf zwei Dinge hinweisen.

1. Ich möchte unterstreichen, daß es zweifellos sehr unpopulär ist, ich möchte fast sagen unangenehm, wenn überhaupt von Zivilschutz die Rede ist. Ich glaube, daß hier eine echte Änderung erfolgen muß, eine Änderung, die etwa von dem Gedanken ausgehen kann, daß, wenn die öffentliche Hand in einem bestimmten Prozentsatz — ich will keine Ziffern nennen, nicht für die Steiermark und nicht für den Bund — Mittel für diesen Zivilschutz aufwendet und wenn sich dann in späteren Generationen im Jahre 2067 in diesem Hause herausstellt, daß diese Mittel Gott sei Dank nie effektiviert wurden, das heißt, daß es Gott sei Dank nie notwendig geworden ist, Schutzräume in Anspruch nehmen zu müssen oder andere Zivilschutzmaßnahmen einzuleiten, mit Ausnahme eines Übungsfalles, dann bin ich trotzdem der Meinung, daß in diesem Jahre 2067 die Abgeordneten dieses Hauses sagen werden, es waren gut angelegte Gelder.

Aus dieser Überlegung heraus, meine Damen und Herren, glaube ich, daß man eben diesen Zivilschutz entkleidet jener Problematik, jenes unpopulären Umhanges, den er derzeit sicher noch hat, betrachten muß. Man kann ihn vielleicht, wie dies in den zitierten neutralen Staaten Schweden und Schweiz geschieht, als Preis der Neutralität, als Preis für den Frieden bezeichnen, den man eben auch in einem kleinen, neutralen Staat zu leisten hat.

Ich bin einer Meinung mit meinem Vorredner, daß die Regelung des gesamten Zivilschutzwesens sicherlich dort den Ausgang nehmen muß, wo die Kompetenzen abzuklären sind. Ich weiß, daß das zur Zeit der Koalition, also bis vor rund 18 Monaten deshalb Schwierigkeiten bereitet hat, weil der Zivilschutz nominell dem Innenministerium unterstellt, weil aber auch der Herr Bundesminister Prader gerne hier gewisse Einflußmöglichkeiten gehabt hätte. Aber was vielleicht bis zum Jahr 1966 unmöglich war, müßte

doch heute keine Schwierigkeit bereiten, es zu lösen, nämlich die Kompetenzverhältnisse des Zivilschutzes klar abzugrenzen. (Landesrat Sebastian: „Da haben Sie eine schöne Ahnung von der österreichischen Bundesregierung, da sind Sie noch gutgläubig!“)

Bitte, ich kenne mich nicht so aus, wie Sie, Herr Landesrat, weil ich nicht gewußt habe, daß auch die SPÖ bündische Probleme zu lösen hat. Ich habe geglaubt, das ist allein ein Vorrecht der ÖVP. (Landesrat Sebastian: „Ich habe von der monokolaren Bundesregierung gesprochen!“ — Landesrat Bammer: „Es gibt nicht nur in der Außenpolitik bei der ÖVP Schwierigkeiten!“)

Wir wollen aber diese außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten vielleicht doch gerade in der Zivilschutzfrage darauf reduzieren, daß es doch möglich sein müßte, auch bei aller Berücksichtigung bündischer Schwierigkeiten, diese Kompetenzfrage zu lösen und letzten Endes, ganz gleich, ob es nun verfassungsmäßig dem Art. 11 oder dem Art. 12 untergeordnet wird, ebenfalls auch — und das scheint mir ebenso wichtig zu sein — die notwendigste Finanzierung im Bereich des Bundes-Budgets sicherzustellen.

Und nun, meine Damen und Herren, zwei konkrete Tatsachen: Das Land Steiermark hat meines Wissens dem Land Vorarlberg folgend, das als erstes in Österreich in der Bauordnung bestimmte Schutzraumbestimmungen eingebaut hat, für die öffentlichen Gebäude des Landes Steiermark eine diesbezügliche Verordnung erlassen. Ich möchte aber doch meinen, daß in der jetzt zur Beratung stehenden Bauordnung auf jeden Fall bestimmte Zivilschutzvoraussetzungen, also bauliche Voraussetzungen einzubauen sind und ich glaube das deshalb umso mehr, als nach den Berechnungen von Baufachleuten die Maßnahmen, etwa diese splittersichere Decke, die notwendigen Schleusen in der Relation zu einer Bausumme unverhältnismäßig gering sind und natürlich unverhältnismäßig teurer dann, wenn sie nachträglich in irgendeiner Form eingebaut werden sollten oder müßten. Das wäre das eine konkrete Anliegen, das ich habe.

Zu dem Zivilschutzplan des Herrn Landesrates Peltzmann darf ich vielleicht doch eines feststellen, daß die Stadt Graz einen solchen Zivilschutzstab hat, daß die Probleme der Bezirksanalyse das heißt der Feststellung der einzelnen Schutzräume, des Schutzraum-Katasters usw. seit über einem Jahr im Gange ist und daß die Stadt Graz versucht, und zwar mit nicht unbeträchtlichen Mitteln versucht — es sind allein im heurigen und nächsten Jahr etwa drei Millionen Schilling — die bestehenden Schutzanlagen im Bereich des Schloßberges zumindest soweit zu sanieren, daß ein weiterer Verfall hintangehalten wird und daß Teile davon einer wirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden. Und damit komme ich nun zum zweiten Punkt, zum konkreten Punkt und zum Ersuchen an den Finanzreferenten des Landes. Es ist bei der Gruppe Null bereits mehrmals das Parkplatz-Problem im Bereich des Landhauses ventiliert worden. Es ist nunmehr eine Studienkommission von zwei

Geldinstituten, Land Steiermark und Stadt Graz, dabei, im Bereich des Stollensystems, das vom Jahn-Denkmal bis zur Sackstraße geht, die Wirtschaftlichkeitsberechnung durchzuführen für eine Garage, die im wesentlichen im Bereiche jener größeren Hallen, die so zwischen Sporgasse und Sackstraße — Karmeliterplatz sich befinden, und deren Einfahrt und Ausfahrt im Bereich des Jahndenkmals sein sollte, liegen würde. Ich kenne die bisherigen Untersuchungen nicht, ich kenne nur die erste überschlägige, aber ich kann mir vorstellen, daß zwischen der Wirtschaftlichkeitsgrenze, die dieses Projekt für einen privaten Interessenten oder eine Kapitalgesellschaft interessant macht, noch irgendeine Differenz bleibt, eine Differenz, die etwa in den zivilschutzmäßigen Einrichtungen, wie Schleusen, Entlüftungen und dergleichen besteht. Und ich würde sehr ersuchen, daß hier auch das Land Steiermark gewissermaßen in Form des Gegengeschäftes, indem nämlich dann die Hohe Landesregierung und der Hohe Landtag und die Herren Abgeordneten über entsprechende Parkplätze im Bereich dieses Garagierungssystems verfügen können, daß das Land hier bei der Verwirklichung dieses Planes hilft, der jedenfalls im Prinzip den schwedischen Gedankengängen folgt. Dort werden auch entsprechende Schutzräume erbaut und diese Schutzräume jetzt einer wirtschaftlichen Nutzung zugeführt.

Es wird das nicht überall möglich sein. Im Schloßberg geht es. Und ich glaube, man sollte nicht vergessen, daß dieser Schloßberg, daß diese roh ausgebrochenen Stollen mit einer ganzen Anzahl von Kilometern in den Jahren 1944 und 1945 tausenden von Grazern effektiv das Leben gerettet haben. Und man sollte daher auch von diesem Gesichtspunkt aus doch verhindern, wir haben das unerhörte Glück, im Zentrum der Landeshauptstadt eine solche Möglichkeit zu haben, viele andere Städte haben dies überhaupt nicht — daß ein Verfall dieser bestehenden Schutzräume eintritt und es sollte das Land zu der Sanierung und zur späteren wirtschaftlichen Nutzung etwa in Form einer AG. oder Ges. m. b. H., das wird sich ja erst herauskristallisieren, einen Beitrag leisten. Bauordnung und Schutzsystem im Schloßberg sind also die zwei konkreten Anliegen, wobei das eine Anliegen im Bereich der Beratungen der neuen Bauordnung sicher zu verwirklichen ist und das zweite einen dringenden Appell an den Herrn Finanzreferenten für das Budget darstellt, damit nicht die Gruppe 1 so wie heuer die einzige Gruppe ist, die absolut keine Steigerung gegenüber den Ansätzen des Vorjahres und des vorvorhergehenden Jahres aufzuweisen hat. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Es wurde keine verlangt!“) Darum bitte ich. (Beifall.)

**Präsident:** Als nächster Redner ist Herr Abg. Ileschitz gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ileschitz:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Alljährlich anlässlich der Budget-Debatte beschäftigen sich Abgeordnete mit der

Frage des Zivilschutzes und auch mit der Dotierung dieses Postens in der Gruppe 1 unseres Landeshaushaltes.

Dabei wird natürlich immer wieder festgestellt, daß der Betrag — er ist ja gerade wieder genannt worden — von 300.000 Schilling wesentlich zu gering sei, um echten Zivilschutz irgendwo in Österreich oder hier im Bundesland Steiermark zu betreiben.

Ich darf aber dazu sagen, daß in Österreich noch immer, trotz jahrelangen Forderns, ein Zivilschutzgesetz fehlt. Die Bundesregierung konnte sich bis heute nicht entschließen, ein entsprechendes Gesetz zu beschließen. Auf der anderen Seite haben die Länder daher keine Möglichkeit, Ausführungsgesetze oder Verordnungen zu beschließen, solange ein solches Grundsatzgesetz nicht besteht. Es kommt dadurch auch zu Kompetenzüberschreitungen jener Vereine, Verbände und auch Ministerien, die sich mit der Frage des Zivilschutzes in Österreich beschäftigen. Und das sind nicht wenige! Auf der einen Seite ist es der Österr. Zivilschutzverband, der es verstanden hat, eine große Organisation im Lande aufzuziehen, auf der anderen Seite ist es die Gesellschaft für die wirtschaftliche Landesverteidigung und darüber hinaus sind es eine Reihe von Bundesministerien, so z. B. das Bundesministerium für Landesverteidigung, dann in der weiteren Folge die Bundesministerien für Inneres, für Bauten und Technik, für Finanzen und auch zum Teil das Unterrichtsministerium.

Bei dieser Vielfalt ist es sehr schwierig, eine koordinierte Arbeit auf diesem Sektor herbeizuführen. Andererseits wird alles nur Stückwerk bleiben, solange es nicht möglich ist, für eine entsprechende finanzielle Dotierung des Zivilschutzes zu sorgen. Zivilschutz kostet Geld und hierfür bieten die Mittel, die in Österreich von der staatlichen Ebene zur Verfügung gestellt werden, keine Aussicht, den Zivilschutz auf eine Basis zu bringen, wie er in anderen Ländern schon seit vielen Jahren besteht.

In den skandinavischen Staaten z. B. werden für den Zivilschutz von den Ausgaben für die militärische Landesverteidigung allein zehn Prozent zur Verfügung gestellt. Im Voranschlag des schwedischen militärischen Amtes für Zivilverteidigung für das Jahr 1967/68 erfuhr der Betrag von 121 Millionen Kronen für das Jahr 1966/67 noch eine Erhöhung um nahezu zehn Millionen Kronen auf 131 Millionen Kronen. Man kann sagen, das ist fast eine Milliarde Schilling nur für den Zivilschutz. (Landeshauptmann Krainer: „Sie dürfen nicht mit 10 multiplizieren!“) Die Ziffern stimmen!

Na; ja, allzuviel fehlt nicht mehr. Ich habe gesagt nahezu 10 Millionen Erhöhung.

Obendrein hat man in Schweden einen Zehnjahresplan gleichzeitig mit der Einbringung dieses Budgetpostens gefordert und auch beschlossen. Also man plant hier wirklich in die Zukunft und das wäre ein sehr nachahmenswertes Beispiel für uns Österreicher.

Ähnlich sind die Verhältnisse in Norwegen und Dänemark. Auch in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt man

sich mit der Frage viel mehr als bei uns und man ist sich dort der Verantwortung bewußt, um für den entsprechenden Fall gerüstet zu sein.

Es ist heute schon sehr viel von meinen beiden Vorrednern darüber gesprochen worden, wie sehr sich Schweden um die Ausbildung von Menschen, die im Zivilschutz tätig sind, bemüht. Wenn wir hier eine konkrete Ziffer nennen, so kann ich sagen, daß im Jahre 1961 in Schweden über 740.000 weibliche und männliche Bewohner dieses Landes als Zivilschützer ausgebildet worden sind. Sie sind also die Kräfte, die bei irgendeinem Angriff, die bei irgendeiner kriegerischen Entwicklung imstande sind, im Ernstfall in den verschiedensten Fällen, ob im Strahlungsschutz, ob in Bergungstrupps usw. oder als zivile Helfer bei Verwundungen eingesetzt zu werden.

Eines ist auch bei uns in Österreich erfreulich, daß durch die Errichtung einer Zivilschutzschule des Bundesministeriums für Landesverteidigung in der Wiener Wilhelmskaserne nunmehr auch mit der Ausbildung von freiwilligen Kräften begonnen wurde. Wir dürfen feststellen, daß diese Kurse, die dort veranstaltet werden, äußerst gut besucht sind. In Besprechungen z. B. auch mit den Landeshauptleuten unserer Bundesländer, wobei Vorarlberg hier ganz besonders im Vordergrund steht, wurde von den Vertretern des Zivilschutzverbandes eindeutig dargelegt, in welcher Art und in welcher Form der Gedanke des Zivilschutzes mit einer echten Breitenwirkung in die Bevölkerung hineingetragen werden kann. Der Vorschlag, Zivilschutzwochen in den einzelnen Landeshauptstädten durchzuführen, fiel dabei auf fruchtbaren Boden.

Es wird im Rahmen der Grazer Zivilschutzwochen auf dem Gelände der Grazer Süd-Ostmesse in einem Großzelt eine umfangreiche Ausstellung gezeigt, verbunden mit Vorträgen mit dem Ziele, weite Kreise der Bevölkerung von der Notwendigkeit des Zivilschutzes zu überzeugen. Selbstverständlich ist es aber auch notwendig, dies nicht nur in den Landeshauptstädten, sondern auch in den Bezirken durchzuführen.

Wie ich schon betonte, ist die Klärung der Frage der Kompetenzabgrenzung äußerst wichtig. Es beschäftigen sich vorwiegend staatliche Stellen mit der zivilen Landesverteidigung unter Einschluß des Zivilschutzes. Hier könnte nämlich der Fall eintreten, daß der Zivilschutz als ein Teil der zivilen Landesverteidigung zu kurz kommt.

Am 11. Mai 1965 erteilte der Ministerrat dem inzwischen gewählten Landesverteidigungs-Ausschuß entsprechende Aufträge. Diese wurden durch die Regierungserklärung vom 20. April 1966 erhärtet. Leider ist in diesem Zusammenhang festzustellen, daß diesem Landesverteidigungs-Ausschuß noch das entsprechende Leben bzw. die Initiative fehlt. Eine Unterstreichung dieser Behauptung ergibt sich daraus, daß sich daher in Österreich die Gesellschaft zur Förderung der Landesverteidigung konstituierte, die bereits über eine Reihe von freiwilligen Mitarbeitern verfügt. Nachdem sich in einigen Bundesländern Landesverbände dieser Gesellschaft

zur Förderung der Landesverteidigung konstituierten, war es am 23. November 1967 auch in Graz möglich, eine erste Proponentenversammlung zum Zwecke der Errichtung eines Zweigvereines in der Steiermark in den Räumlichkeiten des Militärkommandos in Graz durchzuführen, so daß in Kürze mit dem Beginn der Arbeitsaufnahme in der Steiermark zu rechnen sein wird. Diese Gesellschaft hat sich zum Ziel gesetzt, den Zivilschutz in Österreich im Rahmen der zivilen Landesverteidigung der Bevölkerung durch Vorträge, durch Plakataktionen, durch Unterstützungen und Prämierungen von wissenschaftlichen Arbeiten usw. näherzubringen. Man sieht, daß vornehmlich im Rahmen von Vereinen und Verbänden versucht wird, dieser so wichtigen Aufgabe gerecht zu werden.

Selbstverständlich und das wurde ja schon in den vergangenen Jahren hervorgehoben, bereiten sich die Feuerwehren und das Rote Kreuz ganz besonders darauf vor, um vor allem mit technischen Hilfsmitteln und mit dem Einsatz der Angehörigen dieser österreichischen Verbände jeder möglichen Situation gerecht zu werden. Sowohl der österreichische Zivilschutzverband, als auch die Gesellschaft zur Förderung der Landesverteidigung sind dabei in erster Linie auf Spenden, Subventionen und Mitgliedsbeiträge von Personen und Vereinigungen angewiesen.

Nach all den Hinweisen dürfte auch das Hohe Haus zur Erkenntnis kommen, daß ein Betrag von 300.000 Schilling, wie er in den Ansätzen der Gruppe 1 enthalten ist, äußerst dürftig ist. Es wäre daher die Überlegung anzustellen, ob nicht im nächstjährigen Budget an eine Höherdotierung dieser Gruppe gedacht werden kann.

Darf ich zum Abschluß sagen, daß im Falle eines europäischen Krieges beim internationalen Gerichtshof in Den Haag deponiert wurde, daß das Ausseerland im Ernstfall zum extraterritorialen Gebiet zu erklären ist, damit in den ehemaligen Salzbergwerken des Ausseerlandes Schätze, wie z. B. wertvolle Gemälde, Plastiken, persönliche, kirchliche und private Kunstwerke untergebracht werden können. Wollen wir hoffen, daß niemals dieser Tag kommt und Österreich und die Welt in Ruhe und Frieden weiterarbeiten können. (Beifall.)

**Präsident:** Mangels einer weiteren Wortmeldung zu dieser Gruppe hat der Herr Berichterstatter das Schlußwort.

**Abg. Loidl:** Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen Antrag, das Hohe Haus möge der Gruppe 1 die Zustimmung erteilen.

**Präsident:** Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 einverstanden ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 1 ist somit angenommen.

Wir kommen zur

#### **Gruppe 2: Schulwesen**

Berichterstatter ist Herr Abg. Pabst. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Pabst:** Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Die Gruppe 2 umfaßt das Schulwesen mit den Abschnitten allgemein bildende Pflichtschulen, berufsbildende Pflichtschulen, berufsbildende mittlere Schulen, die Bildstellen, die Schüler- und Studentenheime, die Kindergärten und -Horte, Studien- und Lernbeihilfen und das Lehrlingswesen.

Die Einnahmen sind gegenüber dem Vorjahr um 3,161.900 Schilling, die Gesamtausgaben um 18,942.500 Schilling gestiegen. Allerdings muß hierzu gesagt werden, daß die Ausgabenerhöhungen zum allergrößten Teil auf die Personalkostenerhöhungen zurückzuführen sind.

Rückschauend auf das Landes-Budget 1962 kann z. B. festgestellt werden, daß damals die Einnahmen 8,059.100 Schilling betragen haben, für 1968 26,670.600 Schilling vorgesehen sind, das ist eine gut dreifache Erhöhung. Während die Ausgaben für das Schulwesen im Jahr 1962 33,791.300 Schilling betragen, werden für das kommende Jahr rund 159,896.200 Schilling ausgegeben das ist eine fast fünffache Erhöhung, während sich das Landes-Budget gegenüber dem Jahr 1962 nur etwas mehr als verdoppelt hat.

Es kann deshalb festgestellt werden, daß in unserem Land Steiermark eine sehr schulfreudige Politik gemacht wird.

Die einzelnen Abschnitte der Gruppe 2 wurden im Finanz-Ausschuß eingehend beraten und darf ich namens dieses Ausschusses den Antrag stellen, das Hohe Haus möge diesem Entwurf seine Zustimmung geben.

**Präsident:** Als erster Redner ist Herr Prof. Dr. Eichtinger gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Als nächster Redner ist Abg. Schaffer vorge-merkt.

**Abg. Prof. Dr. Eichtinger:** Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn vor einigen Jahren die Kommission für dringende sozialpolitische Fragen der deutschen Forschungsgemeinschaft in einem Gutachten festgestellt hat, daß Bildungs- und Erziehungspolitik die Mittel sind, mit denen langfristig auch wirksame Sozialpolitik betrieben werden kann, so rechtfertigt das auch bei uns die Forderung, der Bildung und Wissenschaft aus diesem Aspekt heraus einen besonderen Vorrang zu geben.

Es wird gerade für unser kleines Land zu einer Lebensfrage werden, ob es im Zeitalter der Automation gelingen wird, alle Talente zu mobilisieren, um letzten Endes jene Bildungsgesellschaft zu formen, die in der Lage ist, diese dynamische Zeit zu bewältigen. Das bedeutet, daß von Jahr zu Jahr ein wachsender Anteil des Budgets für Bildung und Erziehung ausgegeben werden muß, was auch demonstriert, daß das Wissen von heute zum Brot von morgen wird. Den soliden Unterbau unseres Bildungssystems liefert die bewährte Pflichtschule, in der die Grundlagen für die spätere Weiterbildung gelegt werden. In diesem Schuljahr stehen den 110.172 Volksschülern 3.280 Klassen, den 41.987 Hauptschülern 1.370 Klassen, den 3.995 Sonderschülern 158 Klassen und den polytech-

nischen Lehrgängen — hier ist der Antrag auf eine notwendige Konzentration eingebracht worden — 195 Klassen mit 5.312 Schülern zur Verfügung.

Die derzeit unterrichtenden Lehrer — es sind 5.062 an Pflichtschulen und 480 Arbeitslehrerinnen, — warten schon mit Sehnsucht auf die 394 Absolventen der 13 einjährig geführten Maturanten-Lehrgänge, damit die derzeit 750 unbesetzten Dienstposten zum Teil ausgefüllt werden können. Der weitere Zustrom zu den musisch-pädagogischen Realgymnasien läßt hoffentlich erwarten, daß mit dem Schuljahr 1968/69 eine größere Anzahl Mittelschüler — derzeit sind es 2.353 — und der Maturanten anderer höherer Schulen — ihre Zahl beträgt 15.361 — die pädagogischen Akademien auch besuchen werden.

Je intensiver die Ausbildung dieser Lehrer durchgeführt wird, je mehr die neuesten pädagogischen Erkenntnisse in den Akademien in Theorie und Praxis zur Verwirklichung gelangen, desto erfolgreicher wird dann die schulische Arbeit sein, desto leichter wird die Jugend überwechseln können in die Fülle der dargebotenen Berufsmöglichkeiten.

Die fließenden Übergänge können mit Lehrplänen allein nicht geschaffen werden. Es erscheint mir hier der enge Kontakt von Pflichtschullehrern mit denen der anderen Schultypen von ganz besonderer Wichtigkeit. Der ständige Austausch von Erfahrungen kann nur befruchtend wirken.

Die Ausgabenseite der Gruppe 2 weist im heurigen Jahr 156 Millionen Schilling auf. Der darin enthaltene Betrag für die Förderung der Fortbildung von Volks- und Hauptschullehrern dient einem guten Zweck und verdient es, daß er im nächsten Jahr erhöht wird.

Der Mangel an Lehrern, die Schulraumnot und die überfüllten Klassen werden auch bei uns die zuständigen Behörden noch längere Zeit beschäftigen. Immer wieder stehen zahlreiche Gemeinden vor dem schwierigen Problem, neue Schulbauten und Zubauten durchzuführen bzw. in Erwägung zu ziehen. Da es sich hier vor allem um den Pflichtschulsektor handelt, sei dies der Anlaß, die Leistungen der steirischen Bürgermeister und Gemeinderäte hervorzuheben. Denn Schulen werden nicht von heute auf morgen erbaut. Die Schwierigkeiten, die es hier zu überwinden gibt, scheinen sich oft zu türmen. Trotz der Gewährung von 9,2 Millionen Schilling in Form von Zuschüssen zum Bauaufwand für öffentliche Pflichtschulen und Mitteln aus dem Schulbau-Fonds in der Höhe von 16 Millionen Schilling sowie der wesentlich höheren Bedarfszuweisungen von Seite des Landes stellt die restliche Finanzierung für die oft sehr kleinen Gemeinde-Budgets noch immer eine gewaltige Belastung dar. Sehr oft haben nun kleine Dorfgemeinschaften spontan gehandelt und in Form von freiwilligen Arbeitsleistungen wertvolle Hilfe geboten. Stellvertretend für andere Gemeinden möchte ich mit St. Nikolai im Sölktal eine obersteirische und mit Hartmannsdorf bei Gleisdorf eine südliche Gemeinde besonders hervorheben.



Zu dieser materiellen Hilfe kommt noch die zunehmende Erkenntnis, daß eine gediegene Schulbildung die beste Lebensversicherung darstellt.

Es war gewiß für viele alarmierend — man konnte es ja auch bei uns lesen — daß in Deutschland mehr als ein Fünftel der Arbeitslosen ungelernete Hilfskräfte waren und daß ihre Aussichten auf einen Arbeitsplatz wesentlich schlechter sind als die aller anderen unbeschäftigten Arbeitskräfte. So zählte man Ende August 1967 19.600 offene Stellen für Hilfskräfte, während 40.000 Baufacharbeiter gesucht wurden. Die Facharbeiter und Angestellten wurden von dieser rückläufigen Konjunkturentwicklung — sie ist ja in der Zwischenzeit einem leichten Aufschwung gewichen, — vielleicht nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, daß hier weniger Konjunkturpessimisten und auch weniger Schwarzmalerei sind — weit weniger getroffen. Deshalb wird ja auch in unseren ländlichen Gebieten immer dringender gefordert, das Bildungsgefälle unter allen Umständen zu verringern. Die ein- und zweiklassigen Volksschulen werden gewiß immer weniger werden. Doch ergeben sich für den Besuch höher organisierter Volks-, Haupt- oder höherer Schulen in vielen Fällen verkehrstechnische Schwierigkeiten. Als Beispiel möchte ich nur die Schule im Treibachgraben bei Langenwang nennen, wo eine Bergbauernfamilie mit der Schließung der dortigen Grabenschule vor dem fast unlösbaren Problem des Schulweges stand und man gezwungen war, die Kinder in Krieglach unterzubringen. Leider hat sich bis jetzt noch keine zufriedenstellende Lösung für den täglichen Transport dieser Kinder gefunden. Man wird hier alle Probleme sehr eingehend studieren müssen, um eine optimale Lösung zu finden, die aber nie außeracht lassen darf, daß die Zukunft höher organisierte Pflichtschulen gebieterisch verlangt.

Man arbeitet derzeit daran, unter Berücksichtigung verkehrstechnischer Fragen eigene Volksschul-Oberstufen an Mittelpunktschulen einzurichten, wobei das Endziel sein muß, daß an der Volksschule jede Schulstufe eine eigene Klasse ist. Dann würden auch Landkinder dieselbe Grundausbildung genießen wie die Kinder in Städten und Märkten. Daß es höchste Zeit ist, wurde beim letzten Treffen der Landwirtschaftsreferenten der Bundesländer offenbar, als man sich mit schulischen und Ausbildungs-Problemen der bäuerlichen Jugend befaßte. Ganz besonders kraß ist die Situation bei später abwandernden Bauernsöhnen, die oft nur niederorganisierte Schulen besuchten, keine Möglichkeiten einer Fachausbildung hatten und nun ihr Brot als Hilfsarbeiter verdienen müssen. Landesrat Dr. Niederl stellte bei dieser Konferenz fest, daß die Steiermark als erstes österreichisches Bundesland den entscheidenden Schritt mit dem verabschiedeten landwirtschaftlichen Schulgesetz getan hat. Das wird eine Höherqualifizierung auch dieser Jugend ergeben.

Die Neuordnung des steirischen Volksschulwesens wird auch den Bau neuer Volksschulen sofort beeinflussen. Es wäre vergeudet Geld,

wenn man jetzt eine Schule neu errichten würde und schon nach kurzer Zeit in einem zentraler gelegenen Gebiet eine Mittelpunktschule unumgänglich notwendig wird. In Deutschland stehen heute viele Klassenzimmer leer. Im Zuge der Reformen werden sie nicht mehr oder nur noch zum Teil schulischen Zwecken dienen. In Nordrhein-Westfalen sind es zur Zeit 277 kleine Volksschulgebäude mit 415 Klassenzimmern, wobei man bedauert, daß darin zum Teil auch verfehlte Landesmittel liegen. In Hessen wurden durch die Landesschulreform 600 Klassen aufgegeben, die nun anderen Zwecken dienen müssen. In Württemberg wurde ein Schulhaus „geeignet für Industriezwecke“ zum Verkauf angeboten.

Nicht uninteressant für das steirische Grenzland ist die Absicht, in Mureck eine Haushaltungsschule, eine Hauswirtschaftsschule und eine Fachschule für wirtschaftliche und soziale Frauenberufe zu errichten. In diesem Einzugsgebiet liegen fünf Hauptschulen und 13 Volksschulen, die mit einer Schülerzahl von etwa 2.400 das nötige und geeignete Reservoir darstellen. Hier wird man dem Bedürfnis nach gutem Nachwuchs in den Sozialberufen Rechnung tragen. Erfahrungsgemäß haben viele Mädchen, besonders Absolventinnen der Haushaltungsschulen und Vorschulen für Familie und Beruf Interesse und Liebe für Sozialberufe, zu deren Erlernung sie aber schon 17 bis 18 Jahre alt sein müssen. Zwischen dem Abschluß der Pflichtschule und dem Beginn der Ausbildung für Sozialberufe klafft eine Lücke von zwei bis drei Jahren, so daß interessierte und begabte Mädchen in der Zwischenzeit sehr oft in andere Berufe abwandern. Im Grenzland fehlen Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze. Oft gehen die Begabtesten und Tüchtigsten als ungelernete Hilfsarbeiter in Fabriken und Fremdenverkehrsbetriebe der westlichen Bundesländer. Hier würden aber gerade für diese ländliche Jugend echte Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen. Nachdem diese soziale Fachschulreform im Schulorganisationsgesetz nicht angeführt ist, wäre eine entsprechende Novellierung notwendig. Sollte der Betrieb in der Haushaltungsschule mit Beginn des Schuljahres 1968/69 möglich sein, könnte die spezielle Ausbildung in dieser sozialen Fachschule schon 1969/70 beginnen.

Der Unterabschnitt 281,82 Schüler- und Studentenheime und der Unterabschnitt 291 Studien- und Lernbeihilfen weisen eine Gesamtsumme von etwa 19 Millionen Schilling auf. Diese Ausgaben sind besonders begrüßenswert, ermöglicht man doch dadurch vielen Kindern aus weniger bemittelten Kreisen den Besuch unserer höheren Schulen.

Daß dem Unterrichtsminister die Gestaltung der Zukunft unserer Jugend wirklich am Herzen liegt, ist schon daraus ersichtlich, daß nun jeder Verwaltungsbezirk mindestens eine höhere Schule besitzt.

Mit der Errichtung des musisch-pädagogischen Realgymnasiums in Radkersburg hat nun auch der letzte steirische Bezirk seine höhere Schule. Wurde in diesem Jahr nur eine Klasse geführt, werden es im nächsten Jahr bei verbesserten

Verkehrsverhältnissen schon zwei Klassen sein. Auch hier kann mit Sicherheit gesagt werden, daß nun ein verstärkter Zuzug von Arbeiter- und Bauernkindern erfolgen wird. Echte Bildungsreserven werden ausgeschöpft werden. Die Bevölkerung wird spüren, daß mit dieser Bezirksschule auch eine finanzielle Erleichterung eingetreten ist.

Die steirische Bilanz ist erfreulich. Seit 1958 wurden in diesem Bundesland 16 neue höhere Schulen errichtet und zwar sechs allgemein bildende in Leibnitz, Gleisdorf, Mürzzuschlag, Stainach, Köflach und Weiz, sechs musisch-pädagogische Realgymnasien in Murau, Eisenerz, Hartberg, Bad Aussee, Deutschlandsberg und Kapfenberg, drei berufsbildende kaufmännische höhere Schulen in Feldbach, Bruck und Liezen und eine berufsbildende höhere technische Lehranstalt in Kapfenberg. Die musisch-pädagogischen Realgymnasien erfreuen sich bei den Eltern größter Beliebtheit, denn es besteht nun die Möglichkeit, die Kinder bis zum 14. Lebensjahr im Familienverband verbleiben zu lassen. Dies bedingt aber, daß das Hauptschulnetz in der Steiermark noch weiter ausgebaut wird und besonderes Augenmerk der Einrichtung erster Klassenzüge an den Hauptschulen geschenkt werden muß. Wenn man annimmt, daß von 1965 bis 1975 in den allgemein bildenden höheren Schulen die Schülerzahl von 104.000 auf 174.000, bei den berufsbildenden höheren Schulen von 21.000 auf 43.000 anwachsen wird, bedarf es noch neuer Schulgründungen. Das steirische Bildungskonzept sieht vor, daß in den nächsten fünf Jahren zwei weitere musisch-pädagogische Realgymnasien, zwei allgemein bildende höhere Schulen und eine berufsbildende höhere Schule errichtet werden. Derzeit werden an den allgemein bildenden Schulen einschließlich der privaten, 17.714 Schüler von 1093 Lehrern in 569 Klassen unterrichtet; an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen 7095 Kinder von 852 Lehrern in 288 Klassen. In der Presse wird manches Mal über den Einsatz nicht geprüfter Vertragslehrer an höheren Schulen geklagt. Bei uns sind es an den allgemein bildenden höheren Schulen 67, an den musisch-pädagogischen Realgymnasien 35. Da gibt es zwei Alternativen, entweder errichtet man die Schule erst dann, wenn jede Stelle von einem Lehrer besetzt werden kann oder man nimmt ein gewisses Provisorium in Kauf. In Steiermark wurden die unbesetzten Stellen durch Mehrdienstleistungen und ungeprüfte Lehrer wettgemacht. Ich glaube, dieser Weg ist richtig gewesen. Bei richtig gelenktem Einsatz in den Schulen werden 1. fast alle Schüler aufgenommen werden können und 2. wird dem Bildungswillen aller Rechnung getragen. Ich glaube es ist wirklich besser, daß man hier Provisorium schafft, um dem Andrang der Kinder Rechnung zu tragen. Je mehr Wissen vermittelt werden kann, desto besser ist das für alle.

Die finanziellen Belastungen werden aber enorm wachsen. Mit der bisherigen Bauweise und den vorhandenen Mitteln wird man kaum das Auslangen finden. Im beschränkten Aus-

maß wird man auch bei uns daran gehen müssen, mit der Kombination Fertigteilbau und herkömmlichem Ziegelbau einen neuen Weg zu beschreiten. Je rascher man baut, desto schneller wird man den Wechselunterricht abbauen können. Er ist Gott sei Dank bei den höheren Schulen nicht so groß wie z. B. bei den Grazer Pflichtschulen, wo an 56 allgemein bildenden Pflichtschulen bei einer Gesamtzahl von 84 Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie polytechnischen Lehrgängen Wechselunterricht durchgeführt werden muß; eine Illustration für den Nachholbedarf, der auch auf dem Pflichtschulsektor speziell in Graz noch herrscht.

Bei all diesen Schwierigkeiten wirken aber tausende Lehrer unermüdlich an der Erziehung und Ausbildung der Kinder. Sie sind ein Motor, der immer wieder auf vollen Touren läuft und den Eltern doch die Sicherheit gibt, daß trotz überfüllter Klassen das Niveau der österreichischen Schule, im Ausland vielleicht noch mehr anerkannt als bei uns, erhalten bleibt.

Die neuen Aufgaben, die das Schulgesetz 1962 gestellt hat, wurden bis jetzt gemeistert und werden auch in Zukunft von den Lehrern bewältigt werden.

Hier sei angefügt, daß 400 Klassen mit mehr als 40 Schülern geführt werden, immerhin bedeutet dies gegenüber 1966 einen Rückgang von 250 Klassen.

Nun gilt es aber noch bedeutende Werbe-Arbeit zu leisten. Die Talentierten müssen erfaßt werden. Die Eltern müssen auf die großen Bildungs-Chancen aufmerksam gemacht werden. Arbeiter- und Bauernkindern müssen die Tore der Schulen weit offen stehen. Nicht immer findet man das richtige Verständnis der Eltern. Selbst wenn sie dazu in der Lage sind, lassen sie oft ihren Kindern keine genügende Schulbildung zukommen. Viele Jugendliche ziehen das schnelle Verdienen einer langfristigen, gründlichen Ausbildung vor. Und — ich zitiere hier weiter Dr. Gmoser in der Neuen Zeit — „wieviel Fremdheit gegenüber dem Geistigen herrscht auch noch in sozialistischen Reihen.“ Und das möchte ich deshalb erwähnen, weil ich es begrüße, daß der Herr Abg. Groß — das stand kürzlich in der Zeitung zu lesen — sich sehr bemüht, daß die Arbeiter in den Betrieben auf die großen Möglichkeiten, die heute bestehen, aufmerksam gemacht werden. Aber auch so manche Spalte in den Tageszeitungen wäre wesentlich besser genützt, wenn statt gehässiger Propaganda Bildungswege aufgezeigt würden. Statt dauernd von „Kulturpleite“ zu schreiben müßte man sachlich darlegen, daß der Einzelne heute lernen muß, daß nur harte Arbeit zum Ziele führt und dann erst jener Typ eines Menschen entsteht, der sich durch sein eigenes, klares Urteil mit der Umwelt auseinandersetzt. Zahlreiche schlummernde Begabungen gilt es noch zu wecken und dann wird sich auch das Bild ändern, daß von hundert Studierenden leider nur sieben Arbeiterkinder sind. Die Zeiten ändern sich rasch. So wie Wirtschaftspläne und Budget-Prognosen an der Krankheit leiden, daß sie nie stimmen und selbst in gedrillten Plan-

ländern hoffnungslos danebengehen, ändert sich auch manches im schulischen Bereich. Das Problem der ersten Reifeprüfung wird genau durchdacht werden müssen. Es wird auch unumgänglich notwendig sein, auf dem Hochschulsektor Reformen an Struktur und Organisation durchzuführen und neue, zukunftsgerichtete Wege zu beschreiten, eine glückliche Synthese zwischen Tradition und diesen neuen Wegen zu finden.

Vom Vergangenen zum Neuen führt die Entwicklungsgeschichte des Schulwesens, die ein wichtiges Anliegen von Wissenschaft und Bildung sein soll. Die Initiatoren der Ausstellung „Steirische Schulgeschichte“ haben diesen Wunsch geäußert und in einem Jahr eine Fülle wertvollen Materials zusammengetragen. Die Pflichten der alten Schulmeister werden aufgezählt, die Lehrer-Dichter erinnern an die einst und auch heute noch ungebrochene geistige Ausstrahlungskraft dieses Berufes, doch in Gedanken werden viele verweilen in den engen Holzbänken, die manchen einige Jahrzehnte vergessen lassen und ihm die Atmosphäre der Schulstube von einst in Erinnerung rufen, den alten, vertrauten Schullehrer, den großen Setzkasten, die einfache, schwarze Holztafel und die vielen Schulkameraden längst vergangener Tage. Es sei ein Wunsch, daß viele diese Ausstellung besuchen, denn sie widerspiegelt auch noch eines, die gute österreichische Schule. (Beifall.)

**Präsident Dr. Kaan:** Ich erteile nunmehr dem Herrn Abg. Schaffer das Wort. Als nächster ist vorgemerkt Herr Abg. Heidinger.

**Abg. Schaffer:** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Gruppe 2 möchte ich zum gewerblichen Berufsschulwesen folgendes sagen: Auf der ganzen Welt hat die starke wirtschaftliche Entwicklung seit dem zweiten Weltkrieg auch die Notwendigkeit mit sich gebracht, den Lehrlingen eine bessere und mehr auf ihre spezielle Berufsgruppe abgestellte Ausbildung zukommen zu lassen. In der Steiermark wurde daher schon vor einigen Jahren eine Gesamtplanung des Berufsschulwesens erstellt, die diese notwendige Verfachlichung des Berufsschulunterrichtes ganz besonders berücksichtigt.

Diese Gesamtplanung sieht daher vor, daß für die Lehrlinge bestimmter Berufsgruppen Landesberufsschulen errichtet werden sollen. Während also bisher der Berufsschulunterricht in der Steiermark an etwa 30 Bezirks-Berufsschulen durchgeführt wurde, soll dies nach Durchführung der Gesamtplanung vorwiegend an den Landesberufsschulen erfolgen, während Bezirks-Berufsschulen nur mehr in Einzelfällen weiter bestehen werden.

Ohne im besonderen auf die Entwicklung, die das Berufsschulwesen im vergangenen Jahr genommen hat, einzugehen, wäre vorerst festzustellen, daß in rechtlicher Hinsicht durch das Steiermärkische Berufsschulorganisations-Gesetz die äußere Organisation der steirischen Berufsschulen in einem einzigen Gesetz geregelt ist.

In der Landeshauptstadt Graz hat sich durch die Vermehrung um zwei gewerbliche Berufsschulen auf insgesamt acht die Notwendigkeit ergeben, die Sprengel dieser Grazer Berufsschulen neu zu ordnen. Die diesbezügliche Verordnung der Steierm. Landesregierung ist gleichfalls im Jahre 1967 ergangen. Da an zwei Grazer Berufsschulen der Unterricht in überwiegendem Ausmaß lehrgangsmäßig erfolgt, wurden im heurigen Jahr diese beiden Berufsschulen organisationsmäßig in Landes-Berufsschulen umgewandelt. Damit verbunden hat das Land Steiermark in einem mit der Stadtgemeinde Graz abgeschlossenen Mietvertrag das Schulgebäude dieser beiden Schulen und die zugehörige Werkstätte abgemietet und deren Instandhaltung von der Stadtgemeinde Graz übernommen.

Es ist notwendig, zusammenfassend festzustellen, daß damit die Steiermark derzeit bereits acht Landes-Berufsschulen hat. An diesen Landes-Berufsschulen werden die Lehrlinge einzelner, bedeutender Berufsgruppen lehrgangsweise unterrichtet, wobei der Schulsprengel jeweils die gesamte Steiermark darstellt. Im einzelnen sind dies die Berufsschulen in Arnfels, Bad Gleichenberg, Eibiswald, Feldbach, Graz, Murau und Mureck. Somit, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben insgesamt 47 Berufsgruppen ihre schulische Ausbildungsstätte in Landesberufsschulen erhalten.

Daß durch die Landesberufsschulen mit ihren Internaten die erzieherische Funktion nicht nur ausgezeichnet erfüllt wird, sondern daß auch die Lernerfolge und die Prüfungsergebnisse weit über dem Durchschnitt liegen, beweist die Statistik.

Für den Bau und die Einrichtung dieser Landes-Berufsschulen hat das Land Steiermark seit dem Jahr 1953 rund 97 Millionen Schilling aufgewendet. Im Jahre 1967 wurden für diese Zwecke Lieferaufträge von 17.7 Millionen Schilling vergeben. Da die erwähnten Landesberufsschulen bis auf die beiden Grazer Schulen in wohlüberlegter Absicht in den Grenzbezirken unseres Landes untergebracht wurden — obwohl wir uns sehr freuen würden, im Bezirk Judenburg auch eine Landesberufsschule zu haben — sind diese 100 Millionen Schilling zur Gänze der Wirtschaft des Grenzlandes zugeflossen. Durch den Betrieb dieser Schulen, die ja auch mit den notwendigen Internaten verbunden sind, ergibt sich eine weitere ständige wirtschaftliche Belegung der Schulorte und deren Umgebung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Jahre 1965 hatten wir noch 27.625 Lehrlinge in 10.700 Lehrbetrieben. Im Jahre 1966 waren es nur noch 22.391 Lehrlinge oder 19 Prozent weniger in 9.400 oder 12 Prozent weniger Lehrbetrieben. Diese Abnahme, zurückzuführen auf das polytechnische Jahr, hat der gesamten steirischen Wirtschaft einen harten Schlag versetzt. Aber es ist erfreulich, daß sich im Jahre 1967 wieder eine zunehmende Tendenz zeigt. So z. B. bei den gastgewerblichen Lehrlingen von 1.190 im Jahr 1966 auf 1.395 per 1. November 1967.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im

Budget 1968 ist ein Ansatz von 41,3 Millionen Schilling gegenüber 38,4 Millionen Schilling im Jahre 1967 veranschlagt. Sicherlich eine sehr bedeutsame Summe, aber noch lange nicht ausreichend, um unseren jungen Menschen jene berufsbildenden Stätten zu schaffen, die sie brauchen, um in einer immer moderner werdenden Welt als gelernte Fachkräfte bestehen zu können.

**Präsident:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Heidinger. Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Abg. Wuganigg.

**Abg. Heidinger:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich habe unter die Bemerkungen, die ich während der Rede des Herrn Abgeordneten Eichtinger gemacht habe, hingeschrieben „Einig mit Eichtinger, Lehrer ziehen am gleichen Strang.“ Ich muß jetzt noch dazu schreiben „fast einig“, denn nur bis zur Halbzeit Ihrer Rede bin ich mit Ihnen einverstanden, da muß ich sagen, Sie waren fair. In der zweiten Halbzeit waren Sie einige Male nicht fair. Darf ich hier einige Dinge ins rechte Lot rücken.

Herr Kollege Eichtinger hat über die großen Schulbauten, die im Land Steiermark getätigt wurden, gesprochen. Er hat die Leistungen der Landgemeinden lobend erwähnt, hat einen Nadelstich auf Graz gerichtet. Sehr verehrter Herr Kollege, haben Sie sich überlegt, warum es möglich war, daß so viele Landgemeinden Schulen errichten konnten? Sie haben doch selbst gesagt, daß sie von sich aus auf Grund ihrer schlechten finanziellen Lage diese Schulen nicht hätten errichten können. Die Möglichkeit, in kleinen Gemeinden Schulen zu bauen, liegt im interkommunalen Ausgleich. (Abg. Dr. Eichtinger: „Nicht nur!“ — Landesrat Bammer: „Fast ausschließlich!“)

In erster Linie. Wir haben uns zu diesem interkommunalen Ausgleich, so schwer es ist dauernd zu geben, doch bekannt. Aber ich glaube, man soll die Früchte des interkommunalen Ausgleichs nicht dazu hernehmen, um jenen, die geben, Nadelstiche zu versetzen und jene, die bekommen, unverdient zu loben. Ich glaube, daß man das Lob gerecht verteilen müßte.

Ich darf Ihnen noch etwas sagen. Sie haben auch gemeint, es hat irgendwie so durchgeklungen, als sei die SPÖ gegen Bildung und dergleichen mehr. (Abg. Dr. Eichtinger: „Nein, Herr Kollege!“ — Landesrat Bammer: „Ein halber Satz!“)

Es hat so geklungen. Ich habe das wortwörtlich aufgeschrieben. Es war schon etwas drinnen. Als Mittelschulprofessor haben Sie sicher einmal Geschichte studiert. Vielleicht haben Sie gerade an jenem Tag gefehlt oder hat man es an der Schule nicht unterrichtet, wo man sich über die Bildung von Parteien, über die Geschichte der Parteien unterhalten hat. Ich muß Ihnen eines sagen, die sozialdemokratische Partei ist aus dem Arbeiterbildungsverein hervorgegangen und darauf sind wir Sozialisten sehr stolz. Sie

können mir eines glauben, nicht die Arbeiterkinder, nicht die Arbeiterbewegung hat das Bildungsprivileg, die Bildungsschranken errichtet. Im Gegenteil, die Sozialisten haben das Studienförderungsgesetz im österreichischen Parlament intiiert und mit der ÖVP gemeinsam beschlossen. Das wollte ich nur zu diesen polemischen Äußerungen gesagt haben. (Abg. Dr. Eichtinger: „Gestatten Sie, daß ich den Herrn Dr. Gmoser, der so oft in der Neuen Zeit steht, zitieren darf!“ — Landeshauptmann Krainer: „Sie suchen sich immer die enfants terribles!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Im übrigen darf ich zu meiner ersten Bemerkung zurückkehren „Lehrer ziehen am selben Strang“. Ich darf daher all die Dinge weglassen, die ich dazu sagen wollte, darf aber trotzdem zur Gruppe 2 einige sachliche kritische Bemerkungen machen. (Abg. Scheer: „Verträgt sich das immer?“)

Bei mir verträgt sich alles.

Meine Damen und Herren, wann und wo immer man sich mit der Schule befaßt, werden immer wieder Beziehungen zum allgemeinen Wirtschaftsleben hergestellt. Lassen Sie mich daher die Gruppe 2 vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt her beleuchten. Die Produktionsstätten — sprich Schulgebäude —, es sind in der Steiermark etwa 700, sind seit dem Jahre 1945 etwa zur Hälfte erneuert, umgebaut oder erweitert worden. Es sind genau 74 neue Volksschulen, 75 neue Haupt- und elf neue Sonderschulen errichtet worden. 27 Schulen, die durch Kriegseinwirkungen zerstört wurden, sind wieder aufgebaut worden. Wir können weiterhin feststellen, daß ein weiteres gutes Drittel der Schulen adaptiert wurde. Der hierfür aufgebrauchte Betrag überschreitet sicher die Milliardengrenze. Er ist mir nicht so genau bekannt.

Aber man muß sich heute überlegen, ob es wirklich überall sinnvoll und gerechtfertigt war, neue Schulen zu errichten. So sehr ich jeden Neubau einer Schule begrüße, aber sind die Standorte der Schulen tatsächlich genau überlegt worden? Ich habe mir im Finanz-Ausschuß erlaubt die Frage zu richten, ob es hier in der Steiermark, nicht in die Vergangenheit sehend, sondern in die Zukunft schauend, etwa einen Plan der Konzentration gibt. Ich habe hier keine genaue Auskunft erhalten können. Ich möchte eher sagen nein, es gibt noch keinen Plan der Konzentration. Aber wenn es in der Steiermark 73 einklassige, 113 zweiklassige und 105 dreiklassige Schulen gibt, das sind 43 Prozent aller Schulen überhaupt, aber nicht 43 Prozent der Schüler, so müßte man die Standorte im Hinblick auf eine Konzentration überprüfen und die Frage der Errichtung von Mittelpunktschulen oder der Zusammenlegung von Volksschul- und Oberstufenklassen an den Standorten von Hauptschulen ebenfalls überprüfen. Ich weiß, daß das sehr einfach gesagt ist und ich weiß, daß es hier Schwierigkeiten noch und noch geben wird. Ich möchte die Widerstände, die hier allerorts entgegengesetzt werden, keineswegs unterschätzen. Ich sage auch nicht, man muß konzentrieren, sondern ich sage, man soll über-

legen, wo eine Konzentration möglich ist und im Hinblick auf eine solche Konzentration dann eventuell neue Schulen errichten. Ich sage schon, die Widerstände, die sich hier von vielen Seiten ergeben, die soll man nicht unterschätzen, aber man soll nicht unbedingt vor diesen Schwierigkeiten kapitulieren. Sehr oft ist es nur ein lokaler Egoismus, der vielleicht ab und zu auch noch künstlich angeheizt wird, der solche Konzentrationsbestrebungen scheitern läßt. Es gibt natürlich vom Schulweg her auch Schwierigkeiten, die man nicht unterschätzen sollte. Aber ich glaube in einem Punkt könnte man, weil der Schüler schon größer ist, weil er schon gewisse körperliche Strapazen auf sich nehmen kann, auf eine Konzentration drängen. Ich meine hier die polytechnischen Lehrgänge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist irgendwo einmal gesagt worden, — auch hier in diesem Hohen Hause schon — es wird eine „Bildungs-Explosion“ geben. In der Steiermark hat es eine Bildungs-Explosion gegeben und die polytechnischen Standorte sind über das ganze Land hinaus verstreut worden. Ich weiß nicht, ob hier ein gewolltes oder ungewolltes Verstreuen dieser Standorte vorliegt, aber ich möchte sagen, wenn wir uns hier nicht finden, wenn wir nicht Möglichkeiten suchen, diesen polytechnischen Lehrgang an Hauptorten zu konzentrieren, dann wird dieser polytechnische Lehrgang, dieses 9. Schuljahr, ad absurdum geführt.

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ja ein Unding, wenn heute in einem polytechnischen Lehrgang etwa der Hauptschüler, der aus dem ersten Klassenzug, womöglich noch mit Vorzug herausgestiegen ist, neben dem Abgänger der Volksschule sitzt, der womöglich viermal repetiert hat. Er muß nicht dort sitzen, aber die Möglichkeit besteht. Ich bin der Meinung, die Konzentrierung ermöglicht erst eine Differenzierung. Das schaut vielleicht aufs erste nicht logisch aus, aber es ist logisch. (Abg. Scheer: „Ja, es ist logisch!“)

Herr Kollege wir verstehen uns, Sie sind ja auch ein Lehrer. Wenn an einem Ort — nennen wir beispielsweise Hartberg — meinetwegen an der Hauptschule ein vierklassiger polytechnischer Lehrgang oder hier ist es ja nicht mehr ein Lehrgang, sondern schon eine polytechnische Schule, errichtet wird, so kann ich eben in den einzelnen Klassen die Differenzierung nach dem Ausbildungsgrad vornehmen. Wir haben daher auch hier einen entsprechenden Antrag, dem die Österr. Volkspartei im Finanz-Ausschuß beigetreten ist, eingebracht und wir hoffen doch, daß es hier zu Überlegungen hinsichtlich einer Konzentrierung kommt.

Zur Standortbestimmung gehört auch die Festlegung der Schulsprengel. Ich habe mehrmals hier dieses Lied gesungen (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren: „Jetzt ist der Fall schon erledigt!“)

Jetzt ist der Fall, Gott sei Dank, erledigt. Aber ich möchte hier nicht nur Neudau erwähnen — den Bürgermeister von Neudau betrifft es — sondern ich möchte sagen, daß man bei der Festlegung der Schulsprengel wirklich auf sach-

liche Kriterien zurückgreifen soll, „muß“ möchte ich fast sagen. Vielleicht könnte man das auch einmal gesetzlich verankern. Sachliche Kriterien sind der Schulweg, die Schülerzahl, (Abg. Pözl: „Der Lehrer!“) auch das Vorhandensein der Lehrer — sehr richtig — das, meinetwegen sind sachliche Kriterien, (Zwischenruf von der Regierungsbank: „Lehrerin!“) die die Beschlußfassung der Hohen Landesregierung leiten sollen. (Abg. Scheer: „Nicht vergessen, ob es eine rote oder schwarze Schule ist!“)

Nein, Herr Landesrat, es gibt keine Lehrerin, lassen Sie sich vom Herr Landeshauptmann belehren! (Gelächter.)

Es gibt keine Lehrerinnen, alle sind „Lehrer.“

Ich möchte nur noch sagen und damit zum Abschluß kommen, manchesmal ist auch die Protektion ein Kriterium oder auch das Nichtvorhandensein von Protektion.

Ich darf noch zu einem weiteren Problem kritisch Stellung nehmen. Es hat sich meiner Meinung nach noch nicht überall herumgesprochen, daß auch die Hauptschule eine Pflichtschule ist. Für den Nichtbesuch einer Hauptschule gibt es natürlich auch vielerlei Gründe.

Sehr oft ist hier maßgebend auch das Unverständnis bei den Eltern, weil sie gewisse finanzielle Belastungen scheuen. Aber auch die Organisationsform einer Volksschule könnte unter Umständen ausschlaggebend sein, oder aber die Beschwerlichkeit des Schulweges. Aus einer Statistik konnte ich herauslesen, daß die Volksschul-Oberstufe einen gesamtösterreichischen Durchschnitt von 27 Prozent aufweist, während sie in der Steiermark in der Besucherzahl 32 Prozent ausweist, das heißt, daß bei uns mehr Schüler die Volksschul-Oberstufe besuchen als im gesamtösterreichischen Schnitt. Ich würde vorschlagen, daß man im Hinblick auf die Erreichbarkeit der Schule, im Hinblick auf Schülerzahlen untersuchen soll, wo noch Hauptschulen errichtet werden können ohne bestehende Hauptschulen zu gefährden. Denn ich bin der Meinung, wenn eine Hauptschule zweizügig geführt werden könnte, dann ist es besser, wenn es vom Schulweg her nicht zu beschwerlich ist, daß es bei dieser einen Hauptschule an diesem einen Ort bleibt. Natürlich kann hier nicht bei den Gemeinden oder den Eltern die Initiative liegen, sondern wenn etwa der Ausbau des Hauptschulnetzes zielführend sein soll, dann muß man das aus einer gesamtsteirischen Schau sehen und das steht selbstverständlich in erster Linie nur der Behörde und nur der Rechtsabteilung 13 oder dem Landesschulrat zu.

Darf ich noch ein weiteres Problem anschneiden? Das ist der Lehrermangel. In der Steiermark — der Herr Kollege Dr. Eichinger hat es aufgezeigt — fehlen an die 700 Lehrer und diese Zahl ist eigentlich in den letzten Jahren fast konstant geblieben, trotz aller Bemühungen, trotz der Führung der vielen Maturantenlehrgänge. Das heißt, wenn also in der Steiermark 700 Lehrer fehlen, so bedeutet das, daß eigentlich an jeder steirischen Schule im Schnitt ein Lehrer fehlt. Nun, wie wird das ausgeglichen, Meistens dadurch, daß die Schulen unterorgani-

siert und die Klassen damit überfüllt sind. Es zeigt sich z. B. daß 10 Prozent aller Hauptschulklassen mehr als 40 Schüler aufweisen. Und es zeigt sich noch eines, daß es auch noch in Einzelfällen Klassen gibt, wo mehr als 60 Kinder in einer Klasse zusammengeballt sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, daß man hier nicht mehr entsprechend arbeiten kann, das wird wohl jeder verstehen.

Hier komme ich zu dem, was ich eingangs gesagt habe. In einem Betrieb, in dem Arbeitskräftemangel herrscht, da wird man es sich überlegen, was zu tun ist. Was macht das Gewerbe, was macht die Industrie? Es wird rationalisiert, durch Zusammenlegung die Organisation verbessert, die Arbeitskräfte werden produktiver eingesetzt — sprich Konzentrierung — und man wirbt um neue Arbeitskräfte. Na, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollte das, was für Industrie und Gewerbe gilt, nicht auch für die Schule Gültigkeit haben? Man kann es sicherlich nicht genau ummünzen, aber man kann es sich überlegen.

Man bezeichnet die Steiermark als einen pädagogischen Unruheherd. Man gibt zu und man weiß, daß die Lehrerschaft nach modernen Unterrichtsmethoden unterrichtet und modernen Methoden aufgeschlossen gegenübersteht, aber durch die Überfüllung der Klassen ist eigentlich doch noch oder trotzdem eine pädagogisch nicht sehr günstige Situation geschaffen. Ich darf hier sagen, daß die Belastung der Lehrer oft einer Zerreißprobe gleicht. Und wenn hier angeschnitten wurde, „Mehrdienstleistung“ so sage ich Ihnen eines: mit der Mehrdienstleistung werden die Nerven und wird die Konstitution des Lehrers auch nicht aufgepäppelt. Sie ist vielleicht ein Trostpflaster, (Abg. Pözl: „Beruhigt werden sie!“) aber durch die Mehrdienstleistung wird kein Lehrer ersetzt und das ist das Ungute an dieser Situation. Wir haben als Sozialisten schon mehrmals hier im Landtag angeregt, für den Lehrerstand zu werben. Ich hoffe, daß sich einmal entweder das Referat in der Landesregierung oder der Landesschulrat zu einer zielführenden Werbung hinreißen läßt.

Hier möchte ich noch etwas kritisch vermerken. In den abgelaufenen Monaten hat das Bundesministerium für Landesverteidigung sehr viele Jungmänner oder Rekruten nicht einberufen, weil zu wenig Geld vorhanden war. Aber eines muß ich mit Bedauern feststellen, die jungen Lehrer wurden alle einberufen. Man hat mir gesagt, ich weiß nicht, ob das stimmt, man hätte vom Landesschulrat her nichts unternommen, um diese Lehrer freizustellen.

Meine Damen und Herren! Ich bin keineswegs für eine Sonderstellung der Lehrer, aber die Frage, wo der junge Mann seinem Vaterland einen besseren Dienst leistet, beim Bundesheer oder im Schuldienst, ist für mich schwer zu beantworten. (Abg. Pözl: „Wenn die Lehrer nicht zum Militär brauchen, dann haben wir nur mehr Lehrer in Österreich!“)

Ich glaube, Sie haben es getroffen, Herr Kollege Pözl.

Eines hat man mir erklärt. Die Lehrer seien

hellhörig, und deswegen wolle man sie als Radarersatz an der tschechischen Grenze einsetzen. Das muß aber nicht unbedingt stimmen.

Der Bund scheint dem Lehrermangel keine besondere Bedeutung beizumessen, denn ich habe vernommen, daß die pädagogische Akademie über das Planungsstadium nicht hinausgekommen wäre. Ich hoffe, daß hier die Hohe Landesregierung doch geeignete Schritte unternimmt, daß die künftige akademische Lehrerbildung auch in der Steiermark gewährleistet ist.

Etwas, worüber die Lehrer ganz besonders klagen, ist die Verbürokratisierung. Als ich vor etwa 20 Jahren als Lehrer angefangen habe, gab es einen Katalog und ein Wochenbuch. Das hatte der Lehrer zu führen. Ich möchte Ihnen nicht aufzählen, wieviele Dinge es jetzt schon gibt, die der Lehrer führen muß. Ich glaube, die Schule ist eine Stätte der Erziehung, eine Stätte des Unterrichtens, nicht unbedingt eine Stätte des Verwaltens. Scheinbar soll diese Verwaltungsaufblähung sogar zementiert werden, denn der neue Schulunterrichtsgesetzesentwurf sagt im § 2 Abs. 2 „Die Klasse ist eine Verwaltungseinheit“. Hier erreichen die Entpädagogisierung und die Verbürokratisierung zweifellos einen negativen Höhepunkt.

Darf ich nun noch zu einem Problem Stellung nehmen, das ebenfalls der Herr Kollege Eichinger angerissen hat. Ich darf dazu folgendes sagen: Es ist erfreulich, daß nunmehr fast in allen steirischen Bezirken eine Mittelschule besteht. Aber ich muß hier deponieren, daß derjenige, der für die Errichtung von Mittelschulen zuständig ist, nicht immer jene Lasten auf sich genommen hat, die er vom Gesetz her tragen hätte müssen.

Ich weiß, Herr Landeshauptmann. Der Herr Kollege Eichinger hat gesagt, man soll sich mit Provisorien behelfen. Ich fürchte nur eines, daß auf gut österreichisch die Provisorien pragmatisiert werden.

Eines dürfen Sie nicht ganz außer acht lassen. Nämlich die Belastungen, die die Gemeinden auf sich genommen haben. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren: „Nur befristet!“)

Befristet immerhin auf zehn Jahre, wie z. B. in der Stadt Hartberg, wo, wenn ich das letzte Mal richtig gehört habe, die derzeitige Belastung pro Jahr schon an die 400.000-Schilling-Grenze heranreicht oder etwa in Weiz, wo man jährlich 700.000 Schilling aufwenden muß. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren: „Das ist der Preis dafür, daß man früher drankommt!“)

Ich weiß nicht, ob das unbedingt der Preis dafür ist, daß man früher drankommt, sondern ich glaube eher, daß das Bundesministerium für Unterricht eine Lizitationspolitik unter den Gemeinden sehr gut anzubringen verstanden hat.

Ich darf nur noch zu einigen Dingen etwas sagen. Wenn man meint, daß künftighin mehr Schüler in den Mittelschulen sein sollen, dann soll man nicht übersehen, daß man auch hier die Möglichkeit der Unterbringung haben muß. Ich habe mit Befremden feststellen müssen, daß im Schülerheim in der Grenadiergasse ein Stock ausgeräumt wurde. Wenn hier eine neue Mittel-

schule entstehen soll, ja, aber dann soll man sich rechtzeitig um gleichwertige Ersatzplätze umsehen. Ein Mittelschülerheim ohne Erzieher und ohne Lernhilfe ist abzulehnen.

Noch eine kritische Bemerkung zur Post 291.701. Hier werden die Studienbeihilfen an Schüler höherer und mittlerer Lehranstalten und Heimgebühreuzuschüsse ausgewiesen. Ich muß mit Bedauern feststellen, daß diese Post von 3 Millionen Schilling auf 2.750.000 Schilling gekürzt wurde. Ich habe aus den Erläuterungen nicht herauslesen können warum. Ich bedaure diese Kürzung.

Die Gesamtausgaben der Gruppe 2 betragen 159.820.200 Schilling. Das sind um 16 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr und entspricht der Budgetausweitung überhaupt.

Wenn ich nun zu meiner betriebswirtschaftlichen Betrachtung zurückkehre, so möchte ich sagen, daß ich weiß, daß die getätigten und künftigen Investitionen keine Fehlinvestitionen waren und sein werden. Wir können die Bildungszuwachsraten quantitativ in der vermehrten Anzahl von Akademikern, Maturanten und hochqualifizierten Arbeitskräften messen. Der gesteigerte Bildungsgrad wird sich aber in der Wirtschaftswachstumsrate und damit im höheren Lebensstandard ausdrücken. (Beifall bei der SPÖ.)

**3. Präsident Koller:** Zu Wort ist gemeldet Herr Abg. Wuganigg. Als nächster Redner ist Herr Abg. Pölzl vorgemerkt.

**Abg. Wuganigg:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich fürchte, daß ich mich während meiner Ausführungen auf denselben Pfaden bewegen werde wie meine beiden Vorredner, die Kollegen Heidinger und Eichtinger und es bleibt mir also einleitend nichts anderes übrig, als die Bürgerschaft zu zitieren „ich sei, gewährt mir die Bitte, in diesem Bunde der Dritte.“

Einer OECD-Untersuchung über Erziehungsplanung und Wirtschaftswachstum können wir entnehmen, daß sich die Zahl der Schüler in den Pflichtschulen und in den allgemein bildenden höheren Schulen bis zum Schuljahr 1975/76 von derzeit 1.1 Millionen auf ungefähr 1.5 Millionen erhöhen wird. Wir müssen also zur Kenntnis nehmen, daß diese gewaltige Erhöhung der Schülerzahl, dieses Mehr um 500.000, das gleich einer Lawine über uns hängt, uns klar und eindeutig sagt, daß wir besondere Vorsorgen zu treffen haben in den Fragen des Schulraumes und des Lehrernachwuchses. In derselben OECD-Untersuchung aber finden wir die Feststellung, daß die ländlichen nieder organisierten Volksschulen, wo in einem Schulraum oft alle Klassen sitzen, nach dem Gesetze begünstigt in Regionen zusammengefaßt werden sollen, daß es mehr Gebietsschulen geben müßte, wobei den Hauptschulen der Vorrang gegeben werden soll. Wir wissen also, daß wir in weniger als zehn Jahren einen Mehrbedarf von 8.000 Klassen aufzuholen haben werden, und daß wir für alle Schultypen zusammen um 20.000 Lehrer mehr benötigen als uns heute zur Verfügung stehen.

Die Lösung dieser Probleme zählt zweifellos

zu den Entscheidungsfragen für unsere Zukunft, denn ohne eine gründliche Bildung wird es keinen Aufstieg für die junge Generation geben. Wir können erfreulicherweise feststellen, daß in der Steiermark auf dem Gebiete des Schulbaues sehr viel in positivem Sinne geleistet wurde. Zu keiner Zeit wurden so viele Schulen gebaut als gerade in den jüngst vergangenen Jahren.

Dank der Hilfe des Landes und des Verständnisses und der Opferbereitschaft der Gemeinden konnte diese stolze Leistung erreicht werden. Der Bau und die Erhaltung von Schulen stellt für die Gemeinden eine oft ihre finanzielle Leistungsfähigkeit ernstlich bedrohende Belastung dar. So konnte die Schulraumnot wohl gemildert, aber noch immer nicht beseitigt werden, weder in der Steiermark, noch in Österreich, denn im österreichischen Maßstab gesehen fehlen uns derzeit noch immer nahezu 2.000 Klassen. Trotz dieser Tatsache müssen wir feststellen, daß es Schulen gibt, die in den letzten Jahren gebaut wurden und in welchen derzeit Klassen und Lehrerwohnungen leer stehen. Und so ergibt sich die Frage, ob wohl in allen diesen Fällen, wo Schulen gebaut wurden, es immer zweckmäßig war, diese Schulen zu bauen. Ich möchte allerdings hier nicht mißverstanden werden. Ich selbst habe in diesem Hohen Hause erklärt, daß ein neues Bildungsprivileg darin besteht, daß derjenige, der am Sitze einer höheren Schule wohnt, mühelos diese Schule besuchen kann, während es beispielsweise für einen Schüler aus der Provinz schon weitaus schwieriger ist und vielleicht gerade deshalb scheitert. Ich bin also dafür, daß man Schulen so nahe als möglich an die Schüler heranführt. (Abg. Pölzl: „Der Schulweg gehört abgeschafft!“)

Und ich habe ebenso bereits erklärt, daß die Errichtung von Schulen die beste Kapitalsanlage ist, die es überhaupt gibt und ich weiß aus eigener Erfahrung, mit welchen Opfern diese Schulen von den Gemeinden errichtet werden. Ich bin also für den Bau von Schulen und ich anerkenne die Leistung der Gemeinden, der Bürgermeister und der Gemeinderäte, die damit befaßt sind. Aber bei all dieser Würdigung müssen wir uns dennoch fragen, ist es auch immer zweckmäßig, was hier geschieht? In einigen Schulen, die erst fertiggestellt wurden, stehen bereits Klassen leer. In einer anderen Schule, die man zweiklassig gebaut hat, die vor wenigen Jahren fertig wurde, die aber nun einklassig geführt wird, trägt man sich mit dem Gedanken, die Schüler mit dem Omnibus in die Stammschule zu befördern, weil dies geringere Kosten verursachen würde.

Irgendwo steht eine dreiklassige Volksschule im Rohbau fertig. In unmittelbarer Nähe wird nun eine Hauptschule errichtet, das heißt, daß diese Volksschule, die nun im Rohbau fertig ist, nie mehr dreiklassig geführt werden kann.

In der Stadt Weiz wird mit großen Kosten eine Hauptschule gebaut. Im benachbarten Puch, wenige Kilometer entfernt, errichtet man eine Hauptschule. Darum meine Frage nach der Zweckmäßigkeit. Ist es richtig, mit großen

Kosten Schulen zu erbauen, wenn sie dann nicht ihrer Aufgabe zugeführt werden können? Ist es überhaupt gut, heute noch Zwergschulen zu errichten, denen ja vieles fehlen muß und denen vor allem die Turnsäle fehlen.

Anläßlich eines sportlichen Wettkampfes des polytechnischen Lehrjahres in Weiz konnten wir folgende Feststellungen treffen: Von 36 Schülern, die in Weiz in die Schule gegangen sind und dort einen regelmäßigen Turnunterricht absolvieren konnten, bekam der beste Turner 121 Punkte, der schwächste 33 und es kam ein Durchschnitt von 65 Punkten zustande. Bei 36 Schülern aus den Umgebungsgemeinden, deren Schulen über keinen Turnsaal verfügen und wo aus diesem Grund kein geregelter Turnunterricht stattfinden konnte, ergab die Punkteanzahl für den besten Turner nur 63 Punkte gegenüber 121 Punkten, für den schwächsten nur 17 gegenüber 33 Punkten und es kam ein Durchschnitt von 32 Punkten zustande gegenüber 65 Punkten. Diese Zahlen sagen uns deutlicher denn je, daß man eigentlich keine Schulen mehr ohne Turnsäle bauen sollte.

Aber vor allen Dingen — und das ist wohl der entscheidendste Gesichtspunkt — kann in diesen Schulen das Bildungsziel erreicht werden, selbst bei aller Einsatzbereitschaft des Lehrers, der in Landschulklassen manchmal bis 60 und 70 Schüler zu betreuen hat? Ich glaube, diese Frage müssen wir verneinen.

In Niederösterreich besteht seit zwei Jahren ein Plan für die Zusammenlegung von Volks- und Hauptschulen zur Schaffung von Mittelpunktschulen. Dort dürfen keine einklassigen Schulen mehr geführt werden. Im Lande Hessen hat man mit den Mittelpunktschulen die beste Erfahrung gemacht. Die Schüler werden dort in Autobussen in moderne Schulen gebracht. Man ist sich bewußt, daß eine gute Schulbildung für die Jugend die wichtigste Investition darstellt.

Vielleicht ist in diesem Zusammenhang noch eine Novellierung des Pflichtschülerhaltungsgesetzes erforderlich, denn nur die Erweiterung des Schulspengels gibt die Möglichkeit, daß ein höher organisierter Schultyp entstehen kann.

Auch hier müssen wir feststellen, daß nicht eine gleichmäßige Verteilung der Schulkinder auf einzelne Schulen zweckmäßig ist, sondern eine sinnvolle Aufteilung Prinzip sein müßte.

Bei all dem, was wir im Schulbau erreicht haben und worauf wir in der Steiermark durchaus stolz sein können, wäre es gut, bei künftigen Schulbauten etwas vorsichtiger zu planen und zu koordinieren. Es wäre aber ebenso falsch und gefährlich, diese bedeutende Frage vielleicht nur vom Blickwinkel der Tagespolitik aus zu betrachten. Churchill hat einmal gesagt: „Der Politiker denkt an die nächsten Wahlen, der Staatsmann an die kommende Generation.“ (Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abg. Pözl. Nächster Redner ist der Herr Abg. Ileschitz.

**Abg. Pözl:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In der Gruppe 2 gibt es die Post 291,706 Förderung des wissenschaftlichen und techni-

sehen Nachwuchses für Lehrlinge und Facharbeiter. Diese Post ist mit 200.000 Schilling für das Jahr 1968 dotiert. Ich möchte für das Jahr 1969 die Forderung anmelden, daß diese Post zumindest um einen Stellenwert erhöht wird und möchte das begründen.

In Graz gibt es eine Firma AVL. Das ist die Anstalt für Verbrennungsmotoren von Professor Dr. List. Diese Firma ist Inhaber von 500 Weltpatenten, die lizenzweise in das Ausland vergeben werden und zehn Prozent der gesamten Einnahmen Österreichs an Lizenzen nimmt die Firma AVL in Graz ein. Ein Zehntel der gesamten Einnahmen für die geistige Arbeit der Österreicher wird von einer Grazer Firma kassiert und zwar in Form von harten Devisen bei der Österreichischen Nationalbank. Das ist sehr erfreulich. Sehr unangenehm dabei ist, daß ausländische Arbeitskräfte im Ausland vom Ideengut dieser steirischen Firma profitieren und womöglich mit aus Österreich geliefertem Spezialstahl von den Böhlerwerken Fertigprodukte erzeugen, die um sehr teures Geld wiederum nach Österreich eingeführt werden müssen. Eine Ausnahme gibt es bei den Patenten der Firma List, das sind die Tiroler Jenbacher Werke, die ca. 3000 Beschäftigte haben und ausschließlich auf Grund von Patenten der Firma List Motoren und Aggregate erzeugen und davon 75 Prozent in das Ausland verkaufen. Alle übrigen Patente von Dr. List werden leider nur vom Ausland ausgewertet. Über Empfehlung des Landeshauptmannes Josef Krainer hat nun der Herr Prof. Dr. List eine Ausbildung gewerblicher Art von Lehrlingen aufgenommen und zwar für Elektronik und Feinmechanik. Dafür wurde die oben erwähnte Post geschaffen. Facharbeiter sollen herangebildet werden, die dann in der Lage sind, die eigenen Patente der Firma auszuarbeiten. Große Investitionen sind erforderlich, wenn man diese Fertigung aufnehmen würde und zwar an Baulichkeiten, an feinen, sehr teuren Meßinstrumenten, an Maschinen, aber auch hervorragende Lehrer in diesen Lehrwerkstätten sind erforderlich.

Ich habe bei einem Besuch von Herrn Prof. Dr. List einen Artikel mitbekommen, den ich dem Hohen Haus vorzeigen will. Ich möchte demonstrieren, was möglich ist und was man in Österreich für Chancen bisher ungenützt gelassen hat und die man um Gottes Willen nützen soll. Dieser Artikel heißt Quarzdruckgeber. Herr Landesrat Gruber, Sie sind der Zentralbetriebsrat der Böhlerwerke. Da ist ein Quarzdruckgeber. Er ist aus einem Material erzeugt, das bei den Böhlerwerken hergestellt wird und zwar aus einem Spezialstahl, von dem ein Kilogramm 350 Schilling kostet. Dieses kleine Ding wiegt 3 dkg und kostet 3500 Schilling. Ein Kilogramm Böhler-Spezialstahl wird in Graz bei der Firma List zu 117.000 Schilling verarbeitet. Das ist das, was uns die Schweizer und Schweden vorexerzieren. Dieser Quarzdruckgeber wird derzeit nur in einer kleinen Stückzahl gefertigt, obwohl die Firma List 3000 Stück im Monat verkaufen könnte. Ich bin kein Techniker, aber ich ließ mir erklären, daß das



ein Meßgerät ist, mit dem man in Räumen den Druck messen kann; also in einem Motor, in einem Unterseeboot usw. Ich weiß nicht, wo man noch die Möglichkeit dazu hat. Eines ist interessant. 2100 Schilling Lohn sind in so einem Ding enthalten. Das heißt, allein die Verkaufsmöglichkeit von 3000 Stück im Monat besagt, daß hier rund 70 Millionen Schilling Lohn in Graz geschaffen werden könnten.

Der Kundenkreis der steirischen Firma Prof. Dr. List weist äußerst renommierte Firmen der ganzen Welt auf. Ich darf nur einige nennen, ohne ein Firmengeheimnis zu verletzen: Ford, Caterpillar, General Electric, Mobil Oil aus Amerika, aus Deutschland Deutz, Henschel, Hanomag, Volkswagen, Mercedes, Peugeot aus Frankreich, Daf aus Holland, eine der bedeutendsten Firmen Japans Komatsu Kowasaki. Das sind weltrenommierte Firmen, die bereit sind, Lizenzen von der Firma List zu nehmen, die bereit sind, Forschungsaufträge an die Firma zu geben und die weiters bereit sind, Fertigprodukte zu kaufen.

Die Firma List, die ich als Beispiel angeführt habe, ist nicht die einzige steirische Firma, die so etwas leistet. Wir haben in der Steiermark mehrere derartige Betriebe. Ich wollte nur einen herausgreifen, um zu zeigen, welche Möglichkeiten wir haben, Arbeit zu schaffen, Strukturprobleme zu lösen. Aber man darf nicht einem Privatunternehmer zumuten, daß er, wie es bei List der Fall ist, jährlich 3,5 Millionen Schilling in die Forschung hineinsteckt. Einer Firma darf man nicht zumuten, daß der Unternehmer selbst nur ein Zehntel seines Reingewinnes für sich und seine Familie aufwendet und dann noch eine Fertigung ohne Förderung des Landes und des Bundes aufziehen soll. Man kann ihm nicht zumuten, daß er die Aufgaben der Ausbildung völlig allein übernimmt. Das ist der Grund, warum ich dieses Hohe Haus um Verständnis bitte bei den Budgetverhandlungen für das Jahr 1969. Wenn Sie diese Post wesentlich erweitern, dann sind Sie es, die die Möglichkeit geben, daß unserer steirischen Heimat ein sehr großer Dienst erwiesen wird. Spätere Generationen werden vielleicht dieses erste Budget des Landes Steiermark mit höheren Aufwendungen bei dieser Förderungspost als ein gescheites hinstellen, denn es entwickelt sich alles zur Technik hin, zur feinen Arbeit, zur Arbeit mit größerem Können. Es ist schließlich und endlich unsere Aufgabe das zu fördern, um unserer Aufgabe als Abgeordnete für das Volk gerecht zu werden. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Ileschitz, ich erteile es ihm.

**Abg. Ileschitz:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen meines Vorredners sind so richtig geeignet, auf ein Kapitel hinzuweisen, in dem wir Steirer Chancen und Möglichkeiten für die Zukunft haben. Nicht nur in der Steiermark, auch in Oberösterreich gibt es einen Betrieb, in der Nähe von Steyr, der sich mit der modernen Technik im Speziellen be-

schäftigt, der Elektronik-Geräte herstellt, die kaum im Inland, dafür aber umso mehr im Ausland ihren Absatz finden. Prof. Dr. List in der Steiermark ist ja auch eine jener verkannten Größen gewesen, als er in Graz begann. Ganz kurz nur ein Hinweis darauf: Wir haben gemeinsam damals, Gewerkschaft, Arbeiterkammer, aber auch Handelskammer hingewirkt, daß man ihm überhaupt die Chance und die Möglichkeit gegeben hat, eine Halle zu errichten und wir haben auch aus Landesmitteln und aus anderen Budget-Mitteln versucht, ihm damals Unterstützung zu einem Zeitpunkt zu geben, zu dem er wie Porsche aus Graz, aus der Steiermark, aus Österreich verschwinden wollte, weil man ganz einfach für Forschung und solche Zwecke keine Geldmittel zur Verfügung stellen wollte. Uns ist es also gelungen, diese Anstalt für Verbrennungsmotoren in Graz zu erhalten trotz größter Widerstände. Ersparen sie es mir, Ihnen genauer zu schildern, bei welchen Behörden diese lagen und welche Auseinandersetzungen es gegeben hat, bis es dann doch so weit war, daß er in der Gabelsbergerstraße mit dem ersten Aufbau einer Werkshalle beginnen konnte.

Wir wissen also, daß er Geräte erzeugt. Und wenn Sie diesen kleinen Druckmesser hernehmen, so ein kleines Stückelr 3.500 Schilling mit einem Anteil von 2.100 Schilling an Lohn, so zeigt das, daß wir hier eine Zukunft hätten, wenn, ja, wenn für die Forschung eben die entsprechenden Mittel vorhanden wären.

Wir wissen, meine sehr verehrten Anwesenden, daß rund 20 bis 25 Prozent der erstklassigen Techniker, der verantwortlichen Leiter von Forschungsstätten, aber auch Großunternehmungen in Deutschland österreichischer Abstammung, also Österreicher sind, die im Ausland arbeiten, weil man ihnen hier die Möglichkeit, die Chance nicht eingeräumt hat. Wir wissen aber auf der anderen Seite, daß wir Ausbildungsstätten in Österreich haben, die imstande sind, solche Techniker und solche hervorragende Leute hervorzubringen. Umso bedauerlicher ist es aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich mich jetzt nunmehr doch dem Kapitel 231 „gewerbliche, fachliche und kaufmännische Berufsschulen“ zuwende und dabei feststellen muß, daß wohl von der Landes-Finanzseite her für das Jahr 1968 41,327.000 Schilling vorgesehen sind gegenüber 38,459.000 Schilling im Vorjahr, also fast um drei Millionen Schilling mehr, und es trotzdem hervorragende Ausbildungsstätten für Lehrlinge, für Fachschüler gibt, die, weil sie keine Hilfe bekommen und aus Eigenem scheinbar die fehlenden Mittel nicht mehr aufbringen, diese Schulen einschränken bzw. zu schließen beabsichtigen. Ich spreche hier nicht von den Landesberufsschulen, sondern von den Werksschulen. Von der Werksschule zum Beispiel der Österr. Alpine-Montan-Gesellschaft, die im Laufe der vielen Jahre und Jahrzehnte ihres Bestandes tausende und zehntausende hervorragender Facharbeiter ausgebildet und zum Teil in den eigenen Werken aber auch für die übrige Wirtschaft zur Verfügung gestellt hat.

Es ist mehr als bedauerlich, daß z. B. eine Schule, in der man erstklassige Bergfachleute ausbildete — und zwar am Bergbau in Fohnsdorf — bereits geschlossen hat, weil dieses Unternehmen, bzw. weil dieser Betrieb keine finanziellen Zuschüsse bekommt, sondern man verlangt, sie müßten diese Schulen aus eigener Substanz erhalten.

Eine weitere sehr bedauerliche Entwicklung betrifft die Werksschule in Eisenerz. Gerade hier wird es ganz besonders schwierig werden. Wir alle kennen die geographische Lage dieser Stadt.

Wir alle wissen, daß Eisenerz abgeschlossen ist und jeder, der eine höhere Schule in Leoben besuchen will bzw. jetzt muß — dies ist im Winter mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden, da es doch den Präbichl zu überwinden gilt, durch viele Jahrzehnte in seiner Werksschule ausgesprochen gute Bergfachleute und Facharbeiter ausbildete. Bergleute und Metallfacharbeiter, die überall gerne gesehen waren dank dieser Ausbildung. Sie sind sowohl dem Werk in Eisenerz zur Verfügung gestanden, haben aber auch oft dann ihren Weg irgendwohin in einen österreichischen Betrieb genommen und waren dort, weil man sie ja nicht alle im eigenen Betrieb unterbringen konnte, gerne gesehen. Genau so war es im Ausland, wenn sie dorthin kamen. Seit zwei Jahren schon wird die Aufnahmszahl von Lehrlingen und Fachschülern immer mehr beschränkt. Die Situation ist jetzt so, daß man für das heurige Schuljahr überhaupt keine Aufnahmen mehr vorgenommen hat, weil man bei der Alpine sagt, „wir wissen nicht, wie die Zukunft ausschauen wird, wir wissen nicht, kommt es zu noch größeren Dezimierungen von Arbeitskräften als sie bisher schon erfolgten, wir haben keine Chance und keine Überlebenschance für die Leute, daher ist auch ein finanzieller Aufwand in der Größenordnung wie bisher nicht mehr gerechtfertigt, wir werden einmal die nähere Zukunft abwarten, wir lassen eventuell die Lehrgänge auslaufen.“ Eine ähnliche Entwicklung, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch bei der Werksschule in Donawitz. Donawitz hat jährlich von Belegschaftsangehörigen aber auch von anderen Familien kommend, 100 Lehrlinge im Betrieb eingestellt.

Das war eine erkleckliche Anzahl. Die Schule selbst hat 300 Lehrlinge jährlich besessen und ist jetzt auf einen Stand von insgesamt 124 Lehrlingen und Fachschülern herabgesunken. Ausgezeichnetes Lehrpersonal steht zur Verfügung, die vielen Einsatz- und Lehrmöglichkeiten des großen Fabriksunternehmens für die Lehrlinge liegen mehr oder weniger brach. Ich stelle hier die Frage, ob wir Österreicher es uns leisten können, solche Ausbildungsstätten, die durch viele Jahrzehnte bestanden haben, ganz einfach links liegen zu lassen, solchen Ausbildungsstätten nicht die Möglichkeit zu geben, auf Grund ihrer hervorragenden Leistungsfähigkeit doch den so notwendigen Facharbeiternachwuchs zu fördern. Ich sehe ein, daß man für die Grundschulen, für die Hauptschulen, für Mupäds und auch für andere mittlere und für höhere technische Lehranstalten vom Lande aus Subventionen gibt, ich

sehe aber nicht ein, daß es nicht möglich ist, einem Unternehmen einen gewissen Zuschuß zu leisten, wenn dieses Unternehmen auf Grund der wirtschaftlichen Situation nicht imstande ist, aus eigenen Mitteln die Gesamtkosten für die Ausbildung einer so großen Anzahl von Lehrlingen zu tragen. Es müßte also ein Weg gefunden werden, gerade diese Schulen, die bestehen und über einen so ausgezeichneten Ruf verfügen, für die weitere Zukunft zu erhalten. Wir können es uns nicht erlauben, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir in der Frage der Facharbeiterausbildung in einigen Jahren unter Umständen auf einen Stand kommen wie der Balkan, wie Balkanstaaten, die man heute als solche noch ansprechen kann. Denn in einigen Jahren werden diese uns unter Umständen überrunden, wenn wir dezimieren und die anderen aufbauen. Wir müssen also trachten, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch hier entsprechende Hilfe und Unterstützung diesen Unternehmen für diese ausgezeichneten Fachschulen zu gewähren.

Ich richte daher den Appell und die Bitte, man möge doch trachten, wenigstens in Donawitz, wo man sowieso schon einen Arbeitskräfteverfall laufend hat, wenigstens die Lehrlingszahl zu erhalten und den Facharbeiternachwuchs zu fördern. Denn jetzt sind nur mehr 124 Lehrlinge da und heuer haben sich in Donawitz 72 Lehrlinge gemeldet trotz des Lehrlingsmangels, weil diese Schule einen so guten Ruf genießt oder besser gesagt, 72 hätten die Voraussetzungen zur Aufnahme in die Schule mitgebracht und aufgenommen wurden nur mehr 32.

Ich möchte also hier im Hohen Haus doch auch vorschlagen oder die Empfehlung einbringen, nachdem ja der Posten für gewerbliche und kaufmännische Berufsschulen von 38,4 auf 41,3 Millionen Schilling erhöht wurde, vielleicht einen entsprechenden Betrag auch zur Weiterführung zumindest der Werksschule in Donawitz zur Verfügung zu stellen. Würden wir dies tun, würden wir nicht nur dem Werk Donawitz, sondern auch der obersteirischen Jugend eine ausgezeichnete fachliche Bildungsstätte erhalten. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Scheer das Wort. Nächster Redner ist Herr Abg. Burger.

**Abg. Scheer:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn es ein Kapitel gibt, wo ich mit allen Abgeordneten übereinstimme, dann ist es das Kapitel Schulwesen. Immer wieder im Laufe der Jahre haben sich namhafte Schulmänner des Hauses zu diesem Kapitel gemeldet. Ich stelle fest, daß ich mich ganz kurz fassen und wesentliche Dinge herausgreifen möchte. Etwas möchte ich zum polytechnischen Lehrgang sagen. Es ist zweifellos festzustellen und wir haben uns alle zu diesen Fragen des polytechnischen Lehrganges bisher positiv ausgesprochen, daß der Versuch des polytechnischen Lehrganges zeigt, daß er zu wenig überlegt gewesen ist und etwas zu früh ins Leben gerufen wurde, ohne daß die entsprechenden Vorbereitungen getroffen wurden.

Es erweisen sich viele Mißstände. Die Abgänger sowohl des 1. und 2. Klassenzuges der Hauptschulen, als auch der Volks- und Sonderschulen kommen mit dem 14. Lebensjahr in diesen polytechnischen Lehrgang, was eine Nivellierung desselben nach unten bedeutet. Es ist daher auch schon spürbar, daß die Eltern der 14jährigen alle möglichen Versuche unternehmen, um ihre Kinder nicht in den polytechnischen Lehrgang schicken zu müssen. Man nimmt den Ausweg über Schulen mit Öffentlichkeitsrecht, Maschinschreibschulen und dergleichen. Man läßt die Kinder dort einschreiben, um dem polytechnischen Jahr entgegen zu können. Eine Reform des polytechnischen Lehrganges ist durchaus notwendig und ich stimme mit dem Kollegen Heidinger überein in der Frage, daß wirklich ein Ausweg aus dieser Misere gefunden werden muß, daß man die polytechnischen Lehrgänge in einer Schule zusammenfaßt. Man sollte in einem Schulhaus drei, vier oder fünf polytechnische Lehrgangsklassen schaffen und die Kinder darnach zusammenfassen, ob sie aus dem 1. oder 2. Klassenzug einer Hauptschule, von einer Volks- oder Sonderschule kommen und sie dann entsprechend unterrichten.

Es erhebt sich die Frage, ob man nicht jetzt einem Halt entgegengehen soll und die polytechnischen Lehrgänge auf neue Füße stellt, bis man diese besonderen Übelstände abstellt.

Als nächstes möchte ich auf ein Thema eingehen, das zweifellos ein heißes Eisen für alle Beteiligten darstellt. Es ist die Frage, wie weit man mit der sexuellen Aufklärung in den Schulen gehen soll. In anderen Staaten ist man daran gegangen, diese Aufklärung auch in die Lehrpläne aufzunehmen, ja selbst die Lehrer in dieser Weise zu unterrichten. Wir wissen alle, daß mehr als je zuvor auf die Kinder, für sie zum Teil auf unverständliche Weise, sexuelle negative Aufklärung, sei es durch Filme, Zeitschriften und dergleichen einströmt, wobei sie diesen Dingen vollkommen hilflos und mißverstehend gegenüberstehen. Auswüchse in der Hinsicht, wie z. B. Rauschgiftübertreibungen usw. haben wir in anderen Staaten bisher verfolgen können. Es ist nur die Frage, wie lange es dauert, bis es bei uns dazu kommt. Es ist wirklich zu sagen, es ist höchste Eisenbahn, daß man dieses heiße Eisen von der Schulbehörde und anderen Institutionen aus anpackt und den Versuch unternimmt, in dieser Weise etwas Abhilfe zu schaffen, bevor es ganz zu spät ist.

Das Dritte, was ich anziehen möchte, ist die Frage des Benehmens der ausländischen Studenten an unseren Hochschulen. Wir beobachten, daß im vermehrten Maße unsere Straßen und Plätze von den ausländischen Studenten dazu benützt werden, um innenpolitische Dinge ihrer Heimat auf unserem Staatsgebiet auszutragen. Ich erinnere an die Studentendemonstrationen anlässlich des Schahbesuches durch die persischen Studenten oder an die Demonstrationen der griechischen Studenten usw. Es soll die Demokratie in unserem Staat nicht so weit mißbraucht werden, daß diese Studenten, die in ihren Ländern noch weit hinter dem Mondschein sind

nach unserer Auffassung, in unserem Land auf den Straßen Demonstrationen veranstalten, die, wie wir wissen, manchmal ein Ende nehmen können, das weder von unseren Behörden gewollt ist, noch daß sie in der Lage sind, dieses zu verhindern. Es wäre daher angetan von unserer Seite aus, sowohl von der Bundesregierung als auch von der Landesregierung aus etwas zu unternehmen, daß solche Übergriffe unterbunden werden, weil wir glauben, daß das nicht der richtige Ort ist für diese Studenten, um sich in ihrer Meinung auszulassen. Notabene, wo wir wissen, daß sie in ihren eigenen Ländern oft kaum in der Lage wären, auch nur ein Minimum dessen aufzuführen, was sie glauben uns antun zu müssen.

Das war mein kurzer Beitrag zur Schulfrage. (Beifall.)

**Präsident:** Herr Abg. Burger hat das Wort. Als nächster Redner ist die Frau Abg. Jamnegg zu Wort gemeldet.

**Abg. Burger:** Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte, wie bereits vor zwei Jahren, mich mit unserem Lehrlingsproblem auch heuer wieder befassen. Das heißt, ich wende mich somit dem Unterabschnitt 292 zu; jenem Abschnitt, der im Voranschlag 1968 von 3,840.000 Schilling auf 3,540.000 Schilling gekürzt worden ist. Das ist somit ein Betrag von 300.000 Schilling, welcher unseren jungen Freunden bzw. ihren Eltern oder Erziehungsberechtigten sicherlich abgehen wird. Ich befasse mich persönlich gerne mit den Fragen der Berufserlernung, weil ich als Betriebsrat der Hütte Donawitz täglich den Unterschied sehe zwischen dem gelernten Facharbeiter und jenen, die zeitweilig sich in den untersten Lohnstufen eines Hilfsarbeiters bewegen. Es ist geradezu ein sozialpolitisches Problem, ob die Kinder nach dem Besuch der Pflichtschule angehalten werden, einen Beruf zu erlernen oder nicht. In vielen Fällen sind den Kindern, welche die Pflichtschule verlassen, materielle Güter wichtiger, als die Erlernung eines Berufes. Leider führen solche Fälle vielfach zur Jugendkriminalität. Es ist daher von ganz besonderer Bedeutung, daß bereits vom Elternhaus aus die Frage der Berufserlernung mit den Kindern abgesprochen wird. Natürlich mit dem Wahrheitsgrundsatz, daß Lehrjahre keine Herrenjahre sind. Es ist aber immerhin besser, einige Jahre den Anforderungen des Lehrherrn oder Lehrmeisters zu entsprechen, als ein Leben lang als Hilfsarbeiter untertan sein zu müssen. Da unsere Jugend das nicht wissen kann, müssen diese schöne Aufgabe zur Lernbereitschaft die Eltern in erster Linie und der Lehrkörper in den Schulen in zweiter Linie übernehmen. Die Lehrjahre von heute sind unter keinen Umständen mehr mit jener Zeit um die Jahrhundertwende zu vergleichen. Die Lehrlinge von heute genießen ihren besonderen gesetzlichen Schutz und haben ihre vertraglichen und sozialen Rechte. Neben einem bescheidenen Taschengeldbetrag genießt der Lehrling seine Freizeit und hat seinen gesetzlichen Urlaub. Die Jugendschutzbe-

stimmungen sind in vieler Hinsicht eine echte Stütze seiner Lehrjahre. Diese mehr als erfreuliche Tatsache scheint sich neben den übrigen Förderungen für die Lehrlinge, sei es durch Zuschüsse bei privaten Kostplätzen oder für die Unterbringung in den Lehrlingsheimen, für die gesamte Wirtschaft günstig auszuwirken.

Bis zum Jahre 1965 war eine ständige Zunahme von Lernfreudigen aller Sektionen zu verzeichnen. Nur 1966 ist in allen Sektionen ein empfindlicher Rückgang zu verzeichnen gewesen, während 1965 ein Höchststand von 27.625 Lehrlingen registriert worden ist. Sicherlich ist das polytechnische Schuljahr die Ursache dieses rapiden Abfalles. Ich darf daher einige Vergleichsziffern, meine sehr verehrten Damen und Herren zitieren:

In der Sektion Gewerbe haben 1965 15.908 Lehrlinge gelernt, während 1966 eine Abnahme von 3.025 Lehrlingen oder 19,2 Prozent zu verzeichnen war. In der Sektion Industrie lernten 1965 4.051 Lehrlinge, während eine Abnahme im Jahre 1966 um 515 oder 13,58 Prozent zu verzeichnen ist. Besonders kraß ist die Abnahme im Fremdenverkehr, wo 1965 1.412 und im Jahre 1966 eine Abnahme von 210 Lehrlingen, d. h. um 14,87 Prozent zu verzeichnen ist. Insgesamt lernten, wie schon erwähnt, 1965 27.625 Lehrlinge, während im Jahre 1966 eine Gesamtabnahme von 5.234 oder von 18,95 Prozent zu verzeichnen war.

Vergleiche ich aber die letzten neun Jahre, so ist die erfreuliche Feststellung zu machen, daß seit dem Jahre 1957 in der Steiermark 250.113 Lehrlinge mit Erfolg freigesprochen worden sind. Diese jährlich ständig steigende Zahl erfordert selbstverständlich eine Erhöhung der Kreditmittel für die Beihilfen zur Erlangung privater Kostplätze oder für sonstige Beihilfen an bedürftige Lehrlinge. Ich erlaube mir, die in fünf Jahren dafür ausgegebenen Summen zu zitieren:

1962 wurden für unsere Lehrlinge 632.970 Schilling ausgegeben. Im Jahre 1963 ist diese Summe gestiegen auf 779.470 Schilling, 1964 stieg diese Summe neuerlich an auf 1.032.000 Schilling, 1965 stieg diese Beihilfensumme neuerdings rapid an auf 2.301.000 Schilling, 1966 auf 2.400.000 Schilling. 1967 ist derzeit bereits ein Betrag registriert von 2.373.000 Schilling, obgleich dieses Jahr noch nicht zur Gänze abgerechnet worden ist.

So hat die steirische Landesregierung für unsere bedürftigen Lehrlinge in den letzten fünf Jahren einen Betrag von 9.507.940 Schilling ausgegeben. Diese Geldanlage ist wohl eine der sinnvollsten Investitionen überhaupt.

Wer für den Nachwuchs seiner Wirtschaft sorgt, sichert die Zukunft und den Wohlstand für uns alle. (Beifall.)

**Präsident Dr. Kaan:** Als nächste Rednerin hat die Frau Abg. Jamnegg das Wort. Der nächste Redner ist Herr Prof. Dr. Moser.

**Abg. Jamnegg:** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich ganz

kurz fassen. Es liegt mir daran, auf einen Resolutionsantrag hinzuweisen, den wir zu dieser Gruppe eingebracht haben und dem auch die Sozialistische Fraktion beigetreten ist. In diesem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, an den Landesberufsschulen den Turn- und Sport-Unterricht einzuführen und wir beantragen damit gleichzeitig auch, durch Errichtung von Sportplätzen und sportlichen Einrichtungen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Lehrlinge auch in ihrer Freizeit sich sportlich betätigen können.

Ich hoffe, daß dieser Antrag kein platonischer Antrag bleiben wird. Denn ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten alles tun, was mit dazu beitragen kann, die sportliche Betätigung der Jugend zu fördern. Ich bin der Meinung, und Sie werden mit mir da wahrscheinlich übereinstimmen, daß der Mangel an Bewegung heute im Zeitalter der Motorisierung eigentlich schon eine recht bedenkliche Erscheinung ist. Das ist sicher nicht zuletzt auch die Ursache dafür, daß die Zahl der Kinder und Jugendlichen, bei welchen schwere Haltungsschäden und Fußleiden festgestellt werden, immer mehr im Anwachsen ist. Deutlich zeigt sich das — und ich habe vor Kurzem darüber eine Studie gelesen — beim Rekrutierungsergebnis des österr. Bundesheeres, das für das Jahr 1966 nahezu 19 Prozent der Jungmänner als untauglich oder nur als bedingt tauglich auswies, wobei auch hier Haltungsfehler und Fußleiden eine maßgebliche Rolle spielen.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, man darf diese Dinge nicht leicht nehmen. Hier geht es schließlich um die Volksgesundheit und alle Bemühungen, diesen Erscheinungen entgegenzuwirken, sollten, so meine ich, wirksam unterstützt werden.

Es wäre eine Maßnahme durch die Einführung des obligaten Turn- und Sport-Unterrichtes an den Landesberufsschulen, die hier mithelfen könnte, die Dinge zu verbessern. Immerhin sind es derzeit in Österreich 150.000 Lehrlinge, die keinen geregelten Turn- und Sport-Unterricht haben.

Ich darf daher die Hohe Landesregierung ersuchen und bitten, für eine baldige Realisierung dieses, wie ich glaube, sehr wichtigen Antrages Sorge zu tragen. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile nunmehr Herrn Abg. Prof. Dr. Moser das Wort.

**Abg. Prof. Dr. Moser:** Sehr geehrte Damen und Herren! Schon damit die Lehrer bei ihrem ureigenen Kapitel zahlenmäßig nicht in der Minderheit bleiben, gestatten Sie mir noch einen kurzen Beitrag. Vielleicht gelingt es mir, Ihre Aufmerksamkeit so zwischen den Zeitungszeilen noch auf das Kapitel der Bildstellen zu lenken. Dort sind die Ausgaben für das Personal und für die Verwaltung der Landesbildstelle und der Bezirksbildstellen veranschlagt. Sie wissen, meine Damen und Herren, die audiovisuellen Hilfsmittel, das Tonbandgerät, die Schmaffilme usw. Es ist unmöglich, daß die Schulerhalter

das alles für ihre eigenen Schulen anschaffen können. Die Bildstellen leisten daher eine große Hilfsstellung für die Schulerhalter, indem sie leihweise diese Geräte, diese wertvollen Hilfsmittel, den Schulen anbieten.

Nun ist durch das Auslaufen des Unterrichtsfilm-Schillings im Jahre 1962 eine finanzielle Lücke entstanden. Es konnten keine Mittel mehr nachgeschafft werden. Es entstand ein Notstand dieser Stellen, der dringend einer Abhilfe bedurfte. Die Steiermärkische Landesregierung hat daher nach einem Antrag des Landtages in dankenswerter Weise einen Nachholbedarf festgestellt und im außerordentlichen Budget einen Betrag von 1.4 Millionen Schilling für die moderne Ausrüstung der Bildstellen eingesetzt, wovon immerhin 400.000 Schilling in diesem Budget bedeckt sind.

Nun gestatten Sie noch ein paar ganz kurze grundsätzliche Bemerkungen dazu, weil jemand sagt, wozu brauchen wir das Bilderschauen? Ist das nicht zuviel Geld dafür?

Die abendländische Bildung hat sich in den letzten Jahrhunderten fast ausschließlich auf das Buch gestützt und noch in unserer Jugend waren die Bücher nahezu die einzige Quelle der Bildung. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die Eltern und Lehrer heute noch auf die Buchweisheit pochen, obwohl das optische Zeitalter längst angebrochen ist. Lassen Sie mich das im Detail auf Grund einer Statistik beleuchten.

In den Vereinigten Staaten erleben 4/5 aller Kinder bevor sie noch buchstabieren können, täglich etwa ein bis zwei Stunden das Geschehen auf dem Fernsehschirm. Bei uns ist das nicht so ausgeprägt, aber es wird auch kommen. Die Kinder kommen daher mit einem Bildungsgut in die Schule, das völlig verändert ist gegenüber der Zeit vor 10 oder 20 Jahren. Daraus muß die Schule ihre Konsequenzen ziehen. Die Unterrichtsmethode muß sich darauf einstellen. Wenn man bedenkt, daß das Fernsehen im 13. Lebensjahr einen Höhepunkt erreicht und auch der Kinobesuch schon einsetzt, dann wird man sich nicht wundern, wenn diese Massenmedien einen großen Einfluß auf das Familienleben und auf die Schule ausüben. Das Negativste ist der wahllose Konsum. Damit entsteht eine Übersättigung, falsche Leitbilder, ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit, eine ständige Angst etwas zu versäumen. Schließlich betäuben sich die jungen Menschen und kommen in jenen Sexstrudel hinein, aus dem sie später enttäuscht erwachen. Nicht über sich selbst enttäuscht, sondern über die Gesellschaft und sie wenden sich jenen komischen Vereinigungen zu, die unter verschiedenen Namen bekannt sind: Gammler, Hippie usw.

Es ist daher notwendig, frühzeitig zu einer geistigen Auseinandersetzung mit den Massenmedien zu kommen. Die Demokratie braucht denkende Menschen. Die Film- und Fernsehziehung in der Schule soll dazu eine Grundlage legen. Dazu brauchen wir in der Schule die nötigen Lehrmittel, die ja erst einen modernen und zeitnahen Unterricht ermöglichen. Vor kurzem tagte in Wien die internationale Tagung — Gemeinschaft für den Unterrichtsfilm — aus

allen Ländern beschickt und dort wurde die einstimmige Forderung erhoben, Integration der visuellen Medien im Klassenzimmer. Unser Unterrichtsminister hat dazu seine Zustimmung gegeben und gesagt, Österreich müsse als ein Gründungsland dieser Gemeinschaft beispielgebend vorangehen.

Dann muß ich hier die Forderung anmelden an die Schulerhalter, an das Land und an den Bund, daß es keinen Schulneubau mehr geben darf, in dem nicht die Voraussetzungen für Film, Bild und Tonband geschaffen werden. Es kommt im wesentlichen auf die Verdunkelungsmöglichkeiten an. Die Schulgesetze verlangen diese Bildung. Wir müssen die Jugend in die neue Sprache des bereicherten Bildes einführen in eigenen spezifischen künstlerischen Ausdrucksmitteln. Die Bewältigung der Macht, der suggestiven Wirkung der Massenmedien ist nicht auf die Schulen allein abzuladen. Es ist daher besonders anzuerkennen, daß sich die meisten Bildungsinstitutionen diesem Anliegen heute widmen. Die Kammern, die Gewerkschaften, die Volkshochschulen, die Kirchen, das Landesjugendreferat, die Aktion „Der gute Film“ haben dasselbe Ziel: Bildung durch Einsatz der modernen Medien und Erziehung zum richtigen Gebrauch dieser Massenmedien.

Die Unesco, damit komme ich zum Schluß, hat beschlossen, ein erstes Weltinstitut unter dem Titel „Internationales audiovisuelles Institut für Musik, Tanz und Theater“ zu errichten. Es ist der Erfolg unseres Unterrichtsministers, daß dieses Institut in Wien ab 1969 seine Tätigkeit aufnehmen wird. Es sollen dort mit wissenschaftlicher Gründlichkeit Film, Rundfunk und Fernsehen konsequent erforscht und eine Verbindung zwischen Künstlern und audiovisuellen Mitteln hergestellt werden. Es wird nicht nur ein internationaler Begegnungsort der Kunstschaffenden sein, sondern auch ein Lernzentrum für uns alle, die wir uns in diesem Land mit den Massenmedien beschäftigen. In diesem großen Rahmen gesehen, meine Damen und Herren, kommt die Initiative der Landesregierung gerade richtig, unsere Landesbildstelle auszubauen. Von den modernen Mitteln mögen die Lehrer, Jugendführer und Volksbildner reichen Gebrauch machen.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Berichterstatter Abg. Johann Pabst:** Ich verzichte darauf und darf um die Abstimmung bitten.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 2 ist angenommen.

Wir kommen zur

### Gruppe 3: Kulturwesen

Berichterstatter ist Abg. Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ritzinger:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Gruppe 3, Kulturwesen, weist sechs Abschnitte und 14 Unterabschnitte auf. Die Einnahmen nur für diese Gruppe sind im Landesvoranschlag 1968 mit 3.186.200 Schilling, das sind um 895.200 Schilling mehr als 1967, präliminiert. Die Ausgaben wurden mit 73.696.000 Schilling angesetzt, das sind um 6.794.700 Schilling mehr als 1967. In den einzelnen Unterabschnitten beträgt das Mehr bzw. das Weniger zu den Ausgaben 1967 wie folgt:

|                                |                 |
|--------------------------------|-----------------|
| Museen                         | + S 2.557.600.— |
| Bibliotheken                   | + S 153.200.—   |
| Sonstige Wissenschaftspflege   | — S 83.000.—    |
| Kunstschulen                   | gleich wie 1967 |
| Theater- und Bühnenwesen       | + S 1.680.700.— |
| Pflichtschulen und Musikpflege | + S 2.339.200.— |
| Sonstige Kunstpflege           | — S 577.000.—   |
| Einrichtungen der Volksbildung | + S 881.200.—   |
| Sonstige Volksbildung          | — S 400.000.—   |
| Denkmalpflege                  | + S 29.700.—    |
| Naturschutz                    | + S 45.000.—    |
| Sonstige Heimatpflege          | gleich wie 1967 |
| Archiv                         | + S 168.100.—   |
| Rundfunk und Filmwesen         | gleich wie 1967 |

Hohes Haus! Diese Zahlen geben ein stolzes Zeugnis über die großzügige Kulturförderung unseres Landes. Der Bogen dieser Förderung reicht von den Museen, Bibliotheken, Musikschulen, Volksbildung, Denkmalpflege, Naturschutz und Heimatpflege bis in viele andere kulturelle Bereiche. Ganz besonders muß für das kommende Jahr herausgestrichen werden, daß das Land Steiermark wieder eine große Ausstellung unter dem Titel „Der Berg- und Hüttenmann“ plant, für welche im Voranschlag Vorsorge getroffen wurde. Mit dieser großen Ausstellung soll der Reigen der Landesausstellungen, welcher im Jahre 1966 mit der Ausstellung „Der steirische Bauer“ begonnen wurde, fortgesetzt werden. Diese neue Landesausstellung wird sicher wieder das breite Interesse unserer steirischen Bevölkerung und darüber hinaus finden.

Der Finanz-Ausschuß hat die Gruppe 3 eingehend und gewissenhaft beraten und ich stelle namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, dieser Gruppe die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Es ist 22 Uhr. Gemäß Beschluß der Obmännerkonferenz unterbreche ich jetzt die Sitzung. Sie wird morgen um 8.30 Uhr fortgesetzt.

Unterbrechung der Sitzung: 22 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 8.30 Uhr.

**Präsident:** Hohes Haus! Ich nehme die gestern unterbrochene Sitzung hiermit wieder auf. Wir fahren fort in der Beratung der Gruppe 3 „Kulturwesen.“ Als erster Redner hat sich Herr Dipl.-Ing. Schaller zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Schaller:** Hohes Haus! Herr Präsident! Es wird gerne gesagt, daß der Voranschlag das Einmaleins des Politikers sei. Dies gilt zweifellos auch für die Gruppe 3, wenn es

sich um die Kulturpolitik des Landes handelt. Schon die Abschnittsbezeichnungen im Landesvoranschlag machen dies offenkundig. Interessant ist nun, wenn man das Budget ein wenig durchleuchtet, die Aufteilung der Mittel innerhalb der Gruppe 3.

Die drei größten Ausgabenposten sind der Zuschuß des Landes an die Vereinigten Bühnen mit 17,5 Millionen Schilling, die Erhaltung der Museen mit 14,2 Millionen Schilling und der Zuschuß an das Grazer Philharmonische Orchester mit insgesamt 4,2 Millionen Schilling.

Diese drei genannten Posten zusammen machen mit 36 Millionen Schilling fast genau die Hälfte der Ausgaben der Gruppe 3 aus. Hier liegt also der Schwerpunkt der kulturellen Förderung im Land. Das ist auch gut verständlich, wenn man bedenkt, daß es sich bei Theater, Oper, Orchester und Museen geradezu um klassische Kulturinstitute handelt und Österreich nicht zuletzt durch die dort vermittelten Kulturgüter in aller Welt berühmt geworden ist. Es ist daher sehr wohl überlegt und gut begründet, wenn das Land Steiermark mit seiner Kulturförderung gerade diese Einrichtungen, die auch anderwärts einen sehr guten Namen haben, kräftig und nachhaltig fördert. Gerade die Pflege und die Erhaltung der großen Werke vergangener Kulturepochen, ihre würdevolle Darbietung und der schöpferische Nachvollzug in der Wiedergabe sind ohne jede Einschränkung eine ehrenvolle und verpflichtende Aufgabe, zu der wir uns jederzeit gerne bekennen. Mit diesem Bekenntnis, das seinen Niederschlag auch im Haushaltsvoranschlag gefunden hat, sagen wir auch ein klares und deutliches Ja zur Geschichtlichkeit unserer Kultur, zur Tradition, zum Reichtum, der uns geschenkt wurde und den wir an die nach uns Kommenden weiterzugeben haben.

Wir haben eine große Tradition und unser heutiges geistiges Selbstverständnis ist ohne diese Tradition sicherlich nicht denkbar. Tradition ist freilich nicht nur ein Zustand, sondern auch eine Aufgabe. Wird das Überlieferte nur starr weitergegeben oder nur in einem ungenügenden Maße neu belebt, so ist es andauernd in Gefahr verabsolutiert zu werden, zur Ideologie, zum Wertmaßstab zu werden, und dadurch zu einem geistigen Stillstand zu führen.

In ganz besonderer Weise gilt dies sicherlich für den geistig kulturellen Raum und das in einer Gesellschaft, die in allen übrigen Bereichen ihrem Wesen nach als ausgesprochen dynamisch anzusprechen ist. Man sagt dem Österreicher ganz gerne nach, daß er dazu neige, bewährten und bekannten Strukturen den Vorzug zu geben, dem Risiko, dem Wagnis, dem Experiment aber lieber aus dem Weg zu gehen. Ich weiß nicht, ob diese Grundeinstellung tatsächlich vorhanden ist. Im Kulturgeschehen meint man sie nicht selten vorzufinden. In den Programmen und Spielplänen mancher unserer renommierten Häuser scheint sie allenfalls ihren Niederschlag gefunden zu haben.

Dem Theater als Experiment, als aktuelle, moralische Anstalt, um einen Begriff Schillers zu verwenden, als Ort kritischer Auseinander-

setzung mit dem Geist oder dem Ungeist seiner Zeit, begegnet man heute am ehesten noch im Studenten- oder Keller-Theater. Fast zu mächtig und vielfältig ist all das, was uns als kulturelles Erbe aufgetragen ist. Zu sehr scheinen wir manchmal der Überlieferung verpflichtet zu sein, was es uns schwer macht, mit gleicher Kraft und Aufmerksamkeit uns dem schöpferischen Heute und Morgen zuzuwenden. Gerade unser diesbezügliches Image, das, was die anderen über uns denken, sollte uns manchmal nachdenklich stimmen.

Glänzende Festspiele, Staatsoper, Philharmoniker und manches andere mögen uns nicht darüber hinwegtrösten, daß wir im Ausland vielfach nur mehr als eine historische Kulturnation gelten. Wenn wir hier im Hohen Haus zur Förderung der Kultureinrichtungen sprechen, so kann man wohl nicht gut umhin, auch zu einzelnen Vorgängen im Lande und auch zum zeitgenössischen Kulturschaffen Stellung zu nehmen. Es ist ja nicht so, daß es nicht auch bei uns eine Entwicklung gäbe. Es fehlt nicht an kräftigen Lebenszeichen, an jungen und sehr eigenwilligen Talenten. Sie sind auch bei uns da. Aber sie sind nicht immer sehr bequem, verbindlich und gefällig. Nicht selten sind sie unzugänglich, hart im Ausdruck, kritisch, provokant. Ihre Werke sind mitunter sehr schwer verständlich, von schockierender Offenheit und erschreckendem Realismus.

Aber was wollen wir? Was erwarten wir eigentlich von ihnen? Beschauliche, harmonische Werke in einer Zeit, in der Welten und Ideologien zusammengebrochen sind und die Barbarei und die Unmenschlichkeit zweier Weltkriege das Menschenbild bis in die Grundfesten hinein erschüttert haben? Echte und wahre Kunst ist nie sehr bequem, weil sie immer die Schwächen und menschlichen Unzulänglichkeiten der Zeitgenossen, des Einzelnen wie auch der Gesellschaft radikal und rückhaltslos aufdeckt. Und es ist auch sicherlich kein Zufall, daß sich Diktaturen und Gewaltherrschaften, ob rechts oder links, in einem immer einig waren, in der Ablehnung und Unterdrückung der jeweils zeitgenössischen Kunst und des kritischen Geistes.

In unseren Tagen ist nun einmal einiges in Bewegung geraten. Diejenigen, die in Freiheit leben, wollen sie wegwerfen. Die Studenten gehen auf die Straße, Jugendliche brechen die Konventionen und suchen ihren eigenen Stil. Intellektuelle und Künstler scheinen außerhalb der Gesellschaft zu stehen. Das Gespräch mit ihnen ist sehr schwierig geworden. Woran liegt es? Liegt es an der Gesellschaft, am „establishment“, wie es heute gerne mit einem Modewort ausgedrückt wird, fehlt es an gutem Willen, fehlt es auch vielleicht an der nötigen Toleranz hüben und drüben? Fehlt es, um wieder auf die Künstler zurückzukommen, manchmal auch an Mut, diesen einen entsprechenden Bewegungsraum zu lassen, weil man befürchtet und befürchten muß, sich dadurch gegen manche Vorurteile stellen zu müssen? Wo es aber dennoch geschieht — und auch solche gibt es in diesem Lande — geraten die betroffenen Künstler und auch Förderer in

Gefahr, als kulturfeindlich, zerstörerisch, ja sogar zersetzend angesehen zu werden.

In der Zwischenzeit ist man aber im Ausland längst auf diese Kräfte aufmerksam geworden, ihre Werke werden an den bekanntesten Bühnen aufgeführt, in großen und bedeutenden Verlagen verlegt und sie selbst zu angesehenen, internationalen Ausstellungen eingeladen. Ein typisches Beispiel hierfür sind einige junge Literaten, die unter dem Namen „Grazer Gruppe“ im gesamten deutschen Sprachraum längst beachtet, im deutschen Rundfunk kommentiert und von den interessantesten Literaturkritikern besprochen werden. Peter Handke, der Autor von „Publikumsbeschimpfungen“ ist bereits vor Jahren in Frankfurt gespielt worden und steht heute am Spielplan großer und bedeutender Bühnen des Auslandes. Zur Zeit gastiert er in Zürich mit einem Handke Becket-Abend und feiert dort Erfolge. Drei seiner Bände sind bereits jetzt im sehr bekannten und angesehenen Verlag Surkamp erschienen, wie auch Werke weiterer Autoren dieser Gruppe, um nur etwa Barbara Frischmut zu nennen.

Die steirische Kulturpolitik hat sich diesen Entwicklungen keineswegs verschlossen. Sie hat derartige Initiativen immer wieder gefördert und entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt. So sind im heurigen Voranschlag 100.000 Schilling für das Forum Stadtpark enthalten. Aber gerade diese aufgeschlossene Haltung ist oftmals kritisiert und den Verantwortlichen vorgehalten worden. Sicherlich, die Kulturpolitik steht in einer solchen Situation vor einer schwierigen Aufgabe. Von der öffentlichen Hand wird erwartet, daß sie als staatlicher Mäzen das geistige und kulturelle Schaffen unterstütze. Es wird aber ebenso von ihr erwartet, daß sie die Kunst und den Künstler nicht beeinflusst und ihm keine Vorschreibungen macht. Enthält sie sich dieser Einflußnahme, so wird ihr das wiederum vorgeworfen. Dennoch, es ist nicht Aufgabe der Kulturpolitik, eine Richtung zu fördern, sondern einzelnen Künstlern in ihrer Begabung zur Entwicklung zu verhelfen.

Eine völlige Neutralität wird es aber nie geben können. Es wäre ein Fehler, die mit Recht geübte Enthaltung jedweder Einflußnahme etwa mit Gleichgültigkeit gegenüber der Entwicklung des schöpferischen Schaffens gleichzusetzen. Ein waches Interesse der Politik an der Kunst ist notwendig, wie umgekehrt auch der künstlerischen Aussage sehr wohl ein gesellschaftliches Moment zugrunde liegt. Förderung bedeutet im gewissen Sinne Stellungnahme und wird daher immer wieder zum Widerspruch herausfordern. Etwas zu vertreten, was allgemein anerkannt und unbestritten ist, ist nicht allzu schwierig. Aber gerade die Künstler finden die allgemeine Anerkennung meist erst dann, wenn sie unter der Erde liegen. Die tief empfundenen Nachrufe der Überlebenden helfen ihnen nichts mehr. Bei ihren Zeitgenossen jedoch stoßen sie auf Verständnislosigkeit und Ablehnung. Sie dennoch zu fördern, sich hinter manche Entwicklung zu stellen und derartige Entscheidungen auch in der Öffentlichkeit zu vertreten, dazu braucht es

einigen persönlichen Mutes. Jedenfalls mehr Mutes, als im Namen des Volkes und seines sogenannten gesunden Empfindens gegen die Moderne aufzutreten. (Abg. Heidinger: „Aber alles muß man sich nicht unbedingt gefallen lassen!“)

Das habe ich nicht gesagt. Die Versuchung in solcher Weise Politik zu machen, ist jedenfalls sehr groß; vor allem dann, wenn sich das beim einfachen Mann so gut anhört. (Abg. Heidinger: „Ich spreche nicht im Namen des Volkes, aber ich bin trotzdem dagegen!“)

Das wird niemand bestreiten.

Die Versuchung, damit Politik zu machen, ist sehr groß, vor allem, wenn man der Bevölkerung vorrechnen kann, was man alles mit dem Geld machen hätte können. Man hätte in jedem Fall auch etwas anderes damit anfangen können.

Wie dem immer auch sei, es gibt keinen Weg zurück in die Vergangenheit. Wir haben uns der Zeit und den Umständen zu stellen und wir sollen unseren eigenen Raum nicht abschirmen und der Auseinandersetzung nicht ausweichen. Wenn wir heute auch anderswo wiederum gehört werden und Graz aus seiner kulturellen Mittelmäßigkeit herauszuwachsen beginnt, dann sind es gerade diese nicht selten kritischen Initiativen und Aktivitäten, dann ist es die Steirische Akademie, dann ist es Trigon, Forum Stadtpark und nunmehr auch der Steirische Herbst mit allen seinen Veranstaltungen. Gerade diese Aktivitäten werden im Ausland aufmerksam registriert, vielleicht aufmerksamer als hier. Es ist nicht zuletzt das Verdienst einer sehr aufgeschlossenen, fortschrittlichen, steirischen Kulturpolitik, die dies alles erst möglich gemacht hat.

Hohes Haus! Die Fronten sind in Bewegung geraten. Es beginnen sich die Fixierungen zu lösen und es wird heute offen diskutiert. Ich glaube, das ist ein großer Fortschritt. Freilich, die Diskussionen werden manchmal auch sehr lebhaft geführt.

Aber gerade Trigon hat das Gespräch außerordentlich angeregt. Kaum jemals zuvor ist in der Öffentlichkeit so leidenschaftlich über Kunst diskutiert worden. Trigon hat mit seinem Versuch der Begegnung, der Auseinandersetzung mit dem Umraum ein starkes Echo gefunden. Ohne sich deshalb mit allem identifizieren zu wollen, Herr Abg. Heidinger. Ohne sich mit allem zu identifizieren, was dort gezeigt, gesagt oder getan worden ist, so muß man grundsätzlich die Idee als solche gut-heißen.

(Abg. Heidinger: „Die Idee ja!“ — Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: „Aber man darf schon dagegen sein?“) Selbstverständlich. Aber es wäre sicherlich unrichtig, den Künstlern deshalb von vornherein jede Ernsthaftigkeit ihres Bemühens abprechen zu wollen, wie das häufig geschehen ist, nur weil man mit ihren Exponenten persönlich nichts anzufangen wußte. Es ist übrigens nicht untypisch, daß viele, die diese Ausstellung so heftig abgelehnt haben, dieselbe nie gesehen haben.

Trigon ist nur ein, wenn auch sehr ausgepräg-

tes Beispiel für das, was letztlich hinter all diesem Bemühen steht und auch das Grundanliegen des so erfolgreichen Steirischen Herbstes ist; nämlich der Wille, sich im eigenen Land, jetzt und heute, mit den geistigen und künstlerischen Impulsen auseinanderzusetzen, die Vorgänge rundum mitzuverfolgen und zu gestalten, das Gespräch mit dem Nachbarn gleichsam über die Zäune hinweg zu suchen und zu führen, auch und gerade weil uns noch Welten von ihm trennen, den geistigen Provinzialismus und jede kulturelle Verengung zu bekämpfen, wo man ihr begegnet. Dies alles geschieht in einer sinnvollen Hineinnahme geistiger Linien, die in der Geschichte dieses Landes und damit in einer verpflichtenden Tradition vorgezeichnet sind. In dieser Integration gewinnt die steirische Kulturpolitik ihr eigenes Profil. Wir sind fest davon überzeugt, daß der eingeschlagene Weg richtig ist, und auch die volle Zustimmung aller Wachen im Land findet.

Hohes Haus! Lassen Sie mich abschließend zu zwei Abschnitten der Gruppe drei Stellung nehmen, wenngleich der Gegenstand der Behandlung nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem vorher Gesagten steht. Es sind dies die Unterabschnitte 354 (Denkmalpflege) und 355 (Naturschutz). Sie berühren, wenngleich in einer gänzlich neuen Sicht, ein zentrales Anliegen der steirischen Kultur; nämlich jenes der Erhaltung und der aktiven Gestaltung unseres Kulturrumes, der Kulturlandschaft. Dieses Anliegen ist nicht ganz identisch mit dem, was man üblicherweise unter dem Begriff Denkmalpflege und Naturschutz versteht. Es geht weit über die Begriffe hinaus.

Die für diesen Bereich verantwortlichen Fachleute wissen heute ganz genau, daß die Erhaltung von seltenen Pflanzenbeständen oder Tierarten, der Schutz besonders interessanter Bäume und Denkmäler nur ein kleiner Teil-Aspekt des gesamten Problems ist. Wer heute mit offenen Augen über das Land fährt, wird mit einiger Besorgnis die Entwicklung verfolgen, der wir fast überall begegnen und der wir nicht Herr zu werden scheinen: Die planlose Ausuferung der Städte in das weite Land, die untergeordnete Zersiedelung ganzer Landstriche, eine unbegreifliche, fast systematische Zerstörung ganzer Landschaften und der sorglose Umgang mit dem wertvollsten, weil unvermehrten Gut, dem Boden. Kilometerlange, eintönige Häuserzeilen entstehen entlang von Durchzugsstraßen und greifen wie Fangarme weit in das Land hinaus, Schlangensiedlungen, ohne gewachsenen Kern, behaftet mit zahlreichen Unannehmlichkeiten wie Lärm, verpestete Luft, lange und gefährliche Schulwege für die Kinder. Von den zahllosen finanziellen Problemen, die die ungeordnete Aufsplitterung in der Siedlung unseren Landgemeinden bringt soll gar nicht geredet werden. Gerade das flache Land ist in diesem Entwicklungsprozeß am meisten gefährdet. Die Stadt mit ihren vorgegebenen Verhältnissen läßt eine Zerstörung ihres Charakters nicht im selben Ausmaß zu wie es beim bislang noch unbauten ländlichen Raum der Fall ist. Ordnen-



Momente, wie etwa städtebauliche Konzepte, Flächennutzungs- und Bebauungspläne sind selten oder gar nicht vorhanden. Eine Gliederung des Raumes nach Arbeits-, Wohn- und Erholungsräumen, nach Bauland und Freiland, ist kaum vollzogen.

Die derzeit geltenden Gesetze, auch jenes über die Flächennutzungs- und Bebauungspläne, sind nicht geeignet, dieser fortschreitenden Zerstörung des Landschaftsbildes und der zunehmenden Desintegration des Siedlungsraumes Einhalt zu gebieten. Die Ordnung des Lebensraumes ist schon auch deshalb zu einem existenziellen Problem geworden, weil auch unsere ursprünglichsten und wichtigsten natürlichen Güter, nämlich das Wasser, der Boden und die Luft in Gefahr sind.

Eine vom Landeskultur-Referenten gemeinsam mit dem Steirischen Volksbildungswerk kürzlich veranstaltete Tagung hat dies in einer erschreckenden Deutlichkeit aufgezeigt. Die Ordnung des Lebensraumes ist keineswegs nur eine ökonomisch-technische Frage. Sie ist ein eminent kulturbezogenes Problem, weil es um den Menschen in seiner Gesamtheit, um seine Umwelt, den ihm zugewiesenen Bereich des Lebens und Wohnens, des Schaffens und des Wirkens geht. Es ist eine Kultur-Aufgabe ersten Ranges. Hier werden alle mitzuwirken haben, die hierzulande Verantwortung tragen, die gesetzgebenden Körperschaften und die Verwaltung, die Bürgermeister und Lehrer, Architekten und Soziologen, Techniker, Künstler und Volksbildner. Nicht zuletzt aber auch jene, die es betrifft, nämlich die Bürger dieses Landes. Wir haben auch keine Zeit zu verlieren. Jeder Tag bringt uns einen weiteren Verlust unersetzlicher und nicht wieder regenerierbarer Kultursubstanz. Ob und in welchem Ausmaß es uns gelingt, mit dieser Frage fertig zu werden, hängt sicherlich von der Intensität des Bemühens und dem Willen, sich diesen Anliegen zu stellen, ab. Wir wissen um die Größe dieses Problems und sind bereit, dieser Aufgabe zu begegnen. In diesem Sinn geben wir von unserer Fraktion aus der Gruppe 3 gerne unsere Zustimmung. (Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Aichholzer. Ich erteile ihm das Wort. Als nächste ist vorgemerkt Frau Abg. Prof. Hartwig.

**Abg. Aichholzer:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zu der Sache, zu der ich nun einige Ausführungen bringen möchte, brauche ich keine große Einleitung. Es ist dies die ehemalige Römersiedlung Flavia-solva im jetzigen Gebiet der Gemeinde Wagna.

Die meisten von Ihnen werden sicherlich wissen, daß von Jahr zu Jahr immer wieder gewisse Ausgrabungen dort durchgeführt werden. Sie werden aber leider so durchgeführt, daß von Zeit zu Zeit aufgedigelt und nach einer gewissen Zeit wieder zugeschüttet wird. Es ist, Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren, sicherlich für die Archäologen und Wissenschaftler zweckmäßig, dies zu tun, was aber mir vorschwebt, Herr Landeshauptmann, wäre, eine der-

artige Aufgrabung offen zu lassen, zu restaurieren und vielleicht für die gesamte Bevölkerung zugänglich zu machen, so wie dies ja auch in Niederösterreich, in Deutsch-Altenburg und auch in Kärnten der Fall ist. Ich weiß schon, daß das auf große Schwierigkeiten stößt. Zum Teil werden die Grundbesitzer nicht bereit sein, die Gründe herzugeben. Es werden aber bei der jetzigen Handhabung dieser „Schürfungen“, — so möchte ich es bezeichnen — auch sehr große Mittel aufgewendet für Nutzungsentgang und für Pacht. Ich glaube daher, nachdem diese Angelegenheit auch im Gemeinderat von Wagna positiv behandelt wurde, daß man dem Problem nähertreten sollte, an Hand der bereits angelegten Karte das Zentrum dieser seinerzeitigen Römerstadt echt zu erforschen und freizulegen, zu restaurieren und dann der Öffentlichkeit zur Besichtigung freizugeben. Nachdem im ganzen südsteirischen Raum auch kein Museum vorhanden ist, (Landesrat Wegart: „In Radkersburg!“) ausgenommen in Radkersburg, nämlich im Raum von Leibnitz, wäre es zweckmäßig, in diesem Gebiet auch ein Museum zu schaffen und die Funde, die jetzt zum Teil im Joanneum aufbewahrt werden, auch dort unterzubringen. Der Römertempel, der jetzt als kleiner Ausstellungsraum dient, ist viel zu klein für diese Zwecke und die Funde, die im Leibnitzer Feld gemacht werden, können dort nicht mehr untergebracht werden. Ich ersuche daher den zuständigen Referenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren, meine Anregung aufzugreifen und zu versuchen ein bleibendes Denkmal in dieser Form zu errichten. Es wäre nicht nur für unsere Schulkinder sehr zweckmäßig, es wäre, glaube ich, Herr Landesrat Wegart, auch für den Fremdenverkehr in unserem Gebiet eine große Attraktion. (Beifall.)

**Präsident:** Frau Abg. Prof. Hartwig hat das Wort. Als nächster ist Herr Abg. DDr. Ing. Götz vorgemerkt.

**Abg. Prof. Hartwig:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es scheint mir, daß es in der Gruppe „Kulturwesen“ keine Wertungsunterschiede zwischen den einzelnen Abschnitten geben kann. Ich glaube, daß die Mittel, die wir etwa für die Landesbibliothek aufwenden, — 3,5 Millionen Schilling — ebenso wichtig für das Geistesleben unseres Landes sind wie die viel größeren Mittel, die für das Landesmuseum Joanneum verwendet werden, nämlich 11,5 Millionen Schilling.

Was also ist die Aufgabe der Kulturförderung an sich? Mir scheint, man könnte drei Teile hier festlegen,

1. das uns Überlieferte zu bewahren,
2. dann das heute Entstandene zu fördern und mit diesen beiden Gruppen
3. dem Zukünftigen den Boden zu bereiten.

Der Bewahrung des uns Überlieferten dienen zum Beispiel unsere Museen, natürlich die Denkmalpflege, das Landes-Archiv, und natürlich immer einzelne Posten in den verschiedenen anderen Unterabschnitten.

Der Förderung des Entstehenden, des jetzt Entstehenden, dient alles, was für wissenschaftliche und literarische Arbeiten, für die Fortbildung von Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern, für Kunst- und Musikpreise, für die Neue Galerie am Joanneum, etwa aufgewendet wird.

Wenn ich hier etwas einfügen darf, ich hätte einen Vorschlag an den Herrn Landeskulturreferenten. Man sollte vielleicht auch einen Preis für Fotokunst schaffen und ich hätte gleich einen Vorschlag, den geben wir dem Bildberichterstatler der Tagespost. Das wäre auch nicht schlecht. (Beifall bei der SPÖ). Nun wieder zum Ernst, obwohl ich es ein bißchen ernst gemeint habe. Ich halte diese Art von Fotoreportagen, wie sie in der heutigen Tagespost zu sehen ist, für nicht sehr glücklich.

Dann gibt es die relativ große Gruppe der Posten, die sowohl das Überlieferte bewahren, als auch das Entstehende fördern helfen. Dazu gehören die Landesbibliothek, die Hochschulförderung, natürlich unsere Theater, die Musikschulen, die Volksbildung, der Naturschutz, das Rundfunk- und Filmwesen. Wenn man sich die Zahlen, die auf diese von mir herausgegriffene Gruppe entfallen, grob herausrechnet, so kann man feststellen, daß der weitaus größte Anteil des Geldes, das in der Gruppe drei zur Verfügung steht, auf die letzte Gruppe entfällt. Also auf die Gruppe der Einrichtungen, die sowohl das Bestehende fördern als auch das jetzt Entstehende. Etwas weniger geben wir für die zweite Gruppe aus und die geringste Summe verwenden wir für die Dinge, die rein der Bewahrung des Überlieferten dienen. Ich glaube, daß man mit dieser Art der Verteilung des Geldes durchaus einverstanden sein muß.

Erlauben Sie mir, daß ich mich jetzt einigen speziellen Fällen zuwende. Zu den Museen möchte ich nur ein Wort sagen. Ich habe einmal gehört, daß der Gedanke erwogen wird, das Grazer Stadtmuseum, dem auch das Theatermuseum angeschlossen ist, aus dem Schloß Eggenberg wieder in die innere Stadt zu verlegen. Ich persönlich würde glauben, daß das kein glücklicher Gedanke ist. Das Stadtmuseum hat, solange es im Zentrum der Stadt untergebracht war, ein relativ kümmerliches Dasein geführt. Es weist jetzt einen viel besseren Besuch auf, was ohne Zweifel darauf zurückzuführen ist, daß es eben im Schloß Eggenberg untergebracht ist, das gerne und viel besucht wird.

Von den Museen kommt man leicht auf Ausstellungen zu sprechen. Ich wage den Sprung zum Trigon 1967. Wenn es nicht als Blasphemie ausgelegt werden könnte die Bundeshymne zu zitieren in diesem Zusammenhang, so würde ich sagen „Heiß umfehdet, wild umstritten“. Seit langem hat sicherlich keine Ausstellung die Grazer Gemüter so erhitzt. An sich ist das positiv und wir sollten daraus vielleicht lernen, daß man für alle diese Dinge, also für die Theater und Museen viel mehr Propaganda machen müßte. Es würde den Besuch wahrscheinlich heben. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat die Zahl von 160.000 Schilling als Einnahmen aus

dieser Ausstellung genannt. Das ist eine Zahl, die wir etwa bei der Ikonenausstellung, die das Grazer Kulturamt veranstaltet hat und die künstlerisch unumstritten war, bei weitem nicht erreicht haben.

Ich möchte zunächst betonen, daß ich den Trigon-Gedanken, also Italien, Jugoslawien und Österreich zum Wettstreit und Vergleich ihrer künstlerischen Leistungen von heute herauszufordern, für außerordentlich begrüßenswert und wertvoll halte. Die diesjährige Veranstaltung freilich scheint mir unter zwei Fehlern gelitten zu haben.

Erstens glaube ich, hat man es nicht verstanden oder nicht genug versucht, dem als sehr konservativ bekannten Grazer Publikum klar zu machen, daß es nicht eine Ausstellung von Kunstwerken erwarten dürfe, sondern eine Reihe von Versuchen den Raum zu gestalten. Man hätte dann wenigstens nicht so oft den Vorwurf hören müssen, mit Kunst hat das nichts zu tun, womit die Besucher immer wieder nur Enttäuschung darüber äußerten, daß sie nicht Gemälde zu sehen bekommen haben. Der größere Fehler oder vielleicht die größere Schwierigkeit für die Veranstalter scheint mir in der Auswahl der Aussteller gelegen zu sein. Ich weiß nicht, nach welchen Kriterien diese Auswahl getroffen wurde. Ich glaube aber, daß sie nicht unter allen Umständen als glücklich zu bezeichnen ist. Ich will nicht Kunstkritik betreiben. Das ist nicht mein Fach. Ich glaube auch, daß man in einer Zeit, in der die Menschheit zwischen Triumph über die Eroberung des Weltalls und der nackten Angst vor der Zerstörung dieser ihrer Welt durch die Atombombe hin und her gerissen wird, von der Kunst nicht verlangen darf, daß sie edle Einfachheit und stille Größe bietet — wie Winkelmann das gefordert hat. Es gibt in einer solchen Zeit für die Kunst nur zwei Möglichkeiten. Entweder sie zieht sich aus der Gegenwart zurück oder sie muß diese zerissene Gegenwart und die Angst oder die Vision einer grauenvollen Zukunft darstellen.

Nur glaube ich eines. Was immer der Künstler zeigt, soll den Ernst seiner Bemühung, sein Ringen um das Thema deutlich machen. Die Lösung, die er findet, muß uns weder gefallen noch müssen wir sie verstehen können. Aber wir müssen glauben können, daß er sich selber durchaus ernst nimmt. Bei diesen Darstellungen aber hat man nicht in allen Fällen, das möchte ich ausdrücklich sagen, — es hat Dinge gegeben, die sehr ernst gemeint und ausgeführt waren — sich des Eindrucks erwehren können, daß sich der Betroffene nicht genug Mühe genommen hat sein Material sorgfältig zu verarbeiten. Wenn man dazu dann noch recht arrogante Äußerungen einzelner Herren im Fernsehen hört, dann wird man ärgerlich schon deshalb, weil man glaubt, das wirkliche geistige oder künstlerische Potenzial niemals möglich macht. Ich sage das alles nicht aus Freude an der Kritik. Mir liegen diese Dinge am Herzen. Ich glaube deshalb, wir sollten uns davor hüten, einen großartigen Gedanken diskreditieren zu lassen.

Es kommt noch etwas dazu. Ich weiß nicht, ob

es anderen, die diese Ausstellung besucht haben und mit Leuten, die sie gesehen haben, geredet haben; auch so gegangen ist, wie mir. Es kommt etwas dazu, was mir gefährlich erscheint. Diese Ausstellung gibt Künstlern aus den Nachbarländern die Möglichkeit, bei uns ihre Werke auszustellen. Das Publikum ist manchmal geneigt, auch die nationale Frage und gewisse nationale Animositäten hier hineinzubringen. Ich weiß, daß das unrichtig ist und absolut abzulehnen. Jeden, der mir mit dieser Begründung kam, habe ich versucht davon abzubringen. Aber so ist das und auch das ist eine gewisse Gefahr. Jede moderne Ausstellung findet zumindest bei uns viel mehr Kritik als Anerkennung. Das hat der Herr Abgeordnete Schaller auch schon gesagt. Wir sind hier sehr konservativ. Trotzdem und gerade deshalb möchte ich sagen, muß die öffentliche Hand die Konfrontierung mit der Kunst der Gegenwart immer wieder ermöglichen, ob das in der Ganggalerie im Grazer Rathaus im kleinen, in der Neuen Galerie des Landesmuseums oder alle zwei Jahre bei Trigon geschieht; aber die Auswahl der Aussteller muß nach äußerst strengen und vorsichtigen Maßstäben geschehen, sonst schaden wir mehr als wir nützen; gerade weil das Grazer Publikum für die heutige Zeit ungewöhnlich konservativ ist. Das gilt nicht nur für die bildende Kunst. Man braucht ja nur die Abonnementkonzerte anzuschauen. Die Montagskonzerte sind abonniert, aber wenn zwei moderne Musikstücke auf dem Programm stehen, ist der Saal bei weitem nicht gefüllt. Das ist eine allgemeine Erscheinung, man müßte also auch hier sehr vorsichtige Erziehungsarbeit leisten.

Ich möchte noch auf eine andere Frage kurz zu sprechen kommen. Wir können sehen, daß in allen Unterabschnitten der Gruppe „Kultur“ jeweils eine bestimmte Summe als „Umsatzsteuer“ verzeichnet ist. Jedes Volksbildungsheim, die Landesbibliothek, das Archiv, die Landesmusikschule, jedes Museum, alle kulturellen Einrichtungen bezahlen auch Umsatzsteuer. Auch für die Bücher wird in Österreich — und das ist fast schon eine Fleißaufgabe in Europa — Umsatzsteuer eingehoben. Dabei gibt es ein Unesco-Abkommen für die steuerliche Begünstigung von Büchern, das Österreich unterschrieben hat. Trotzdem zahlen wir für dasselbe Buch in Österreich um etwa 30 Prozent mehr als in England und die Buchhändler-Mark steht immer noch bei 2.70 Schilling. Wir Sozialisten haben auch einen Antrag in dieser Richtung eingebracht.

Abschließend möchte ich doch sagen, mir scheint, jeder Schilling, der für die Förderung kultureller Bestrebungen aufgewendet wird, dient mit dazu, den Menschen unseres Landes zu sich selbst zu führen und ihm immer wieder deutlich zu machen, daß er nicht „von Brot allein“ leben kann, wenn er menschenwürdig leben will. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz. Ich erteile es ihm. Als nächster ist vorgemerkt der Abg. Groß.

**Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich zu dieser Gruppe 3 ohne mich streng an die Reihenfolge zu halten, einige Punkte herausgreife.

Im Unterabschnitt 355,51 ist auch der Naturschutz bedacht und bei der Steigerung von rund 25.000 Schilling gegenüber dem Vorjahr, auf 350.000 Schilling im heurigen Jahr ist auch insbesondere die Tätigkeit der steirischen Bergwacht bzw. die damit verbundenen Ausgaben bedeckt. Ich glaube, daß man es ruhig einmal auch ziffernmäßig unterstreichen müßte, daß rund 2.300 Bergwächter in der Steiermark, die in 161 Ortsstellen zusammengefaßt sind, im abgelaufenen Jahr über 27.000 Einsätze durchgeführt haben. Einsätze, die wie Sie alle wissen, im wesentlichen an den Wochenenden, in der Freizeit durchgeführt werden aus dem Bedürfnis und dem Wunsch heraus, die Natur zu schützen. Wenn die sogenannten „Anzeigen“ oder Abstrafungen einen verhältnismäßig geringen Anteil ausmachen, so begrüße ich das, nachdem die Zahl der Ermahnungen und der Aufklärungen in die hunderte und tausende geht. Ich glaube, daß man also für die steirische Bergwacht und für ihre Tätigkeit nicht nur die budgetmäßiger Ziffer im Voranschlag vorsehen, sondern daß man auch ihre Bemühungen weitgehend unterstützen soll.

Ein weiteres Problem habe ich mir erlaubt, im Finanz-Ausschuß anzuschneiden, möchte es aber auch hier im Rahmen des Hohen Hauses tun. Bei dem Unterabschnitt 311, Museen, die Frage, die ich an den Herrn Landeskultur-Referenten gestellt habe, hinsichtlich der Errichtung des Härter-Museums in Graz. Ich möchte nur mit wenigen Worten darauf hinweisen, daß dieser vielleicht „letzte Abenteurer“ unserer Tage die Möglichkeit sieht, seine Exponate und seine Sammlungen nicht, wie es von anderen Ländern, insbesondere von Amerika, gewünscht wird, dort zu installieren, sondern daß wir die Möglichkeit haben, seine Tibet-Sammlung und auch seine übrigen Sammlungen von Neuguinea usw. in die Steiermark und nach Graz zu bekommen. Ich wäre sehr froh, wenn der Herr Landeskultur-Referent in seinen sicher stattfindenden Ausführungen am Ende der Gruppe 3 auch auf diese Frage eingehen würde. Ich möchte nur noch einmal und mit allem Nachdruck unterstreichen, daß ich der Meinung bin, daß die Frage des Härter-Museums für die Steiermark und für Graz eine bedeutsame ist, umsomehr, als immer wieder bei den Museen ja auch die Besucherzahlen eine Rolle spielen und diese Besucherzahlen bei durchgeführten Ausstellungen dieses Forschers immerhin eine sehr, sehr beachtliche Höhe gehabt haben.

Ein weiterer Punkt, den ich erwähnen möchte, ist die jährlich wiederkehrende Klage — und berechtigte Klage, meine Damen und Herren — über die Landestheater in der Relation zu den Bundes-Theatern. Es ist kein Geheimnis, daß das Budget der Vereinigten Bühnen wohl aufgestellt, aber bis nun noch nicht beschlossen wurde. Deshalb nicht beschlossen wurde, weil

eine zusätzliche, weitere Kostensteigerung die sowohl Land als auch Stadt in Höhe von 970.000 Schilling treffen soll, einfach nicht mehr ohne weiteres übernommen werden kann, das heißt daß jetzt jener Zeitpunkt gekommen ist, der zugegebenermaßen das Land noch nicht, aber die Stadt Graz bereits trifft, nämlich der Zeitpunkt, zu dem die Ausweitung der Ausgaben für die Vereinigten Bühnen an einem Grenzwert angelangt sind. Dieser Grenzwert wird deshalb umso problematischer und umso schwieriger und umso zwingender, weil gleichzeitig die Bundeszuwendungen über den Theater-Erhalter-Verband von 19 Millionen Schilling im vergangenen Jahr auf 15,6 Millionen Schilling zurückgegangen sind und weil dieses Zurückgehen sich mit rund einer Million für die Vereinigten Bühnen — Stadt und Land — auswirkt. Es mutet etwas seltsam an, wenn man einen Entschließungsantrag, den ich in Fotokopie hier habe, der Abg. Leitner, Zankl, Harwalik und Genossen, betreffend Förderung der nicht vom Bund betriebenen Theater und des Landesspielwesens vom 1. 6. 1966 liest, in dem es heißt (bitte, im Nationalrat eingebracht): Die im Theater-Erhalter-Verband zusammengeschlossenen Theater in den Städten Graz, Klagenfurt, Innsbruck, Linz, Salzburg, Baden, spielen seit jeher im Kulturleben ihrer Bundesländer eine wichtige Rolle. Diese Bühnen haben mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Auch wenn man die für nicht bundeseigene und nicht im Theater-Erhalter-Verband zusammengeschlossenen Bühnen ausgegebenen Subventionen zu den für die oben genannten Institute veranschlagten Mittel dazuschlägt, ergibt sich noch immer kein erfreuliches Bild. Auch das Laien-Spielwesen hat eine große Bedeutung für das Kulturleben des österreichischen Volkes, obwohl die meisten Kräfte freiwillig mitwirken, ist die Existenz dieser Bühnen durch die steigenden Kosten für technische Einrichtungen gefährdet“ usw. usw.... Entschließungsantrag: „Der Nationalrat wolle beschließen, der Herr Bundesminister für Unterricht wird ersucht, im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen darauf Rücksicht zu nehmen, daß a) die Förderungszuwendungen zur Stützung der von den Gebietskörperschaften betriebenen Theater und der für die sonstigen nicht staatlichen Bühnen bestehenden Budget-Posten gegenüber den bisherigen Ansätzen ausreichend erhöht werden und ein Absatz „b“, der das Laienspielwesen betrifft.

Dieser Entschließungsantrag vom 1. Juni 1966 ist zwar eingebracht, aber wie man aus den Ziffern des Bundes-Budgets entnehmen kann, nicht nur nicht erledigt, sondern geradezu in das Gegenteil verkehrt worden. Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, daß es keine unbescheidene Forderung ist und keine Forderung, die jetzt auf Bestell seitens der Steiermark erhoben wird, wenn wir meinen, daß das Kulturwesen in Österreich ein Ganzes ist, eine Gesamtheit darstellt und daß es einfach auf die Dauer nicht vertretbar und ich glaube auch nicht verantwortbar ist, daß der Löwenanteil der gesamten Bundesmittel sich aus-

schließlich auf die in der Bundeshauptstadt befindlichen Bundestheater erstreckt und praktisch die Brosamen vom Tisch der Bundeshauptstadt auch irgendwo auf die Landestheater kümmerlichst verteilt werden.

Das geht auf die Dauer nicht. Es geht umso weniger, wenn man nun etliche Betrachtungen, wie sie der Rechnungshofbericht über die Bundestheater in ausreichendster Form geliefert hat, tatsächlich unter die Lupe nimmt und feststellt, daß zweite Besetzungen ein, zwei bis drei Monate, ohne überhaupt eine Aufführung in Wien praktisch durchführen zu können, nur mit der Gage der Reservisten bedacht ihre Tage verbringen. Wenn früher bei der Gruppe 2 der Vorschlag unterbreitet wurde, man soll einen Schulautobus zur besseren Anfahrt zu den etwas entlegenen Schulen oder vor allem für die weit entfernt wohnenden Schulkinder ins Leben rufen, dann wäre es zu überlegen, ob man nicht auch einen Künstler-Autobusdienst von Wien nach Graz für die zweiten, nicht beschäftigten Besetzungen der Bundestheater, aber jedenfalls auf Kosten des Bundes, für die einzelnen Landestheater ins Leben rufen könnte.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil wir gerade vom Geld sprechen. Im Zusammenhang mit der heute schon mehrmals zitierten Trigon-Ausstellung ist natürlich seitens der damaligen Fernsehaufnahmen auch die Frage gestellt worden, „Was ist denn das schon“. Es war damals eine Größenordnung von 1,2 Millionen Schilling, inzwischen wissen wir, daß es 1,4 Millionen Schilling waren oder mehr. Es ist die Frage aufgeworfen worden „Was ist denn das schon“ und ich mußte diesen Herren, die mir das entgegengehalten haben, sagen „Schauen Sie, für Wien mag das angesichts der Ausgaben gering sein. Für uns ist das ein Betrag, wo man auch die Wirkung und die Möglichkeit, die mit diesem Betrag gegeben ist, überlegen muß“. Nachdem die Stimme des Herrn Landeskultur-Referenten heute schon durch dieses Mikrophon „geschallert“ hat, ist es mir klar, daß jede Äußerung in dieser Richtung natürlich mit dem Makel behaftet ist, daß sie von einem Banausen, von einem kleinlichen und offensichtlich zu wenig intelligenten Menschen kommt, der einfach nicht in der Lage ist auf Grund seiner rückschrittlichen Auffassungen zu verstehen, was die Künstler eigentlich hier ausdrücken wollen und der sich herausnimmt, den Künstlern mit einer gewissen Kritik gegenüberzutreten. Gerade weil das geäußert wurde, möchte ich nochmals meine damalige Kritik, zu der ich absolut stehe, in einem ganz wesentlichen Punkt wiederholen. Ich habe mich damals zu dieser Ausstellung Trigon geäußert und habe den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Koren zitiert, wonach dieses Trigon die ständige Konfrontation künstlerischen Schaffens von Deutschen, Italienern und Slawen sein sollte, also von Repräsentanten und Exponenten der drei großen, das Abendland konstituierenden Völkerschaften, der Romanen, Slawen und Germanen. Weiters bestand der Wunsch, die geistigen Kräfte der Gegenwart in diesem 3-Länder-Bereich aufzurufen. Meine Kritik ist dahin gegan-

gen, daß ich den Standpunkt vertreten habe und vertrete, daß die Trigonidee absolut zu bejahen ist, daß diese Konfrontation uneingeschränkt zu bejahen ist, daß sie aber dann gefährdet wird und ich möchte das Wort des Herrn Abgeordneten Schaller gebrauchen, wenn diese Beurteilung neutral erfolgt, das heißt wenn nicht eine bestimmte Selektion vorgenommen wird. Ich weiß, daß das schwierig ist, aber ich weiß, daß das mit in die Verantwortlichkeit gehört. Eine Selektion deshalb, weil neben dem Künstler heute vielfach der Scharlatan steht und weil es nicht möglich ist, den einen neben dem anderen dem Publikum zu präsentieren. Auch wenn nun da und dort die Auffassung besteht, daß das Publikum nicht in der Lage ist, ein Urteil abzugeben. Ich frage dann nur, wenn dieses Urteil nicht gewünscht wird, wenn es dann sogar zu den heftigsten Angriffen führt, wenn man sich erlaubt seine Meinung auszudrücken, mit wem sich der Künstler konfrontieren will. Worin sieht er denn den Vorteil, ein gewisses offizielles Händeklatschen, ein gewisses wohlwollendes, meist sehr umschriebenes Zustimmungsschreiben in die Hand zu bekommen und dann ist er zufrieden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das für den Künstler befriedigend ist. Das glaube ich nicht, weil er sich mit einer Kritik und an einer Kritik erfreuen müßte. Daß die nicht immer zustimmend ist, liegt das an jenen, die sich nicht überzeugen lassen konnten oder liegt es an jenen, die nicht überzeugen konnten? Das ist die Frage.

Lassen Sie mich noch etwas sagen. Herr Abgeordneter Schaller hat, glaube ich, die Dinge auf den Kopf gestellt. Er hat erklärt, es gehöre Mut dazu, sich zu den modernen künstlerischen Bestrebungen uneingeschränkt zu bekennen. Die Praxis ist so, daß heute und verfolgen Sie die Entwicklung nicht nur in Österreich, sondern rundum, daß also heute jeder, der es wagt die Kritik etwa gewissen Kunstexponaten gegenüber, die er nicht als solche empfindet, auszusprechen, ja sofort mit den härtesten Vorwürfen, die mit dieser Kritik gar nichts zu tun haben, die weit ins Persönliche hineingehen, zugedeckt wird. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Jetzt reden Sie zum Fenster hinaus!“)

Ich wollte beinahe sagen, ich folge Ihren Spuren. Das tue ich nicht einmal. Worauf es mir ankommt, ist folgende nüchterne Feststellung. Wenn heute die Künstler, das gilt für alle, die Toleranz der Gesellschaft in der sie leben und in der sie arbeiten für sich und ihre Werke in Anspruch nehmen, dann bekenne ich mich zu dieser Toleranz. Aber diese muß eine zweiseitige sein. Sie kann nicht darin bestehen, daß aus der Toleranz der Gesellschaft den Künstlern gegenüber ein Diktat der Künstler der Gesellschaft gegenüber wird; ein Diktat in Geschmack, Beurteilung und Kritik. Denn dann ist es letzten Endes so, daß jeder Künstler nur mehr einen kompetenten Kritiker hat und das ist er selber, weil jeder andere nicht mehr in der Lage ist, sein Kunstwerk zu verstehen. Das geht zu weit. Neben dem kompetenten Kritiker werden sicher tausende und zehntausende nicht kompetente

Kritiker auftreten. Sie werden es positiv, sie werden es negativ empfinden, aber sie werden ihre Meinung äußern. Um Gottes Willen, ist denn das ein derartiges Verbrechen in einem demokratischen Staat, in einer sogenannten freiheitlichen Gesellschaftsordnung, wenn Menschen ihre Meinung sagen? Es hat niemand behauptet, daß er den Anspruch erhebt, daß diese Meinung die einzig richtige, die einzig mögliche sei. Aber eine Aussage auf jedem Gebiet und auch auf dem der Kultur muß die Möglichkeit einer Gegenaussage und einer Gegenmeinung mit beinhalten.

Meine Damen und Herren! Ich darf vielleicht dazu noch etwas sagen; das mit dieser Toleranz verbunden ist. Ich glaube allerdings, daß auch dieser Toleranz der Gesellschaft gegenüber dem künstlerischen Schaffen bestimmte Grenzen gesetzt sind. Und zwar Grenzen dort, wo nun Erscheinungen auftreten, die man nicht mehr tolerieren kann. Ich möchte ganz korrekt werden. Es wurde hier bereits erwähnt, daß das Forum Stadtpark, von dem ich ausdrücklich sagen möchte, daß im Bereich dieses Forums und zwar der dort tätigen Architektengruppe, sogar unter anderen dort tätigen Künstlern sich eine Reihe von Bekannten und Freunden von mir befinden. Ich möchte das bewußt unterstreichen. Aber ich glaube nicht, das man nun generell — und das möchte ich unterstreichen — dieses Forum Stadtpark nun als Forum Stadtpark ansprechen kann, sondern als eine Summe von Künstlern aus den verschiedensten Gebieten. Und ich habe nicht ohne Berechtigung im Finanz- und Budgetausschuß die Frage gestellt, ob die Kulturzeitschrift, wobei ich sie vielfach unter Führungszeichen setzen muß, ich sage ausdrücklich vielfach, nicht immer, „Manuskripte“ vom Land Steiermark gefördert wird. Und ich bitte nochmals, Herr Landeshauptmann, die Antwort auch hier im Haus zu geben, nachdem ich ja eine differierende bekommen habe, nachdem mir der zuständige Beamte erklärt hat, es sei nicht auszuschließen, daß diese Manuskripte auch durch das Land gefördert werden, während Sie, Herr Landeshauptmann, erklärt haben, diese Förderung erstrecke sich nicht auf die Manuskripte. Aber sei dem wie immer, ich glaube, in Wirklichkeit wird es so sein, daß das Forum Stadtpark wie vom Land auch von der Gemeinde eine bestimmte Subvention bekommt und mit dieser Subvention seine Veranstaltungen richtig durchführt und daß diese Veranstaltungen nun unter anderem auch in der Herausgabe dieser „Manuskripte“ bestehen. Meine Damen und Herren! Ich würde — und ich sage das ehrlich — in Verlegenheit kommen, wenn ich hier vor dem Hohen Haus nicht Auszüge, sondern etwa zwei oder drei Seiten aus dieser Nr. 18 der Manuskripte vorlesen würde. Ich stelle sie aber jedem, der es nicht glaubt, gerne zur Verfügung, damit er sich selbst ein Bild machen kann. Und hier möchte ich mit allem Nachdruck eines klar sagen: Man kann den Standpunkt einnehmen, daß es noch Kunst sei, wenn sittliche Verfehlungen protokolliert werden. Ich zitiere den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Koren, damit kein Irr-

tum hier entsteht. Ich bin nicht der Auffassung, daß Pornographie, die nur als solche eindeutig zu bezeichnen ist, dazu geeignet ist, aus öffentlichen Mitteln gefördert zu werden. Und ich betrachte das als einen ganz, ganz kleinen, unbedeutenden und natürlich banausenhaften Standpunkt, nämlich als den Standpunkt eines Vaters, der nicht haben will, daß seinen nun heranwachsenden Töchtern ein derartiges Geschmier in die Hand gelegt wird. Wenn Sie es, meine Damen und Herren, haben wollen, dann muß ich sagen, ich akzeptiere Ihren Standpunkt, aber ich teile ihn nicht. Und ich möchte ganz klar festgestellt wissen, daß ich überzeugt bin davon, daß auch Sie, meine Damen und Herren, durch alle Fraktionen sich doch ebenso davor verwahren werden, ihren Kindern derartige Machwerke in die Hand zu drücken. Hier ist jene Grenze erreicht, meine Damen und Herren, wo die Gesellschaft nicht mehr zusehen und nicht mehr tolerant sein und nicht mehr den Boden aufbereiten kann für Erscheinungen, die ich bewußt als absolut zerstörende Erscheinungen bezeichnen möchte.

Meine Damen und Herren! Anschließend muß ich auf die geistige und kulturelle Situation zu sprechen kommen. Zu jenen Entwicklungen, die schon erwähnt wurden, wie Hippies und was weiß ich, kommt eine dritte, die der drei großen „M“, Mao, Marx, Mause. Sind sie wirklich der Meinung, daß bei all diesen Bestrebungen, die — im Bereich der Hohen Schulen noch nicht, mit Ausnahme einer Fernsehsendung, die das Österreichische Fernsehen über eine kleine Gruppe mehr lächerlicher Wiener Knaben ausgestrahlt hat — vorhanden sind, der Zufall waltet? Glauben Sie, daß diese Entwicklung, die nun an den deutschen Universitätsstädten begonnen hat zusammen mit LSD und was da noch so mit dazugehört, eine revolutionäre, eine zukunftssträchtige Entwicklung jener sei, die glauben, daß sie der Gesellschaft, in der sie leben, einen Schlag in das Gesicht versetzen müssen? Sind Sie der Meinung, daß es Zufälligkeit sei, daß nun überall derartige Dinge passieren, oder glauben Sie nicht auch, daß da und dort sehr wohl jemand darunter ist, der weiß, warum er eine bestehende Gesellschaftsordnung zerstören will? Zerstören will, um den Boden freizumachen für Gedankengänge, die wir im Bereich der freien, westlichen Demokratie nicht in unseren Mauern haben wollen. Manche dieser Gedankengänge lassen sich erst dann einschleusen, wenn vorher ein Gebäude, das nicht nur auf dem geistigen, sondern auch kulturellen Bereich, auf dem Bereich der Wirtschaft und der Politik über hunderte und tausende Jahre gewachsen ist, bis zu seinen Grundmauern abgetragen und zerstört ist. Ich glaube nicht daran, daß es reiner Zufall ist, daß nun die Proteste einer jungen, einer „zornigen“ Generation in dieser Form zum Ausdruck kommen. Es hat noch nie eine junge Generation gegeben, die mit dem Vorhaben ihrer Väter einverstanden war und natürlich die jetzige auch nicht. Wer ist schon zufrieden mit dem, was ihm als gegeben geboten wird. Aber dieser Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen dadurch, daß man es selbst besser machen will, das, meine

sehr geehrten Damen und Herren, war irgendwo und ist meiner Überzeugung nach die natürliche, gesunde und begrüßenswerte Reaktion einer jungen Generation, aber nicht zu zersetzen, die Lebensgrundlagen, auch die eigenen zu zerstören und zu sagen, irgendwie wird dann schon ein Väterchen, ob mit Spitzbart oder mit Schlitzaugen kommen und uns sagen, wie wir ein neues Haus oder eine neue Papierhütte aufbauen sollen. Hier, meine Damen und Herren, glaube ich, heißt es Stellung zu beziehen, und zwar eine Stellung, die nicht mehr gekennzeichnet ist durch das *laissez faire* — *laissez passer* unter dem Motto „Es wird sich schon einspielen“. Denn diese Jugend hat auch ein Recht darauf, eine Meinung, und zwar eine dezidierte, von der Generation ihrer Eltern, ihrer Mütter und ihrer Väter zu erfahren. Diese Meinung beziehen heißt auch, zu dieser Meinung stehen. Sie mag falsch, sie mag richtig sein, aber es muß zumindest ein echter Diskussionspunkt sein und nicht einer, der durch verschwommene Darstellungen einfach die Möglichkeit nimmt, daß die Jugendlichen sich selbst eine positive Meinung bilden. Denn hier fällt auch die Verantwortung des Politikers, des Künstlers, des Erziehers in einer Gesellschaft und für diese Gesellschaft hinein, die Verantwortung, nicht nur gewissermaßen die Blumen zu gießen und sich dann weiter um ihr Wachstum, um ihre Möglichkeiten nicht zu kümmern, sondern sorgsam mit dem eigenen Wissen, mit der eigenen Meinung an diese heranwachsende Generation zu treten und ihr zu helfen, denn man darf doch nicht vergessen, daß vielfach die Unmöglichkeiten, sich mit dieser älteren Generation auseinanderzusetzen, daß es vielfach der Mangel an Liebe, an Fürsorge, an Hilfe ist, die junge Menschen zwingt, Wege einzuschlagen die sie heute eben da und dort in der unverständlichsten Form einzuschlagen bereit sind. Diese Verantwortung, meine Damen und Herren, gehört mit dazu.

Abschließend: Man kann den einen, man kann den anderen Standpunkt vertreten. Ich glaube nicht, daß es richtig ist, zu sagen, „das ist ein Konservativer und das ist ein Fortschrittlicher.“ Ich glaube auch nicht, daß es richtig ist, zu sagen, daß diese Standpunkte immer und überall einander konträr gegenüberstehen müssen.

Aber der Standpunkt gehört bezogen. Ich habe den meiner Fraktion in den jetzigen Ausführungen umrissen. Selbstverständlich akzeptieren wir den Standpunkt, den Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren eingenommen hat, aber wir möchten feststellen, es ist ein anderer. (Allgemeiner Beifall)

**Präsident:** Ich erteile nunmehr Herrn Abg. Groß das Wort. Als nächster Abgeordneter ist Herr Hans Brandl zu Wort gemeldet.

**Abg. Groß:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Für die Gruppe drei, Kulturwesen, sind im Landesvoranschlag, das wurde heute bereits festgestellt, 73,6 Millionen Schilling vorgesehen. Das sind um rund 7 Millionen Schilling mehr als im Jahre 1967. Ich stelle das bewußt an die

Spitze meiner Ausführungen, weil ich damit betonen will, daß in unserem Bundesland Steiermark der Kulturarbeit eine ganz besondere Bedeutung zukommt. In der Gruppe drei gibt es allerdings einige Abschnitte, mit denen ich mich etwas näher, leider aber nicht immer positiv beschäftigen kann.

Anlässlich der vorjährigen Budgetdebatte im Steiermärkischen Landtag haben wir einen Antrag einstimmig beschlossen, der eine bessere Dotierung der Ländertheater durch den Bund gefordert hat. Mein Vorredner hat das hier erwähnt, mit dem Antrag des Nationalrates. Nunmehr erfahren wir, daß im Bundesvoranschlag 1968 der Beitrag für alle Länder- und Städte-theater von 19 Millionen Schilling im Jahre 1967 auf rund 15,6 Millionen Schilling herabgesetzt wird. Das bedeutet unter anderem, daß die Vereinigten Bühnen in Graz statt bisher rund 5 Millionen Schilling im Jahre 1968 wahrscheinlich nur mehr 3,9 Millionen Schilling als Bundessubvention bekommen werden. Demgegenüber werden das Land Steiermark und die Stadt Graz für die Vereinigten Bühnen und für das Orchester auch im kommenden Jahr wiederum eine Summe von weit über 40 Millionen Schilling zur Verfügung stellen. Diese Summe beweist uns sehr deutlich, welche große Bedeutung das Land Steiermark und die Stadt Graz der Erhaltung und Weiterführung unserer Bühnen beimessen. Aber diese Bereitschaft ist vom Bund nicht annähernd im gleichen Ausmaß vorhanden. Für die Bundestheater sieht der Bund im Voranschlag für 1968 nämlich einen Zuschuß von 315 Millionen Schilling vor; wobei hier nicht die Personalkosten im Rahmen der Bundestheaterverwaltung eingeschlossen sind. Man würde sonst auf einen weitaus höheren Betrag kommen. Bei allem Verständnis für die Bedeutung unserer Bundestheater müssen wir mit aller Deutlichkeit hier feststellen, daß diese Art der Subventionierung der Länder- und Städte-theater einfach nicht mehr zur Kenntnis genommen werden kann. Ich könnte die Ausführungen des Herrn Abg. DDr. Götz in bezug auf sparsame Verwaltung der Bundestheater mit einigen Details ergänzen. Z. B. hat man vor einiger Zeit einen Sänger verpflichtet, der zwar nicht gesungen hat, aber dafür mußte die Bundestheaterverwaltung 800.000 Schilling bezahlen. Man hat weiters eine rumänische Sängerin verpflichtet, ohne sich vorher zu erkundigen, ob diese die Titelpartie in der gewünschten Sprache beherrscht. Sie hat es nicht gekonnt. Kostenpunkt 70.000 Schilling. Sie ist unverrichteter Dinge wieder nach Hause gefahren.

Wir kämpfen um tausende Schillinge bei der Erhaltung unserer Theater. Hier scheint man aber im Bund sehr großzügig zu sein. Ich bin zwar nicht der Meinung, wenn das auch in der Tagespresse in den letzten Tagen durchgeklungen ist, daß durch die Kürzung von rund 1 Million Schilling die Existenz unserer Vereinigten Bühnen gefährdet ist. Ich glaube, daß es in der Steiermark immer kulturelle Kreise geben wird, die auch hier wiederum einspringen werden. Aber für mich liegt die Schwierigkeit nicht in

der Million, sondern für mich ist diese Kürzung symptomatisch für die Haltung des Bundes und auch für die Haltung des Herrn Unterrichtsministers, der entgegen seinen wiederholten Erklärungen für die Länder- und Städte-theater anscheinend nur sehr wenig Verständnis hat. Ich glaube, der steirische Landtag muß in dieser Frage eine einmütige, eine sehr deutliche Willenserklärung ablegen.

Zur Situation des Theaters selbst gäbe es einig-eres Grundsätzliches zu sagen. Das betrifft unter anderem auch die Spielplangestaltung. Diese muß meiner Meinung nach bei aller Aufgeschlossenheit für Experimente in eine richtige Relation zur Aufnahmefähigkeit des Publikums gebracht werden. Damit ich nicht mißverstanden werde. Ich rede nicht wirtschaftlichen Erwägungen das Wort, aber auch das Theater muß versuchen, echte Anreize zu schaffen, um damit den Kreis der Theaterbesucher zu erweitern. Ich glaube, daß natürlich auch eine bessere finanzielle Dotierung der Theater gewisse Fragen einfach nicht lösen kann, die uns heute mit großer Sorge erfüllen. Wir wissen alle, daß unsere heutige Gesellschaftsordnung, ob wir wollen oder nicht, sich oft sehr stark nach materiellen Werten ausrichtet und daß dabei echte Kulturbedürfnisse manchmal, eigentlich sehr oft müßte man sagen, zurückgedrängt werden. In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, wenn wir feststellen können, daß die Besucherzahl in unseren Bühnen in der Spielzeit 1966/67 gegenüber dem Vorjahr, wenn auch nur geringfügig, doch immerhin um rund 3000 zugenommen hat. Vielleicht haben nicht zuletzt die auswärtigen Gastspiele, die von rund 30.000 Personen in der abgelaufenen Spielzeit besucht wurden, dazu beigetragen, die Menschen draußen in unserem Land für das Theater aufzuschließen. Alle Bemühungen der verschiedensten Institutionen, Menschen in das Theater zu bringen und ihnen dabei ein echtes Kulturerlebnis zu vermitteln, müßten, glaube ich, von uns allen nachdrücklich unterstützt werden.

Im Verlauf der vorjährigen Budgetdebatte habe ich zu Fragen der Volksbildung Stellung genommen und auch hier hat der steirische Landtag einstimmig beschlossen, sich für eine bessere Dotierung der Bildungsvorhaben auf diesem Gebiet einzusetzen.

Ich darf hier sagen, daß die Steiermark das teilweise gut getan hat. Sie hat gewisse Ansätze erhöht, obwohl wir damit noch nicht zufrieden sind. Dazu möchte ich vielleicht als Gewerkschafter sagen, daß die verschiedensten Volksbildungseinrichtungen vom Land gefördert werden, aber bis heute noch keine Subventionierung der so wichtigen Einrichtung der Volkshochschulen der Arbeiterkammer erfolgte. Wenn man das Ergebnis unserer Resolutionen und Beschlüsse vor allem auf Bundesebene betrachtet, dann müßte man vor der Beschlußfassung solcher Anträge direkt warnen. Denn auch hier bei der Volksbildung wurden die Mittel nicht nur nicht erhöht, sondern die schon sehr bescheidenen Subventionen des Bundes für die gesamte Volksbildung um fast 4 Millionen Schilling gekürzt, wobei al-

lein die Volkshochschule um 1 Million Schilling weniger erhalten wird als 1967. Ich glaube, auch darin liegt eine sehr negative Wertung der Bedeutung der Volksbildung in unserem Land.

Neben der verstärkten Belastung der Volksbildung durch die Einkommen- und Umsatzsteuer, die ja auch ein europäisches Novum ist, wird durch die Kürzung der Bundesmittel eine äußerst bedrohliche Situation für die Volksbildung geschaffen. Diese Kürzungen erfolgen in einer Zeit, in der die gesamte Volksbildung eine wachsende Bedeutung in unserem Lande hat. Die Umstellung auf andere Berufe im Rahmen der Wirtschaftsentwicklung kann zum Beispiel längst nicht mehr nur durch das konventionelle Schulwesen erfolgen. Die permanente Weiterbildung möglichst vieler Erwachsener ist zum erklärten Ziel der Erziehungsbehörden in allen Staaten Europas geworden.

Wie sich die Kürzungen im einzelnen auswirken werden, wurde ja in Mitteilungen der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Ich will hier nur eine Zahl erwähnen. Im Jahre 1955 erhielt die Volksbildung pro Kursbesucher etwa 26 Schilling aus Bundesmitteln. 1967 war dieser Betrag auf etwas über 20 Schilling gesunken und falls die Kürzung für 1968 beibehalten wird, wird der Bundesbeitrag pro Hörer nur mehr 16,70 Schilling betragen. Vielleicht, meine Damen und Herren kann man die Bedeutung der Volksbildung in unserem Land auch dadurch drastisch vor Augen führen, wenn man weiß, daß es im Jahre 1951 in Österreich 121 Volkshochschulstellen mit 3.916 Kursen und 91.000 wöchentlichen Kursbesuchern gegeben hat. Im Jahre 1967 waren es bereits 339 Volkshochschulen mit 12.383 Kursen, die wöchentlich von 263.000 Interessenten besucht wurden. Bei diesen Zahlen — und das stelle ich mit Befriedigung fest — hat die Steiermark einen ganz wesentlichen Anteil.

Ich bin persönlich der Meinung, daß die Volkshochschulen die Kürzung der Bundes-Subvention nicht mehr verkraften werden können; das bedeutet, daß es im kommenden Jahr zu einer Programmeinschränkung kommen wird. Vielleicht darf ich Ihnen hier eine speziell steirische Situation, die durch diese Kürzung entsteht, etwas näherbringen. In Graz unterhält die „Urania“ unter großen finanziellen Opfern eine Abend-Handelsakademie mit Öffentlichkeitsrecht, wobei sie ihre Räume auch für Hochschulvorträge zur Verfügung stellt. Bei einer Bundes-Subvention von annähernd 200.000 Schilling zahlt diese Urania, soweit mir bekannt ist, allein an Umsatzsteuer 46.000 Schilling. Die Kürzung bedeutet für die Urania, daß zum Beispiel die Abend-Handelsakademie in ihrer Weiterführung ernstlich gefährdet ist.

Meine Damen und Herren, mir persönlich ist es wirklich unerklärlich, wie man in einer solchen Situation noch erklären kann, Bildung habe Vorrang in Österreich.

Abschließend erlauben Sie mir noch einige kurze Bemerkungen zur Situation der Forschung in Österreich. Soweit mir bekannt ist, sieht das

Bundes-Budget hier eine Erhöhung der Mittel auf über 50 Millionen Schilling vor. Das ist zu begrüßen. Aber auch diese Mittel werden nicht annähernd ausreichen, um die Forschung in Österreich auf ein mitteleuropäisches Niveau zu bringen. Wir werden auch mit den jetzt bereitgestellten finanziellen Mitteln auf dem Gebiet der Forschung immer noch nur den Umfang von Entwicklungsländern erreichen. Daß zwischen Forschungsförderung und zum Beispiel dem Wirtschaftswachstum ein wesentlicher Zusammenhang besteht, ist, glaube ich, etwas, was ich nicht besonders betonen muß. Je mehr wir auf diesem Gebiete unsere Anstrengungen erhöhen, desto eher werden wir das auch im Wirtschaftsleben positiv spüren. Daß in Österreich in der letzten Zeit nun noch ein Forschungsförderungsgesetz geschaffen wurde, ist grundsätzlich von uns allen sehr zu begrüßen. Aber daß die Dotierung von der jeweiligen Budgetlage abhängig gemacht wird und dadurch eine Planung auf weite Sicht fast unmöglich wird, gehört meiner Meinung nach zu den negativen Aspekten dieses Gesetzes. Ich glaube nämlich, man müßte dieses Forschungsförderungsgesetz durch einen Finanzierungsplan, der auf lange Sicht auch eine echte Planung zuläßt, ergänzen.

Österreich wird also auch im Jahre 1968 nur rund 0,5 Prozent des Brutto-Nationalproduktes für Forschung aufwenden. Demgegenüber darf ich zum Beispiel erwähnen, daß die Firma Böhler allein im vergangenen Jahr 32 Millionen Schilling für die Forschung zur Verfügung gestellt hat.

Meine Damen und Herren, in unserer heutigen Gesellschaft kommt den Fragen der Bildung infolge der raschen Entwicklung von Wissenschaft und Technik immer größere Bedeutung zu. Die Frage nach den Bildungsaufgaben im Strukturwandel unserer Gesellschaft wird immer dringender. Sie steht unter dem Aspekt der Demokratie, der die Gesellschaft verändern den technischen und ökonomischen Entwicklung und einem oft besorgniserregenden Widerspruch zwischen Bildungsnotwendigkeiten, Bildungsvorstellungen und Bildungsinteressen. Es gibt hier die verschiedensten Pläne, die sich mit Bildungsfragen befassen: Die OECD, das Ministerium und andere mehr. Ich persönlich bin der Meinung, daß die Steiermark vielleicht, so wie es jetzt in Salzburg geschieht, einen Bildungsplan erstellen müßte. Durch einen solchen Bildungsplan könnten wir zumindest in unserem eigenen Rahmen alle Bemühungen auf diesem Gebiete erfassen, koordinieren und unter Umständen daraus unsere weiteren Entscheidungen für das Bildungswesen, soweit dies in unserer Möglichkeit liegt, ableiten. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Hans Brandl. Als nächster ist vorgemerkt der Abg. Lind.

**Abg. Hans Brandl:** Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir unser Landes-Budget als gesamtes betrachten, so beinhaltet es ungemein viel an Maßnahmen für viele



Zweige unserer Volkswirtschaft und trägt dazu bei, dieses große und komplizierte Räderwerk in Schwung zu halten.

Wir reden in der Diskussion zum Landesvoranschlag von Existenzfragen einzelner Gruppen und von Strukturschwächen gewisser Bereiche. In der Regel ist jeder einzelne von uns bestrebt, unseren eigenen Wirkungsbereich oder einen speziellen Bereich möglichst intensiv zu beleuchten und übersehen dabei sehr häufig, daß doch die Voraussetzung für unser Handeln die Beschaffenheit des Lebensraumes, oder wenn Sie wollen, der Kulturlandschaft ist, jenes Raumes, in dem sich das Kräftespiel zwischen dem Wirken der Natur und dem Tun des Menschen vollzieht.

Ein Lebensraum, der durch Jahrtausende geformt und verändert wurde und in dem sich alle widernatürlichen Eingriffe bitter rächen. Wenn heute in einem Teil unserer Flüsse, so beispielsweise in der Mur, jedes tierische und pflanzliche Leben im Keim erstickt wird, wenn durch Rutschungen von Berghängen großer Schaden entsteht, wenn eine Staubglocke über den Industriezentren liegt und wenn Häuser überschwemmt werden, die erst in jüngster Zeit in hochwassergefährdeten Gebieten errichtet wurden, so ist dies der Beweis, daß sich der Mensch über Grundsätze der Natur hinweggesetzt hat, daß er sich Eingriffe erlaubt hat, die nun die Öffentlichkeit, Bund und Land und Gemeinden bezahlen müssen.

Durch Jahrhunderte war der Bauer die ordnende Kraft unserer Landschaft. Er hat seine Ackertrassen, die in der Regel von Baumgruppen oder Büschen umrandet waren, bearbeitet und gepflegt und er hat die Bachläufe und vieles andere im Naturzustand belassen. Die technische Entwicklung hat hier zu einer Wende geführt, deren Ende noch bei weitem nicht abzusehen ist.

Die noch übriggebliebene unversehrte Landschaft stellt daher für uns ein Kapital dar, mit dem wir besser haushalten müssen, als das Generationen vor uns notwendig gehabt haben. Ein Natur- und Landschaftsschutz, der heute seine Aufgabe erfüllen soll, kann und darf sich nicht darauf beschränken, nur einzelne Pflanzen, einzelne Teile oder Naturdenkmale zu schützen, sondern er ist sinnvoll einzugliedern in ein Gesamtkonzept und muß bei der Ordnung des Raumes eine entscheidende Rolle spielen. Die echte Inangriffnahme einer wirklichen Raumplanung und des Landesentwicklungsplanes ist daher unserer Meinung nach ein Gebot der Stunde. Nur dadurch wird es möglich sein, Fehlentscheidungen vorzubeugen, die ansonst durch allzu geschäftlich denkende Privatinitiative, durch Versiedelungen und viele andere bekannte Maßnahmen unausbleiblich werden. Besonders in der Steiermark haben wir Industriezentren und werden in der Zukunft noch mehr solche brauchen. Dies bedingt neben den Problemen von Industrieerhaltung und Industrie Gründungen, daß wir außerhalb dieser Gebiete Erholungsräume brauchen, die frei zugänglich sind und die nicht durch Zäune und Verbotstafeln diejenigen ausschließen, die aus verrauchten und

lärmintensiven Betriebs- und Werkshallen diese Erholung am dringendsten brauchen würden.

Unsere Landwirtschaft befindet sich, bedingt durch den Maschineneinsatz in Umstellung zu größeren Arbeitseinheiten. Auch hier wird einiges zu beachten sein, was durch Generationen hindurch geübt, unser Land vor Versteppung schützt und die natürliche Bewässerung und Bodenfeuchtigkeit gesichert hat.

Besonders unsere Forstwirtschaft wird in Zukunft infolge der Wohlfahrtswirkung eines gut bewirtschafteten Waldes zum Landschaftsschutz und darüber hinaus zum geordneten Wasserhaushalt beachtlich beitragen können. Man sollte den oft nur auf wirtschaftlichen Effekt abgestimmten Bau von Forstaufschließungsstraßen, der weitgehendst mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird, auch dahingehend näher untersuchen, weil allzu häufige Hanganschnidungen, bei gewisser Bodenbeschaffenheit zu Rutschungen und dadurch auch zu großen Schäden führen können. Darüber hinaus wird aber auch jeder einzelne Staatsbürger in seinem Wirkungsbereich beitragen können und beitragen müssen unser Natur- und Landschaftsbild besser zu gestalten. Jeder achtlos in einen Bach geworfene Müll eines Haushaltes 100.000mal multipliziert, bringt eine Verunreinigung, die katastrophal ist und deren Eindämmung dann Millionen Schilling kostet, während im einzelnen oft nur die Unbedachtheit und Bequemlichkeit die Grundlagen solchen unentschuldbaren Handelns sind. Diese Aufzählung läßt sich noch lange fortsetzen.

Es wird in der nächsten Zeit höchst notwendig werden, die Seeufer gesetzlich zu schützen. Was hier in der letzten Zeit gesündigt wurde, ist meiner Meinung nach ohnehin nicht mehr gut zu machen. Alle Menschen haben letzten Endes das Recht, nach einer Woche harter Arbeit Badefreuden zu genießen, die in unseren Breitengraden ohnehin nicht zu häufig sind. Besonders gefährdet scheint in letzter Zeit der Putterersee bei Aigen zu sein. Er liegt in einer einmaligen Unversehrtheit und in einer ausgewogenen Landschaftseinheit. Jede Verbauung, gleichgültig ob große Projekte oder Versiedelung, würde dieses schöne Bild absolut empfindlich stören.

Ich darf in diesem Zusammenhang den zuständigen Herrn Referenten fragen, welche Haltung die Landesregierung in dieser Frage einnimmt. Weiters Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren wäre es für das Hohe Haus und auch für die Öffentlichkeit sehr interessant zu wissen, bis wann mit einer Regierungsvorlage zum Schutze der Seeufer gerechnet werden kann.

Wenn wir vom Naturschutz reden, so dürfen auf keinen Fall jene freiwilligen Helfer vergessen werden, die in der steirischen Bergwelt eine sehr schwierige, aber ungemein nützliche Aufgabe erfüllen. Herr Abg. DDr. Götz hat über den Einsatz der Bergwacht schon gesprochen. Vom Schutz unserer Alpenblumen angefangen über Wandermarkierungen, über Verhinderung von Verunreinigung bis zur Hilfe und zu dem

Transport verunglückter Bergsteiger oder Schifahrer, erfüllen diese Männer jahraus jahrein von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, still ihre Pflicht. Sie müssen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben sogar häufig auch Beschimpfungen von Zeitgenossen sich gefallen lassen, die schon gar nicht einsehen wollen, daß jede Freiheit ihre natürlichen Grenzen hat. Der steirischen Bergwacht, ihren aktiven und unterstützenden Mitgliedern auch einmal vor der Öffentlichkeit Dank zu sagen, halte ich für eine Pflicht des Hohen Hauses.

Abschließend möchte ich das Bild damit abrunden und sagen, daß es eine gemeinsame Aufgabe sein muß, unseren Lebensraum, den wir von unseren Vätern übernommen haben, so zu gestalten, daß er auch kommenden Generationen neben dem notwendigen technischen Fortschritt natürliche Quellen im wahrsten Sinne des Wortes bietet. In diesem Raum dem stets fordernden Menschen das Seine zu geben und trotzdem das in der Natur organisch Gewachsene zu bewahren, ist Verpflichtung für uns alle. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Lind. Ich erteile es ihm.

**Abg. Lind:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Rede wird diesmal würzig sein und kurz. Ich bitte aber, daß sie klangvoll in ihre Ohren geht. Es geht um die Blasmusikkapellen. Es ist mir eine besondere Freude, daß ich von dieser Stelle aus auf die Leistungen der Blasmusikvereine und der Blasmusiker hinweisen kann. Man hört sehr wenig von diesen Leuten. Die Blasmusik hat bei uns sehr große Tradition. Sie ist bekannt im In- und Ausland. Wenn wir einen Vergleich mit den Philharmonikern anstellen, dann können wir sagen, daß unsere Deutschmeister genauso bekannt sind; auch unsere Militärmusikkapellen und eine Reihe von anderen Kapellen. Die Blasmusik ist eigentlich der Träger der Volksmusik. Die Blasmusikvereine tragen entscheidend zu der Jugend- und Erwachsenenbildung bei. Ein großer Anteil kommt der Blasmusik am Kulturaustausch mit den Nachbarländern zu. Sie wissen, daß die Auslandsreisen unserer Blasmusikkapellen sehr zu der Förderung der guten Beziehungen zwischen Österreich und dem Ausland beitragen.

Wir müssen sagen, daß wir diesen Idealisten wirklich danken müssen. Die Musik ist selbstverständlich auch ein Mittel für die Völkerverständigung. Bei keinem Fest, bei keiner Veranstaltung könnten wir uns die Blasmusikkapellen wegdenken. Den Musikern und Funktionären sei daher von dieser Stelle aus Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Der Idealismus dieser Leute wird nicht immer richtig gewürdigt. Denken wir daran, daß diese Menschen ihre Freizeit, ihr eigenes Geld opfern, um mit ihrem Wirken, mit ihrem Können die Allgemeinheit zu erfreuen.

Wenn ich nur einige Daten aus der Steiermark bringe über die Stärke der Vereine und über deren Anzahl, so sei zu sagen, daß es im Land Steiermark 370 Blasmusik-Kapellen gibt, denen

9.000 Musiker angehören und von diesen Musikern sind wieder 2297 in einem Alter von unter zwanzig Jahren. Es braucht uns Gott sei Dank um den Nachwuchs für die Blasmusik nicht bange sein. Diese Idealisten sind im Vorjahr 13.000mal in Österreich vor die Öffentlichkeit getreten. Wenn es heuer anerkennenswerter Weise möglich war, die Subventionsmittel für diese Blasmusikvereine zu erhöhen, so sei auch von dieser Stelle aus besonders gedankt. Ich möchte aber auch meine Bitte anschließen, daß auch bei einer künftigen Budgeterstellung auf diesen Posten besonders Rücksicht genommen wird und daß das Land Steiermark auch das Entgegenkommen diesen Vereinen deutlich zeigt. Die Schulung der Kapellmeister ist von besonderer Wichtigkeit. Es wäre daher notwendig, für diese Zwecke auch noch zusätzliche Mittel zur Ausgabe zu bringen. Ich möchte betonen, daß besonders die Gemeinden große Leistungen erbringen und daß beispielsweise nur die Anschaffung der Instrumente für eine Kapelle weit über 100.000 Schilling kostet, daß die Uniformen oder die Trachten auch noch einen großen Anteil von Kosten verursachen und die Einkleidung einer Kapelle oft 60.000 bis 70.000, ja 100.000 Schilling kostet. Ich möchte auch Vergleiche mit anderen Bundesländern anstellen. Das Land Niederösterreich gibt beispielsweise an Subventionsmitteln bis zu 1,5 Millionen Schilling aus. Verschiedene andere Landesverbände bekommen außer diesen Mitteln noch Zuwendungen in anderer Form. So hat das Land Salzburg einen Landesbeamten, der die Geschäftsführung des Verbandes besorgt. Das Land Oberösterreich gibt allein für die Tätigkeit des Landes-Kapellmeisters 25.000 Schilling im Jahre aus.

Ich bitte also, fördern wir die Blasmusikvereine in Zukunft in geeigneter Form, helfen wir diesen Idealisten weiter, wahren wir die Tradition der Blasmusik, geben wir den Blasmusikern wieder neuen Geist, würdigen wir ihre Leistungen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall.)

**Präsident:** Der Herr Abg. Schön hat sich in die Rednerliste eintragen lassen. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schön:** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich mich in der Gruppe drei zum Wort melde, dann möchte ich zu einem ganz besonderen Kapitel sprechen und zwar zur Denkmalpflege.

Ein Vorredner, der Herr Abg. Schaller, hat in seiner Rede einen Satz gesprochen „Eine Fahrt über das Land läßt Besorgnis aufkommen“. Ich möchte diesen Satz ergänzen und anschließen „so auch bei der Betrachtung von Baudenkmalern“. Man kann bei dieser Betrachtung genau feststellen, welche Denkmäler Bundesdenkmäler sind, die vom Bund gefördert werden, eigene Landesdenkmäler, die vom Land gefördert werden, kirchliche Denkmäler und dann solche Denkmäler, die von den Gemeinden erhalten werden müssen. Und in dieser Abstufung kann man auch dann feststellen, wo diese Denk-

mäler stehen. Stehen sie als Zierde und Schauobjekt in einer großen Stadt oder stehen sie abseits vom Verkehr in einer kleineren Stadt. Und so komme ich auch schon auf einen bestimmten Punkt meiner Rede. Alle großen Denkmäler, die von Gemeinden erhalten werden müssen, verfallen langsam aber sicher, weil zu ihrer Erhaltung zu wenig Geld vorhanden ist. Denn diese Erhaltung ist eine reine Geldfrage. Ich nehme hier im besonderen heraus die letzte Wehrkirche von ganz Österreich, es ist die Oswaldikirche von Eisenerz. Schon vor Jahren wurde gewarnt, daß diese Kirche eines Tages abstürzen wird, da festgestellt ist, daß die Wehrmauern zu rutschen beginnen. Messungen haben Besorgnis aufkommen lassen und man hat sich bereits mit dem Gedanken getragen, Vorarbeiten zu leisten, damit nicht eine Katastrophe eintritt. Leider ist diese Katastrophe bereits in einem Fall eingetreten, weil die nördliche Wehrmauer dieser Kirche eingestürzt ist. Zum Glück war dort gerade niemand beschäftigt. Weitere Messungen haben ergeben, daß die ganze Kirche samt der südlichen Wehrmauer sich in Bewegung befindet und daß noch zu allem Unglück die Kirche nicht auf einem Fels steht, sondern auf Gletschermoränen-Grund. Was das bedeutet, können vielleicht viele nicht ermessen. Dieses Baudenkmal kann durch eine Sprengung am Erzberg zum Beispiel in Sekundenschnelle verfallen. Es kann nicht nur für sich verfallen, sondern auch eine Katastrophe einleiten, denn es stürzt in den sogenannten Trofengbach ab und bildet dann für diesen Bach eine Staumauer.

Zudem ist, wie schon gesagt, die Gemeinde Eisenerz die Patronatsherrin zur Erhaltung dieser Kirche. Und wenn man in der Budgetpost der Denkmalerhaltung rund 3.1 Millionen Schilling findet, dann erfüllt es uns wirklich mit Besorgnis. Denn die Vorarbeiten und all das, was getan werden muß, um das größte Unglück hintanzuhalten, gehen in die Millionenbeträge. Ich möchte hier von dieser Stelle aus nochmals wie schon bei einer Vorsprache bei Herrn Landeshauptmannstellvertreter meine Bitte wiederholen, es muß schnell geholfen werden, bevor es zu spät ist. Ich danke schön. (Beifall.)

**Präsident:** Herr Abg. Buchberger hat das Wort.

**Abg. Buchberger:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Daß man unseren ländlichen Regionen, unserer Natur, einen besonderen Schutz angedeihen lassen muß, geht vor allem daraus hervor, daß sich bereits Redner aus sämtlichen Fraktionen mit dieser Frage beschäftigt haben. Wir erleben ja im besonderen mit, daß sich in allen Sparten unserer Wirtschaft und im Leben überhaupt eine rapide Vorwärtsentwicklung abzeichnet. Wir erleben mit, daß die Industrialisierung in unserem Lande eine positive Entwicklung genommen hat, ja daß die ganze Entwicklung hin zu Großräumen auf rapidem Vormarsch begriffen ist.

Von der Warte des auf dem Lande Wohnenden aus betrachtet, muß dazu die Feststellung getroffen werden, daß es unbedingt notwendig er-

scheint, daß wir vor allem den in den Städten Wohnenden, von der Hast des Lebens erfüllten Menschen auch die Möglichkeit bieten müssen, in ländlichen Regionen Erholung und Entspannung zu finden. Dies ist aber nur dann möglich, wenn wir dafür entsprechende Vorsorge treffen, damit diese Erholungsaufenthalte auch in entsprechender Form gewährleistet sind.

Wir können, wenn wir die Entwicklung von einer anderen Seite aus betrachten, feststellen, daß von verschiedenen Seiten der EWG-Ebene aus betrachtet, gesagt wurde, daß wir die Bergbauern z. B. zur Ernährung des westeuropäischen Raumes nicht brauchen. Wir brauchen sie aber dazu, um in den bergbäuerlichen und alpenländischen Gebieten Möglichkeiten zu schaffen, um der Bevölkerung der Industriegebiete entsprechende Urlaubsgebiete zur Verfügung zu stellen. Es ist schon deshalb notwendig, daß wir versuchen, den Bergbauern dahingehend zu unterstützen, daß wir auch in Zukunft damit rechnen können, daß er derjenige sein wird, der von uns dann einmal in späterer Zeit als Landschaftspfleger in diesen Regionen bezeichnet werden kann. Unsere Aufgabe im Hinblick auf die Entwicklung der Zukunft muß es sein, daß wir unter allen Umständen trachten, die ländlichen Regionen entsprechend zu schützen. Wir müssen aber immer wieder auch noch heute die Feststellung machen, daß durch landschaftsstörende Bauten unsere ländlichen Gebiete, unsere Natur, zum Teil sehr geschädigt wird, daß aber auch durch die von der Stadt auf das Land Kommenden dazu mit beigetragen wird, die Natur bis zu einem gewissen Grad zu verunglimpfen. Man muß immer wieder die Feststellung machen, daß Parkplätze, Straßen- und Waldränder durch die dort Gewesenen verunreinigt wurden. Es wäre daher notwendig, daß durch entsprechende Verbotstafeln und gesetzliche Maßnahmen dafür Sorge getragen wird, daß diesem Umstand Abhilfe geschaffen wird.

Wir müssen mit Freude feststellen, daß es verschiedene Einrichtungen bei uns gibt, die dafür sorgen, daß immer wieder entsprechend von diesen Dingen Abstand genommen wird.

Ich möchte ebenfalls erwähnen, daß vor allem die Bergwacht sehr dazu beigetragen hat, daß immer wieder darauf aufmerksam gemacht wird, daß es eine Notwendigkeit unserer Zeit ist, auf unsere Natur entsprechend Rücksicht zu nehmen. 2256 Bergwächter, Männer der steirischen Bergwacht, sind überall ständig und zu jeder Zeit im Einsatz und leisten hier hervorragende Dienste im Interesse unserer Allgemeinheit. Nicht nur die Männer der Bergwacht, sondern auch die Männer der Gendarmerie und auch die Männer der Jägerschaft tragen dazu ihren Teil bei.

Es wäre zu erwähnen oder anzuregen, daß es notwendig wäre, auch in den Schulen, vor allem in den polytechnischen Lehrgängen, die Schüler auf die Notwendigkeit eines gezielten Naturschutzes aufmerksam zu machen. Immer wieder muß die Feststellung gemacht werden, daß gerade dem Schutz der Natur von verschiedenen Seiten her zu wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht wird.

Das Primäre unserer Landschaft wird auch in Zukunft sein, daß die Gewässer in Ordnung gehalten werden, daß die Luft rein ist und daß das Land einen entsprechenden gepflegten Zustand aufweist.

Es muß hier die Feststellung gemacht werden, daß auch in bezug auf die Reinhaltung der Luft so manches bei uns in der Steiermark geschehen ist. Ich darf an den roten Rauch von Donawitz erinnern. Hier war die Alpine bereit, mit einem Kostenaufwand von 120 Millionen Schilling dieses Übel aus der Welt zu schaffen. Wir wissen, daß vom Zirbitzkogel bis zur Rax Rauch und Ruß abgelagert wurden und zur Verpestung der Luft beigetragen haben. Daß hier Abhilfe geschaffen wurde, kann von uns allen als erfreulich festgestellt werden.

Auch die Reinhaltung der Gewässer wird mit besonderer Obsorge von seiten des Landes ins Treffen geführt.

Ich möchte abschließend zusammenfassend sagen. Es wird notwendig sein, daß wir in unserem steirischen Raum, um dem von der Stadt auf das Land Kommenden entsprechende Urlaubsmöglichkeiten zu gewähren, über klares Wasser, reine Luft und über ein gepflegtes Land verfügen, weiters um dem als Gast vom Ausland in unser Land Kommenden die Möglichkeit zu geben, daß er das nächste Jahr wieder zu uns in die Steiermark nach Österreich kommt. (Beifall.)

**2. Präsident Afritsch:** Ich erteile Herrn Abg. Leitner das Wort.

**Abg. Franz Leitner:** Meine Damen und Herren! Hohes Haus! In der Kunst, in der modernen Kunst da entzünden sich die Gemüter. Sie ist heute ein heißes Eisen, es prallen die verschiedenen Meinungen gegeneinander. Das ist richtig und gut. Allerdings darf eine solche Situation nicht zu einem Kulturkampf führen. Wenn heute in unserem Landtagssitzungssaal so etwas aufkommt, wie Kulturkampf, dann dürfen wir uns gewiß nicht einer plötzlichen Neuerung gegenüberfühlen. Im Gegenteil. Die Antipathie, die hier von einigen Rednern gegen das Forum Stadtpark zum Ausdruck gekommen ist, wurzelt in jenen Kreisen, denen der Herr Vizebürgermeister Dr. Götz besonders nahe steht und die schon früher ebenfalls eine solche Stellungnahme zur modernen Kunst eingenommen haben. (Abg. Scheer: „Das haben Sie notwendig gehabt, das hat genau noch gefehlt!“)

Ich möchte nur hinweisen, wenn der Herr Vizebürgermeister Dr. Götz von zersetzend spricht, daß unter der Hitlerzeit die führenden Leute dieses Systems Picasso und Kokoschka ebenfalls als zersetzend hinstellten, obwohl heute allgemein anerkannt wird, daß sie zu den größten Künstlern unserer Zeit und unserer Epoche zählen. Diese Meinung über das Forum Stadtpark begann sich zu entwickeln und zu sprießen in dem Augenblick, als sich dieses fortschrittliche Forum junger Menschen, das jede politische Orientierung nach einer einzigen bestimmten Seite rundweg ablehnt, als eine Stätte der Konfrontation nach allen Seiten hin zu entwickeln

begann, als sich dort Kontakte nicht nur mit dem Westen, sondern auch mit den sozialistischen Ländern anzubahnen begannen und auch gefunden wurden. Ich erinnere mich noch sehr genau, wie die Zeitschrift „Lot und Waage“, das Organ des dem Herrn Dr. Götz bestens bekannten alpenländischen Kulturvereines „Südmark“ gegen die wirkliche Kultur und Kunstvereinigung vom Grazer Forum Stadtpark zu hetzen begann. Je mehr dieses Forum Stadtpark im In- und Ausland an Bedeutung zu gewinnen begann, desto größer wurde die Hetze seitens dieser Kreise. Unvergessen ist noch immer die Attacke, die diese Seite gegen das Forum und seinen Präsidenten, den heutigen Rundfunkintendanten Emil Breisach ritt, weil er in Laibach bei der Eröffnung einer Ausstellung von Forum-Künstlern die anwesenden Künstler in slowenischer Sprache begrüßte und sie in das Wesen der von ihm vertretenen Vereinigung einführte. Diese noble Geste gegenüber dem Gastland und seiner Bevölkerung war damals den nämlichen Quertreibern wieder höchst willkommen zu einem neuerlichen Vorstoß gegen das Forum. So dürfen wir uns heute keinesfalls wundern, wenn neuerdings von eben der gleichen Seite wieder der Schlachtruf ertönt, ein Ruf, der nicht mehr und weniger bezwecken will, als das Forum Stadtpark wirtschaftlich zu schlachten. (Abg. Scheer: „Sie sind ein Gespensterseher!“)

Der Herr Vizebürgermeister Dr. Götz hat hier vor dem Haus seine Forderung wiederholt, man solle sich überlegen dieses Forum Stadtpark zu subventionieren. Ich distanziere mich hier ausdrücklich von jenem Romanabdruck, den der Herr Dr. Götz angeführt hat. (Abg. Scheer: „Nur um das hat es sich gedreht und um nichts anderes, Herr Abg. Leitner!“)

Ich bin dafür, daß man solche Probleme behandelt, aber kein Schlachten! Ein sogenanntes Grazer Kulturblättchen mit dem bezeichnenden Namen „Das Programm“ bot Anlaß mit einer nicht geringen Akzentuierung zu einem neuen Angriff zu starten, in der unverkennbaren Absicht, doch vielleicht mit einem neuerlichen Steinwurf des Forum zum Nutzen und Frommen der ewig Gestrigen unschädlich zu machen. Daneben laufen schriftliche und mündliche Interventionen bei den politischen Mandataren, doch den Ruf des „Programms“ nicht zu überhören und endlich einmal zu Taten zu schreiten. Daß es die Absicht ist, mit Hilfe aller möglichen Handlanger das Forum Stadtpark mundtot zu machen und überhaupt zugrundezurichten geht doch wohl eindeutig aus dem Ansinnen hervor, ihm die Landes-Subvention, wie es dieses Blättchen und wie es hier Herr Vizebürgermeister DDr. Götz vorgeschlagen haben, zu entziehen. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Nein, das habe ich nicht vorgeschlagen! Ich habe nur über die ‚Manuskripte‘ gesprochen!“) Doch, Sie haben gesagt, „es wäre zu überlegen . . .“ (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Ich weiß, der Fischer hat gesprochen und da sind Sie dafür! — Abg. Scheer: „Ich weiß, es ist gefährlich, sonst würde ich zu Ihnen sagen, das ist eine Verdrehung!“ — Glockenzeichen des Präsidenten).

Dabei ist es der quertreibenden Seite in diesem Hause offenbar ganz unwichtig, wer hinter diesem ominösen Blättchen steht, wer seine Artikel verantwortet und ob diese Hintermänner auch nur eine Spur moralischen Rechtes besitzen, sich über schlüpfrige Passagen in dem abgedruckten Roman zu entrüsten. Soviel mir bekannt ist, wäre es nicht uninteressant, einmal hinter die Kulissen dieses „Programms“, das diese ganze Hetze führt, zu sehen. (Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: „Um das geht es ja nicht! Wir reden ja nur von den ‚Manuskripten!‘“)

Die „Manuskripte“ haben sich außerhalb der österreichischen Grenzen, das wurde heute hier von Herrn Dipl.-Ing. Schaller schon gesagt, einen bedeutenden Namen gemacht als eine fortschrittliche Kulturzeitschrift. (Abg. Scheer: „Also daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren so einen Verteidiger erhält, hätte ich nicht gedacht!“)

Ich habe schon gestern gesagt, es kommt mir nicht darauf an, wenn ich einen Standpunkt vertritt, ob ihn dann auch ein anderer Parteivertreter vertritt, ich freue mich darüber.

Die Mehrzahl der Abonnenten dieser Kulturzeitschrift „Manuskripte“ wohnt sogar im Ausland. Im verständlichen Bestreben mit allen zeitgenössischen Literaturströmungen in Österreich bekanntzumachen, mag dem verantwortlichen Herausgeber der „Manuskripte“ beim Experimentieren ein vermeidbares Zuviel unterlaufen sein. Das soll auch schon anderswo vorgekommen sein! (Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: „In der Wahrheit?“)

Ja, auch bei der „Wahrheit“. (Landesrat Sebastian: „Aber nicht bei einem Artikel vom Leitner!“)

Es gibt keine Menschen und auch keine Journalisten, die nie Fehler machen.

Über die Notwendigkeit der für Empfindsame nicht gerade gewohnten Wörter in zwei dieser Fortsetzungen müßte sich doch mit dem Verantwortlichen wie auch mit dem Forum Stadtpark überhaupt diskutieren lassen. Dabei kämen zweifellos auch seine Gegenargumente zur Kenntnis, allerdings dürfte als Endprodukt einer solchen Aussprache nicht wie einst vom Grazer Bürgermeisteramt zugemutet, — wahrscheinlich war auch hier der Vizebürgermeister DDR. Götz der Schieber (Heiterkeit), der angeschoben hat in diese Richtung — die Forderung stehen nach Aufnahme eines Beobachters in den Forum-Vorstand. Es ist also nicht ganz falsch, aus dieser Panne, wenn ich mich dieses allgemeinen Ausdruckes bedienen darf, als letzte Konsequenz und unabdingbares Verlangen die Streichung der Landes-Subvention zu verlangen. Gerade Vizebürgermeister DDR. Götz hat in seiner Eigenschaft als Fremdenverkehrsreferent der Stadt Graz nicht die geringste Ursache gegen eine Kulturvereinigung und ihre Literaturzeitschrift zu Felde zu ziehen, die den Namen der von ihm vertretenen Stadt in alle europäische Winde trägt als eine erfreuliche und viel begrüßte Position des Fortschrittes in Europa. Allein er, dessen Kampf gegen „Trigon 67“ eben-

falls noch in aller Erinnerung steht, wandert gesinnungsgemäß immer noch auf dem Kampfpfad gegen die sogenannte „entartete Kunst“ (Abg. DDR. Götz: „Jetzt fangen Sie schon wieder an, Herr Kollege!“), die ebenso wie die „Manuskripte“ im Forum Stadtpark die entsprechende Heimstatt gefunden haben. Offenbar hat es sich noch nicht bis zu DDR. Götz herumgesprochen, (Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: „Das wird's sein!“) welches starke Echo „Trigon 1967“ in der weiten Welt der Kunst ausgelöst hat. (Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: „Dann klären Sie mich auf, bitte!“ — Abg. Scheer: „Das glauben Sie doch selbst nicht, Herr Abg. Leitner!“)

Will man in diesem Hause allen Ernstes den Ruf von Graz als einer fortschrittlichen, aufgeschlossenen Landeshauptstadt wieder austilgen? Will man dem Kulturleben der gesamten Steiermark abermals den Stempel der Rückständigkeit und des beschämenden Provinzialismus aufdrücken? (Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: „Da habe ich mit meinen drei ‚M‘ doch Recht gehabt!“)

15.000 Besucher wurden bei „Trigon 67“ gezählt. Sie stammten, wie wir wissen, nicht alle aus Graz.

Viele waren sogar von weither gekommen und sie kehrten zweifellos in ihre Heimat zurück in der Überzeugung, einem großangelegten Experiment begegnet zu sein, von dem es sich noch recht lange in allen Ländern Europas zu erzählen lohnt. Die Gefahr für einen übereilten Beschluß ist umso größer, als sich herausstellt, daß sich nicht nur die FPÖ gegen jedes fortschrittliche Kunstschaffen in unserem Lande stellt. Daß es natürlich ohne Experimente nicht gehen kann, ist selbstverständlich. Es ist mir wohl bekannt, daß Herr Landeshauptmannstellvertreter Doktor Koren wegen seines Bekenntnisses zum Fortschritt in jeder Kunst, wegen seines — das muß ich zugeben — mutigen Bekenntnisses und Auftretens auch zum offenen Dialog über alle Grenzen hinweg, in seiner eigenen Partei Widersacher hat, durch die, die es weiter in der Kunstaussage mit der Vergangenheit halten und dem naturgetreuen Abbild in Landschaft und Stilleben das Wort reden. (Abg. Scheer: „Das muß Ihnen sehr zu denken geben, daß die Kommunisten Ihnen die Mauer machen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Koren!“)

Herr Abg. Scheer, wenn Sie nur einigermaßen über die Kunst-Diskussion in der Welt und auch über die Diskussion über Kunst in den kommunistischen Parteien informiert wären, würden Sie wissen, daß es unter den Parteien, auch in den Parteien über Kunstfragen große Meinungsverschiedenheiten gibt. Es ist nicht so, wie Sie und andere Kräfte immer wieder behaupten, daß wir Kommunisten nur einen bestimmten Standpunkt zu vertreten haben. Wir haben unseren eigenen. Es ist doch gut, wenn wir in Kunstfragen ähnliche Auffassungen haben wie die Künstler, die zweifellos von der Kunst mehr verstehen, als die meisten der Damen und Herren in diesem Hause. (Abg. Scheer: „Eben, Sie dürfen uns auch eine andere Meinung konzessionieren; das darf Sie doch nicht stören, wenn wir

eine andere Meinung haben. Sie machen ja einen Kulturkampf, wir nicht!“)

Die Diskussion darüber ist nichts Schlechtes. (Präsident Dr. Kaan: „Wie ist es in der Politik? Da gibt es doch auch die eine und die andere Ansicht. Kann da auch der eine sagen „Nur ich verstehe etwas davon“? Das ist genau dasselbe!“)

Herr Präsident, ich habe schon gesagt, ich selbst bin kein Kunstkritiker. (Präsident Dr. Kaan: „Aber Sie sind Politiker!“)

Ich bin Politiker. Ich lasse mich allerdings in Fragen der Kunst von Fachleuten in meiner Partei beraten. (Präsident Dr. Kaan: „Na eben!“)

Aber wenn die Politiker offensichtlich gegen die breite Meinung der Fachleute urteilen, dann stimmt etwas mit der Politik nicht. Was ich gestern im Zusammenhang mit meinen Vorschlägen für die Wirtschaft angeführt habe, so zeigt sich, wie einer der Vorredner schon gesagt hat, daß wir es in Österreich mit einer Förderung der Wissenschaft zu tun haben in einem Ausmaß, das allem widerspricht, vor allem einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in Österreich. Weil hier eine Anzahl von Bundesheersoldaten sitzen, so möchte ich betonen, es wäre für Österreich viel wichtiger, wenn die im Budget, wenigstens im Nachtragsinvestitionsbudget des Bundes eingesetzten 300 Millionen Schilling für das Militär, für den Ankauf ausländischer Waffen besser verwendet würden, für Wissenschaft und Forschung. Ich glaube, für Österreich, für die Wirtschaft und für die Sicherung der Arbeitsplätze würde mehr herauskommen. (Landeshauptmann Krainer: „Melden Sie sich zum richtigen Zeitpunkt zu Wort!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.)

Ich habe nur auf die Frage des Herrn Präsidenten, des leitenden Herrn in diesem Haus geantwortet. (Unverständliche Zwischenrufe — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Aber trotzdem gibt die Sowjetunion für Kultur, Schulen und Wissenschaft sehr viel aus, das in keinem Verhältnis zu dem steht, was Österreich macht. (Zwischenruf: „Sie müssen aber auch die Größe dieses Landes mit Österreich vergleichen!“)

Ich habe gesagt im Verhältnis, da gehört die Größe auch dazu. Auch in diesen Reihen und sogar beim Koalitionsbruder beginnt sich ein Widerstand gegen das Forum Stadtpark bemerkbar zu machen. (Landesrat Wegart: Wer ist der Koalitionsbruder?“)

Ihre linke Seite. (Landesrat Sebastian: „Seien Sie vorsichtig mit Ihren Bemerkungen!“ — Landesrat Wegart zu den sozialistischen Abgeordneten: „Ihr seid ja die ‚linkere‘ Seite!“)

Es fragt sich nur, wie lange sich die ÖVP eine solche Haltung noch leisten wird können, wo sogar die Architektur der Kirche bereits einen namhaften Sprung in die Gegenwart gemacht hat. Es wäre eine arge Blamage für den Steiermärkischen Landtag und die Landesregierung in der breitesten Öffentlichkeit, auch außerhalb unserer Grenzen, wenn einer Kürzung der Subvention für das Forum Stadtpark zugestimmt würde.

**2. Präsident:** Es spricht Herr Landtagspräsident Dr. Kaan. Ich erteile ihm das Wort.

**Präsident Dr. Kaan:** Hohes Haus! Wenngleich mein Beruf Anwalt ist, will ich mit meinen nachstehenden Ausführungen keine persönliche Verteidigung oder persönliche Angriffe führen. Ich will sogar alle Auseinandersetzungen in diesen Themen beiseite lassen.

Nun einige Gedanken zum Trigon. Trigon als ein Podium der Begegnung auf geistigem Gebiet ist unter allen Umständen zu bejahen. Wir unterstützen und fördern es bewußt. Daß im Rahmen dieser sich wiederholenden Veranstaltungen nicht alle Ausstellungen gleiche Qualität haben können und gleiche Wirkung, daß bei der einen oder anderen sogar von einem Weniger-Gelingen oder Mißlingen die Rede sein kann, liegt in der Natur der Sache. Ein Widerstand gegen die jüngste Ausstellung gründet sich vielleicht darauf, daß sie aufgefaßt wurde oder vielleicht auch gedacht war in dem Sinn, daß der Raum gestaltet werden kann als Selbstzweck. Nun ist der Raum für die Menschheit das Seltenste und Kostbarste. Wir erleben es in der Erörterung zu fast jedem Punkt des Budgets. Ich meine daher, ob wir an die Wohnungsnot denken oder an die Raumgestaltung unseres Geländes denken, daß Raum als Selbstzweck zum Ausdrucksmittel der Kunst nicht geeignet ist oder zumindest damit zu rechnen ist, daß er auf breite Ablehnung stößt. Wohl aber kann sich der Künstler im Raum betätigen. Sei es in der Formung des Raumes, sei es in der Innengestaltung, aber immer irgendwie mit dem Zwecke gebunden. Herr Abg. Dr. Götz fragte an, wie hoch denn die Einkünfte von Trigon waren. Ich glaube, sie sind mit 160.000 Schilling genannt worden. Der Wert einer Ausstellung kann nicht an den Einkünften gemessen werden, denn ich bin überzeugt, daß eine ganze Reihe von Besuchern für diese Trigonausstellung gerne ihr Geld zurückbekommen hätten, als sie die Ausstellung verließen. Man kann den Wert einer Ausstellung nicht daran messen. Wenn man etwa denkt, daß jemand auf den Gedanken fallen würde, weder Forum, noch Trigon und natürlich niemand von uns würde auf den Gedanken kommen, beispielsweise eine Ausstellung pornographischer Bilder zu machen, so bin ich überzeugt, daß damit nicht 160.000 Schilling, sondern wesentlich mehr hereinkommen würde. Andererseits glaube ich, daß wir, wenn wir das kommerziell betrachten wollen und das soll hier nicht maßgebend sein, wir also etwa den Tierpark in Eggenberg einmal ausgestalten würden, wahrscheinlich im Jahr wesentlich mehr als 160.000 Schilling, ja 500.000 Schilling bis 600.000 Schilling hereinbekommen würden.

Es bleibt ein alter Trick der Kunstscharlatane dort wo sie etwas an innerer Leere fühlen, etwas Außerordentliches zu machen. Vielleicht wissen sie es selber nicht, aber doch hat dann die Allgemeinheit das richtige Empfinden zu wissen, ob hinter dem etwas Echtes steht oder nicht.

Naturschutz ist zu dieser Gruppe oft erwähnt worden. Es haben einige Redner den Gedanken,

der in diesem Hohen Haus öfter angedeutet wurde, aufgegriffen. Wir dürfen beim Naturschutz nicht so wie in den Anfängen, die ungefähr vor 40 Jahren auf gesetzgeberischem Gebiet sich gezeigt haben, an den äußeren Erscheinungsformen haften. Wir müssen in die Tiefe dringen und müssen dem auch einen anderen Namen geben. Naturschutz wird letzten Endes zum Schutz unseres Lebens, das heißt der Lebensgrundlagen. Dazu gehört natürlich auch das äußere Bild, weil sich darin die Gesundheit des inneren Bildes zeigt. Dazu gehört die Luft als Lebensgrundlage; dazu gehört das Wasser als Lebensgrundlage; dazu gehört der Raum als Lebensgrundlage. Drei Dinge, die ja außerordentlich gefährdet sind durch den Menschen selber. Daher habe ich mir in diesem Haus vor einigen Jahren erlaubt zu sagen, dieser Naturschutz ist ein Schutz vor dem Menschen und für den Menschen, weil der menschliche Geist der Erreger ist dieser Gefahren und der Mensch selbst aber auch das Opfer ist.

Jetzt komme ich aber auf zwei andere Punkte, die sich in diese Erörterung eingeschlichen haben. Zu den Lebensgrundlagen gehört auch Sexus und zu den Lebensgrundlagen gehört auch irgendwie die Seele, die sich bei uns vom rein materialistisch ärztlichen Standpunkt irgendwie mit den Nerven in Zusammenhang bringen läßt. Ich glaube an mehr als die Nerven als Grundlage. Wenn aber jetzt Bewegungen eintreten, die diesen Sexus zum Spielball machen, zum Anreiz machen und ebenso die Nerven zum Spielball machen, dann tritt eine weitere tödliche Gefahr der Entwicklung an uns heran. Ich war tief erschüttert, wie einer meiner Enkel von einem Sommercollege aus England zurückgekommen ist und mir berichtet hat, daß eine gewisse Gruppe von Studenten aus einem gewissen Land sämtliche Nervengifte genommen haben. Sie haben sofort einen Kreis in sich gebildet und das waren etwa 50 Prozent dieser College-Besucher, die alle schon nervengiftsüchtig waren. Ist das nicht erschreckend? Ist das nicht ein fürchterlicher Angriff auf das Leben? Ich glaube, das müssen wir beachten.

Nach unserer Weltanschauung ist es für unsere Ordnung eine tödliche Gefahr, wenn der Staat eine vollkommene Monopolstellung auf wirtschaftlichem Gebiet erhält. Ich bitte, wir sind damit im Gegensatz zu Ihnen, aber dieser Gegensatz ist ja schon so alt und so abgedroschen möchte ich sagen, daß wir ihn hier nicht weiter erörtern brauchen. (Landesrat Gruber: „Wieso, diese vollkommene Monopolstellung haben die Sozialisten gar nie verlangt.“) Ich habe ja gar nicht von Sozialisten gesprochen (Gelächter — Landesrat Gruber: „Sie haben aber zu uns hergesprochen!“)

Wenn Sie wollen Herr Kollege, so sage ich es, es ist eines von den drei M, die der Herr Bürgermeister Dr. Götz erwähnt hat, es ist Marx. (Abg. Leitner: „Auf den wir sehr stolz sind!“)

Ja ich glaube, es ist eine ebenso tödliche Gefahr darin gelegen, und wenn wir sie ja in ihren Ursachen augenblicklich kaum ändern können, daß in der geistigen Führung, also in künst-

lerischer Führung auch im Mäzenatentum der Staat eine Monopolstellung dauernd inne hat. Wenn er nicht die Monopolstellung inne hat, wie es in vergangenen Zeiten war, so ist eben dort der geistige Wettbewerb ein gesunder gewesen. Wenn dieser geistige Wettbewerb aber ausgeschaltet ist, so sind eben tödliche Gefahren damit verbunden, wenn der Träger dieser Macht sich nicht der Gefahren bewußt ist. Ich persönlich bin vollkommen überzeugt, daß der Vertreter der Träger dieser Macht in der Steiermark, unser Kulturreferent Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren, sich sehr wohl der Gefahren dieser Macht bewußt ist, daß er sehr wohl die Grenzen zu wahren weiß, wann er in Erfüllung der Ordnungsaufgabe einzugreifen hat.

Ich habe am Beginn meiner Rede gesagt, daß ich mich von allen persönlichen Auseinandersetzungen fernhalte. Ich habe nicht die Zeit gehabt mich in diese ganzen journalistischen und sonstigen Auseinandersetzungen, die sich um das Forum gerankt haben, einzumischen. Ich will auch gar nicht jetzt an die Seite des Abg. Leitner treten, ich sage: Selbstverständlich muß das Forum bestehen bleiben als ein Ausgangspunkt geistiger Strömungen. (Abg. Scheer: „Das haben wir auch nicht bestritten“ — Abg. Leitner: „Und die Subventionen nicht in Frage stellen!“)

Niemand hat es bestritten in dem Hohen Haus. Ich bin aber sehr wohl der Meinung, daß, wenn sich in diesem Rahmen, das kann sich heute im Rahmen des Forum, morgen im Rahmen einer Ausstellung, übermorgen in irgendeiner anderen journalistischen Emotion abspielen, die Grenzen überschritten werden, so muß eine Warnung erfolgen und ich glaube, diese Warnung ist jetzt in diesem Hause deutlich genug ausgesprochen worden. Ich bestätige auch den Gedankengang, den Herr Dr. Götz in seiner Rede gemacht hat, daß wir diese Gefahren nicht unterschätzen dürfen, weil die Möglichkeit besteht, ich will ja nicht sagen die Gewißheit, weil mir die Beweise fehlen, daß diese Zersetzungserscheinungen gezielt sind.

Meine Damen und Herren! Solange die Menschen an Gott glauben, ist die Religiosität von Scharlatanen auch mißbraucht worden. Solange es Soldatentum gibt, sind die hohen Werte der Pflichttreue, Tapferkeit, der Kameradschaft mißbraucht worden. Solange es Kunst gegeben hat, ist sie auch wieder von Scharlatanen mißbraucht worden im Anruf der Menschen. Aber trotzdem gehört Religiosität, Kunst und auch Tapferkeit, Pflichttreue und Kameradschaft zu den höchsten Werten der Menschen überhaupt. (Beifall.) Und diese Grenzen zu beachten und vor einem gezielten oder ungezielten Angriff auf unsere Lebensgrundlagen zu verteidigen, ist unsere Pflicht. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Afritsch:** Ich erteile Herrn Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Koren das Wort.

**Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren:** Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Hoher Landtag! In diesem meinem nun stattfindenden